

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschkeuditz behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboller 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gesalt. Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10gesalt. Kolonellzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10gesalt. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Pf. Inlerate v. ausw.: die 10gesalt. Kolonellzeile 40 Pf. bei Platzvorrat, 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

### Die Aussperrung ist tot!

Es lebe die Aussperrung!

Dem für die Metallindustrie in Mitteldeutschland gefällten und verbindlich erklärten neuen Schiedspruch fügt sich nun auch die vom DMB geführte Arbeiterschaft. Streik und Aussperrung in Mitteldeutschland sollen damit ihr Ende finden. Die für den Gesamtbereich der deutschen Metallindustrie angeordnete Aussperrung ist zwar nur vertagt, aber nach dem Lauf der Dinge in Mitteldeutschland wohl auch erledigt. Um so bemerkenswerter ist eine Meldung der dem Unternehmertum sehr nahestehenden Telegraphenunion vom 22. Februar, daß für Montag oder Dienstag in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller eine Arbeitsniederlegung der dort beschäftigten etwa 4000 Werkzeugmacher drohe, und daß es „nicht ausgeschlossen“ sei, „daß die Arbeitgeberseite mit einer Gesamtaussperrung in der Berliner Metallindustrie antwortet“.

Die Unternehmer bleiben also bei ihrer Praxis, die sie konsequent seit dem Streit um die Arbeitszeitregelung in den Warmbetrieben der Schwerindustrie zu Ende des vergangenen Jahres begonnen haben. In diesen Tagen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine „Dentschrift zur Lohnbewegung“ verbreitet, in der der Meinung Ausdruck gegeben wird, „daß die deutsche Wirtschaft sich in einem für ihre Zukunft entscheidenden Abschnitt ihres Umstellungs- und Konsolidierungsprozesses befindet“. „Die ständige Verkürzung der Arbeitszeit“ hat nach dieser Dentschrift bereits „eine für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr bedenkliche Beschränkung in der Ausnutzung der Produktionsmittel erzwingen“. Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen konnten bisher, so wird weiter gesagt, durch „das sehr scharfe Tempo der Rationalisierung“ ausgeglichen werden. Die Arbeitgeberverbände erklären aber, daß sich die bisherige „Senkung der Selbstkosten durch Rationalisierung“ „weder technisch noch finanziell unbegrenzt fortsetzen“ lasse.

Das ist die Grundlage der Unternehmerargumentation für ihre stete Aussperrungsbereitschaft. In der Deutschen Bergwerkszeitung ist in diesen Tagen vollkommen im Einklang mit solcher Argumentation erklärt worden, daß die Ablehnung des neuen Schiedspruches für die mitteldeutsche Metallindustrie durch die Unternehmer „nicht wegen der Erhöhung um 2 Pfennig“ erfolgt sei. „Man muß sich immer wieder klar machen“, so sagt die Deutsche Bergwerkszeitung, „daß es sich in diesem Falle um einen Prinzipienstreit handelt.“ Es ist notwendig, diese Tatsache auch der Arbeiterschaft immer wieder ins Bewußtsein zu hämmern. Ob man das, wie es z. B. sogar eine Delegiertenversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiter- und Volksvereine von Groß-Berlin getan hat, in der Zuspitzung formulieren will, daß die Unternehmer einen „überspannten Machtgedanken“ durchsetzen wollen, ist dabei gleichgültig. Das wesentlichste ist, sich klar zu machen, daß wir uns in mitten außerordentlich verärfelter sozialer Gegensätze befinden, deren Ausdruck dieser „Prinzipienstreit“ ist.

Die Unternehmer bemühen sich, die grundsätzliche Bedeutung der gegenwärtigen Kämpfe auch darin zum Ausdruck zu bringen, daß sie behaupten, gegen den überwuchernden Einfluß der Gewerkschaften Stellung nehmen zu müssen. In der vor einigen Tagen stattgefundenen Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hat der bekannte Generaldirektor Reusch erklärt, „die heutige Regierung stehe in zu starkem Maße unter dem Druck der Gewerkschaften“. Am 22. Februar handelte die Deutsche Bergwerkszeitung in einem „Gewerkschafts-Unheil“ überschriebenen Artikel dieses Thema weiter ab. Sie erklärte, den Nachweis führen zu wollen, „eine wie unheilvolle Rolle heutzutage in unserem Zusammenhange von den „immer mehr zahlreicher gewordenen Gewerkschaften“, und richtete an die bürgerlichen Parteien die Aufforderung, sich darüber klar zu werden, „daß sie mit dem Entgegenkommen an die Gewerkschaften einen gefährlichen Kurs gesteuert sind.“

Das alles konzentriert sich dann in einem ganz aktuellen Unternehmerrkampf gegen das Schlichtungswesen. Es ist ausgerechnet die Kölnische Zeitung, ein sich oft recht arbeitervreundlich gebendes Blatt der Deutschen Volkspartei, das sich am 21. Februar unter der Ueberschrift „Korruption der Lohnpolitik“ zu „bittern und ironischen Betrachtungen“ gegen das Schlichtungswesen und gegen den Reichsarbeitsminister gedrängt fühlte. In diesem Artikel kommt allerdings zum Ausdruck, daß eigentlich die Unternehmer gerade jetzt weniger Ursache als früher hätten, gegen das Schlichtungswesen aufzutreten. Die Kölnische Zeitung gibt nämlich zu, daß „die letzten Schiedsprüche“, vom Unternehmerrstandpunkt beurteilt, „zweifellos vorsichtiger in der Taktik und der Ziehung der Belastungsgrenzen geworden sind“. Dabei vertritt die Kölnische Zeitung dann auch die tieferen Beweggründe des Unternehmertums bei seiner Aktion gegen das Schlichtungswesen. Das Blatt Stresemanns erklärt nämlich:

### Die Republik hat ihren König

Amanullah ist da

218 Berlin, 22. Februar.

Der König von Afghanistan ist heute vormittag programmgemäß auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Um 15.30 Uhr stattete er dem Reichspräsidenten in seinem Hause einen Gegenbesuch ab. Anschließend fuhr der Stellvertreter des Reichszanzlers, Hergt, in das Palais Prinz Albrecht, um an Stelle des erkrankten Reichszanzlers dem Königspaar einen Besuch abzustatten. Um 17 Uhr empfing der König das diplomatische Korps unter Führung des Doyens des diplomatischen Korps Runtius Pacelli. Im Anschluß an das Essen, das der Reichspräsident heute abend zu Ehren des Königs und der Königin von Afghanistan gab, fand um 10.15 Uhr im Hofe des Hauses des Reichspräsidenten ein großer militärischer Zapfenstreich statt, der von 11 Musik- und 3 Spielmannskorps der Berliner Garnison ausgeführt wurde.

### Auch Wilhelm der Kleine fährt auf

Der Soz. Pressedienst teilt mit:

Wenn Könige in Berlin einziehen, dann darf natürlich der ehemalige deutsche Kronprinz nicht fehlen. Etwa eine Stunde nach dem Einzug des afghanischen Königspaares fuhr er im Auto durch das Brandenburger Tor, um sich nach dem Kaiser-Wilhelm-Palais zu begeben. Er berührte selbstverständlich die Punkte, wo sich besonders zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Einige

### Der Emir von Afghanistan



Leute erkannten ihn, zogen die Hüte und begrüßten ihn durch Zurufe. Im Nu war das Auto von einer dichten Menge Reiziger und Müßiggänger umgeben, die ihm „Ovationen“ bereiteten. Nur mit Mühe konnten die Schutzpolizisten dem Auto einen Weg durch die Menge bahnen.

Was Herrn Lubendorff mit seinem „zufälligen“ Spaziergange am Brandenburger Tor nicht gelang, wer weiß, vielleicht ge-

„Es ist heute fast unmöglich geworden, daß ein Schiedspruch gegenüber streikenden Arbeitern für verbindlich erklärt wird, es ist aber schließlich unmöglich, daß ein Schiedspruch die Löhne herab- und die Arbeitszeit heraufsetzt, selbst wenn eine Industrie darüber vor die Hunde gehen sollte. Mit dieser Politik kommen wir in des Teufels Küche...“

Nur ein Unternehmertum, das nicht lediglich weiteren Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen widersteht, sondern sich die Möglichkeit schaffen will, „die Löhne herab- und die Arbeitszeit heraufzusetzen“, konnte zu dem scharfen Widerspruch kommen gegen eine Schlichtungspraxis, die regelmäßig Lohnerhöhungen, wenn auch nur geringe, zugesteht. Nur aus dem so gestellten Gegensatz ist die Wut derselben Kölnischen Zeitung in ihrer Morgenausgabe vom 22. Februar zu verstehen, die in den folgenden Auslassungen zum Ausdruck kommt:

„Es ist in höchstem Grad unerfreulich, daß ein Gewaltakt des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wie der noch vor Ablauf der Erklärungsfrist zum ersten Schiedspruch durchgeführte Streik, zu einer im Gesetz nicht vorgesehenen „Berufung“ geführt hat. Obwohl das Reichsarbeitsministerium von den geltenden Vorschriften nicht abgewichen ist, läßt sein Verhalten doch auf eine Begünstigung der Lohnwünsche der Arbeitnehmerschaft und damit auf eine Parteinahme zugunsten einer der beiden streikenden Parteien hinaus. Dem Wesen des Schieds- und Schlichtungsverfahrens entspricht ein solches Vorgehen

lingt es dem Beherrscher aller Afghanen, im Bunde mit der „republikanischen“ Presse, die in Männerstolz vor asiatischen Königskronen in De- und in Wehmut erstirbt. Heiliges Bognanz!

Für die deutsche Industrie ist der Besuch des Afghanen ein Geschäft wie jedes andere, für das man Klame und Propaganda machen muß. In der Weltbühne stellt Morus fest, daß sich die gesamte Einfuhr Afghanistans im Jahre 1925 auf 2 1/2 Millionen Pfund Sterling belief. Die amtliche deutsche Außenhandelsstatistik führt vorsichtshalber Afghanistan überhaupt nicht gesondert auf. Es rangiert, zusammen mit Arabien, Mesopotamien, Syrien und einem Dutzend anderer asiatischer Gebiete in einem Sammelposten, der für Deutschland mit 8 Millionen Mark Ausfuhr zu Buche steht. Der Besuch Amanullahs kostet die deutsche Republik viele Hunderttausende von Mark und Morus hat vollkommen recht, wenn er bemerkt, „daß die Spesen dieser Festwoche gewiß nicht viel kleiner sein werden, als der deutsche Jahresexport nach Afghanistan“.

Würde die deutsche Industrie diese Klame von sich aus unternehmen, dann wäre das eine Privatangelegenheit der großen Wirtschaftsverbände. So aber zählt diese Klamepese die Republik, die breite Masse der Steuerzahler. Im übrigen trägt nur noch die Presse Vorurteile davon, der durch den Beherrscher der Afghanen über eine kurze Saure-Gurken-Zeit hinweggeholfen worden ist. Und überhaupt die deutsche Presse! Daß die Organe der Streikmanipulation, die sich ansonsten republikanisch gebürdet, ihre ersten Seiten voll und ganz dem Gesange des Afghanen-Königs weihen, ist allzu bezeichnend für die Einstellung dieser Organe und ihrer Partei. Die halbsozialistische Deutsche Allgemeine Zeitung, durch die einige Millionen aus dem Geheimfondsgeldern des Auswärtigen Amtes hindurchgeschossen sind, schließt unter der gesamten Berliner Presse den Vogel ab. Aber auch die republikanischen Zeitungen, die Presse der sogenannten „Affghandemokratie“, ist bestrebt, durchaus nicht zurückzutreten. Sie schildert den Einzug des Afghanen breit und ausführlich in langen Spalten. Kennzeichnend für den republikanischen Geist in diesen Kreisen ist der Demokratische Zeitungsdienst, der wir an Stelle der begehrtesten Lobspüche in den anderen „Schwarzrotgoldenen“ Organen Berlins auszugswise wiedergeben. Er schreibt:

„Die Republik hat jetzt eigentlich zum erstenmal ein bestimmtes Zeremoniell in Anwendung gebracht und von Kleinigkeiten abgesehen funktioniert dieses Zeremoniell recht gut. Die Begrüßung des Königs durch die ehrwürdige Gestalt des Reichspräsidenten auf dem Lehrter Bahnhof ist sicher auf Amanullah, der, wie aus seiner ganzen Haltung hervorgeht, selbst Soldat ist, nicht ohne Eindruck geblieben. Weiterhin erregte die Schönheit der Königin und der sie begleitenden Prinzessinnen allgemeines Aufsehen, und die Schönheit dieser Damen hatte gleich bei der Begrüßung in Berlin einen Sieg errungen. Als der König die Bahnhofshalle verließ, brachte ihm eine Batterie Reichswehr den Ehrensalut dar. Studenten aus Afghanistan legten blühenden Myrtel in die Hand der Königin. Die Reichswehr spielte das Nationallied des fremden Landes, und die Bevölkerung begrüßte mit warmer Sympathie den König, die Königin und die fremden Gäste.“

Wenn schon die republikanische Presse in derartigen Tönen überfließt, ist es dann ein Wunder, wenn der Sprecher im vermeintlichen Bratenock mit dem regierenden König von Afghanistan gleichzeitig auch den Anwärter auf den verfallenen Deutschen Kaiserthron zu feiern strebt? Wie ein geschäftiger Klamemann hat der Schloßherr von Dels die Situation richtig eingeschätzt und sich gesagt: Wenn die Berliner schon vor dem Afghanen auf den Knien liegen, dann werden sie mir ihren Anteil nicht versagen. Die Berechnung hat sich als richtig herausgestellt. Die Höhenrollern haben gelernt. Sie wittern Morgenluft. Der Berliner Spießbürger schreit Hurra, ganz gleich, ob Lindbergh von Amerika geflogen kommt oder ob ein autokratischer Despot aus dem Innern Afghans durch das Brandenburger Tor kutschiert.

nicht. Der nächste Schlag, der aus dem Verlauf des Lohnkampfes in der mitteldeutschen Metallindustrie zu ziehen ist, ist der, daß die bisherige Schiedspraxis so schnell wie möglich abgeändert werden muß.“

Damit ist nun aber auch die Situation für die Arbeiterschaft geklärt. Es handelte sich in all dem Streit der letzten Wochen und Monate, und es wird sich handeln in den kommenden Konflikten nicht um einen Pfennig Lohnerhöhung mehr oder weniger, sondern um die Entscheidung in einem Machtkampfe von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Die Unternehmer sind bereit, dafür in jedem Falle ihre ganze Macht einzusetzen. Erst kamen sie mit der Stilllegungsanzeige für die gesamte deutsche Schwerindustrie heraus. Dann machten sie aus einem Teilstreit sächsischer Hüttenarbeiter eine Aussperrung aller sächsischen Hüttenarbeiter. Dann erweiterten sie den Teilstreit in Mitteldeutschland zur Aussperrung. Dann bereiteten sie für die gesamte deutsche Metallindustrie die Generalaussperrung vor. Und nun wollen sie einen Streik von 4000 Berliner Werkzeugmachern mit der Aussperrung von mehr als zweimal hunderttausend Berliner Metallarbeitern beantworten. Wer in all dem nicht die große Linie einer allgemeingültigen Unternehmertaktik sieht, ist wahrlich mit Blindheit geschlagen.

Der Kampf in der deutschen Schwerindustrie wurde an



# Papier gegen die Gewalt!

## Die deutschen Sicherheitsvorschläge

SPD Genf, 22. Februar.

Der Führer der deutschen Delegation für die Abrüstungsberatungen in Genf hat dem Vorsitzenden des Sicherheitskomitees am Mittwoch seine Vorschläge schriftlich fixiert überreicht. Darin heißt es:

Für den Fall, daß der Rat mit einer konkreten Streitfrage befaßt ist, könnten die Staaten im voraus die Verpflichtung übernehmen, vorläufige Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Ausführung zu bringen, die den Zweck haben, einer Verschärfung oder Ausdehnung der Streitigkeit vorzubeugen und solche Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der vom Rate vorzuschlagenden Regelung haben könnten.

Zusammenfassend könnten die Staaten für den Fall, daß eine Kriegsgefahr vorliegt, im voraus die Verpflichtung übernehmen, diejenigen Empfehlungen des Rates anzunehmen und zur Durchführung zu bringen, die zum Ziele haben, den militärischen Status quo des normalen Friedensstandes aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Für den Fall, daß Feindseligkeiten irgendwelcher Art bereits begonnen haben, ohne daß nach Ansicht des Rates die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches erschöpft ist, könnten die Staaten sich im voraus verpflichten, einen vom Rat vorzuschlagenden Waffenstillstand zu Lande, zur See und in der Luft anzunehmen, wobei sie insbesondere die etwa bereits in fremdem Gebiet vorgebrungenen Streitkräfte zurückzuziehen und die Achtung der Staatshoheit des anderen Teils sicherzustellen hätten.

Es wäre zu prüfen, ob die vorstehend bezeichneten Verpflichtungen nur bei Einstimmigkeit des Völkerbundesrates (ohne Zählung der Stimmen der beteiligten Staaten) oder aber auch bei einfacher oder qualifizierter Majorität zu übernehmen wären. Auch wäre zu prüfen, welche Form den Verpflichtungen zu geben wäre, damit sie mit dem Mechanismus der Völkerbundsatzung im Einklang stehen.

Diese Verpflichtungen könnten in einem Vertrag oder Protokoll festgelegt werden, das allen Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes zur Unterzeichnung offen stände, und vielleicht ähnlich, wie dies in einem Entwurf des Vertrages über gegenseitige Hilfeleistung von 1923 vorgesehen war, für die verschiedenen Kontinente gesondert in Kraft treten könnte.

## Es kommt nicht viel heraus!

SPD Genf, 22. Februar.

Die dreitägige allgemeine Aussprache der Sicherheitskommission läßt leider ein sehr mageres Endergebnis erwarten. Der dritte Tag begann mit einer Stellungnahme Belgiens,

das als letzten Weg die Verbesserung des Schlichtungsverfahrens unter Berücksichtigung der deutschen und japanischen Anregungen bezeichnet. Sicherheit und Abrüstung bedingen sich gegenseitig, erklärte der vorstichtige belgische Delegierte zu dieser wichtigsten Streitfrage.

Es folgten wertvolle Ausführungen des kanadischen Vertreters, der aus der Erfahrung der auswärtigen Politik Kanadas heraus die Kriegsverhütung durch Entwicklung des Schlichtungs- und Schlichtungsverfahrens über die Sanktionsdrohung stellt und die französisch-polnische These, daß die Sicherheit des Völkerbundes nicht genüge, zurückwies. Nach Ansicht der kanadischen Regierung werde gerade in der gegenwärtigen Zeit die Sicherheit besser durch Abrüstung als durch militärische Unterstützungsverpflichtungen gewährleistet. Ebenso warme Worte für den Wert des Völkerbundes sprach der schwedische Vertreter, Unben, der erklärte, daß die schon vorhandenen Kriegshemmungen durch Vorkriegs- und Schlichtungsgericht die Inangriffnahme der im § 8 vorgesehenen Abrüstung gestatteten. Der südlawische Vertreter äußerte dagegen, daß keine Abrüstung in Frage kommen könnte, bevor nicht eine absolute juristische Sicherheit durch Kriegsunterstützung des Angegriffenen und Bestrafung des Angreifers garantiert sei. Mit einem deutschen Hieb gegen Italien forderte er Sicherheitsverträge nach dem Muster von Locarno für alle bedrohten Grenzen Europas.

Am Donnerstag erfolgt die Beratung des Prager Memorandums. Man will aus ihm und den Anregungen bzw. Vorschlägen der Delegierten einen möglichst einstimmig zu genehmigenden Bericht über die Sicherheitsfrage für die Abrüstungskommission fertigmachen. Eine 12gliebrige Redaktionskommission soll diese Arbeit vollenden. Ihr sind außer Beneš, Unben und den drei Referenten folgende Länder vorzuziehen: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Polen und Argentinien.

## Der russische Vorschlag

Der russische Entwurf sieht die sofortige Inangriffnahme einer allgemeinen und restlosen Abrüstung vor, die binnen vier Jahren durchgeführt werden soll, jedoch dergestalt, daß bereits nach Ablauf des ersten Jahres die Möglichkeit bewaffneter Zusammenstöße eingeschränkt ist. Demgemäß soll bereits im Laufe des ersten Jahres die Demobilisierung der Heere um 50 Prozent, die Vernichtung sämtlicher Munitionsvorräte, die Ausschaltung der wichtigsten Arten der See- und Luftfahrzeuge aus den Kampfformationen und die Auflösung der Kriegsbehörden erfolgen. In den folgenden drei Jahren soll die endgültige Abrüstung durchgeführt werden. Mit der Kontrolle über die Durchführung der Konvention werden betraut eine internationale ständige Kontrollkommission, Kommissionen der einzelnen Staaten und Bezirkskommissionen, die gemäß dem Grundlag der Parität und unter Teilnahme der Vertreter der gesellschaftlichen Körperschaften, der Öffentlichkeit und der werktätigen Klassen aufgebaut sein müssen.

## Spaltung der Kommunisten in Polen

DE Lemberg, 21. Februar.

Die Komintern veröffentlicht einen Aufruf gegen die der kommunistischen Partei Polens angeschlossenen ukrainischen Kommunisten, die entgegen den Weisungen der Komintern die Schaffung eigener Parteioptionen und die Aufstellung selbständiger Listen bei den polnischen Parlamentswahlen beschlossen hatten. Es handelt sich um die Anhänger der früheren Parteiführer der sogenannten kommunistischen Partei der Westukraine, einer Unterorganisation der kommunistischen Partei Polens, die im vorigen Jahre mit der Komintern in Konflikt gerieten, weil sie nach Ansicht der maßgebenden Moskauer Persönlichkeiten einem ukrainischen Nationalismus huldigten und sogar die in der Sowjetukraine betriebene nationale Politik, die vielumstrittene „Ukrainisierung“, als vom Standpunkt der ukrainischen Nation unbefriedigend kritisierten.

II Warschau, 22. Februar.

In Lodz wurden drei Schüler eines dortigen Gymnasiums im Alter von 17 und 19 Jahren wegen kommunistischer Propaganda zu 10 und 6 Monaten Gefängnis verurteilt, drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

## Am Mazedonien

### Wieder ein politischer Mord in Uesläh

SPD Sofia, 22. Februar.

Dieser Tage wurde in Uesläh der bulgarenfreundliche Mazedonier, der Apotheker Genoff, von „unbekannter“ Hand erschossen und ein sich in seiner Begleitung befindlicher Mitarbeiter schwer verwundet. Es handelt sich hier um den dritten politischen Mord innerhalb weniger Tage. Die südlawische Presse sucht die Mörder im Lager des mazedonischen Komitees, weil Genoff diesem Komitee nicht mehr dienen wollte. Die bulgarische Öffentlichkeit hält diese

Bermutung jedoch für wenig wahrscheinlich, während die mazedonierfreundlichen Blätter sie mit Enttäufung zurückweisen, da das mazedonische Komitee nach dieser Logik tausende ihrer Landsleute niederstehen lassen müßte.

Es liegt der Verdacht nahe, daß der neue Mord ein südlawisches Nachwerk für den kürzlich getöteten Rechtskonsulenten Prelich ist. Wie wäre anders die völlige Passivität der südlawischen Polizei zu erklären? Vorläufig ist nicht eine einzige Verhaftung vorgenommen worden, während nach Äntantien, soweit sie von Mitgliedern des mazedonischen Komitees verübt wurden, häufig ganze Ortschaften ins Gefängnis wanderten und meistens die Täter oder deren Helfershelfer ergriffen wurden.

Die Ermordung Prelichs und des Generals Komatschewitsch haben in der gesamten demokratischen Presse Europas mit Recht Verurteilung gefunden. Mit Bomben und Kugeln vorgang sich eine revolutionäre Freiheitsbewegung bei der fortschrittlichen Weltmeinung wenig Sympathien zu schaffen. Die gleiche Verurteilung muß aber auch das südlawische Ausnahmeregime in Mazedonien treffen. Innerhalb von 3 1/2 Monaten, seit dem 1. November v. J., wurden sieben Mazedonier meuchlings niedergeschossen. In allen sieben Fällen wurden weder die Täter gefaßt, noch Verhaftungen vorgenommen. Die südlawische Polizei schweigt, wie sich z. B. auch die bulgarische Polizei nach den fürchterlichen Mordfällen in den Jahren 1923/25 auszuwieg. Dieses Schweigen besagt genug.

## Der indische Boykott britischer Waren

II London, 22. Februar.

Wie aus Kalkutta berichtet wird, ist der Boykott für britische Waren, der sich zunächst auf Konfektionsartikel erstrecken soll, gestern in einer Versammlung in Kalkutta verübt worden. Die Versammlung leitete folgenden Eid: „Ich schwöre im Namen Gottes und unter der Zeugenhaft meiner hier anwesenden Landsleute, daß ich britische Waren nicht benutzen werde, bis Indiens Selbständigkeit erreicht ist, so wahr mir Gott helfe.“

## Die veröhnliche Richtung

Das Oberhaus der indischen Volksvertretung (Staatsrat) hat eine Entschließung angenommen, in der es sich für eine Zusammenarbeit mit der Simon-Kommission ausspricht.

## Baut Indien eine eigene Flotte?

Die indische gesetzgebende Versammlung beschloß am Dienstag mit 55 gegen 54 Stimmen, einen Gesetzentwurf, der die Genehmigung für die Schaffung einer selbständigen indischen Kriegsstotte unter britischer Führung schaffen sollte, von der Tagesordnung abzulehnen. Der Gesetzentwurf sieht die Belegung eines Drittels der Offiziersstellen durch Indier vor.

## Regierungsniederlage in Japan

SPD London, 22. Februar.

Die vorliegenden Ergebnisse der japanischen Wahlen scheinen auf eine Niederlage der Regierung hinzudeuten. Minato, die Oppositionspartei, hat nach den vorläufigen Ergebnissen 55 Sitze erobert, während die Regierungspartei Seinoai 53 Sitze erhielt. Den proletarischen Parteien gelang es, 6 Abgeordnete zum erstenmal in der Geschichte Japans ins Parlament zu entsenden. Diese Ziffer dürfte sich erhöhen, sobald die endgültigen Ergebnisse vorliegen. Professor Abe, der Führer der japanischen Sozialisten und Sukuki, der Vorsitzende des japanischen Gewerkschaftsbundes, sind gewählt worden.

der Jahreswende mit einem Kompromiß beendet, dessen Kosten die Arbeiterschaft trägt. Der Kampf in Mitteldeutschland ist ebenfalls mit einem Kompromiß zu Ende gebracht worden. Die Unternehmer sind aber bereit, für Berlin wiederum die Frage auf Biegen oder Brechen zu stellen. Es ist also unbedingt richtig, was wir bereits nach der Beilegung des Schwebereisenkonfliktes erklärten, daß der grundsätzlichen entscheidende Kampf doch einmal wird ausgetragen werden müssen. Es waren, von unserem Standpunkte gesehen, die Verhältnisse in der Schwebereisenindustrie diesem Austrag nicht besonders günstig. Günstig waren sie ihm aber ganz zweifellos in Mitteldeutschland. Diese Gunst der Situation hat das staatliche Schlichtungswesen nicht zur Auswirkung gelangen lassen. Klar und einwandfrei stellt die Zentralstreikleitung fest, daß die Arbeiter wieder in die Betriebe hineingehen, „weil durch die Verbindlichkeitserklärung der Fortführung des Kampfes Einhalt geboten wird“. Die ganze reaktionäre Bedeutung der Verbindlichkeitsklärung sollte damit für jeden Arbeiter und Gewerkschaftsführer so klar liegen, daß zukünftig keine Diskussionen mehr darüber notwendig sein sollten, ob man gegen diese diktatorische Vollmacht, die in die Hände der Schlichtungsinstanzen gelegt ist, einheitlich und geschlossen die gesamte Gewerkschaftsmacht einsetzen soll oder nicht.

## Rein Mantelgesetz für das Notprogramm

II Berlin, 22. Februar.

Entgegen der bisherigen Absicht, das Notprogramm der Reichsregierung in Gestalt eines Mantelgesetzes dem Reichstag zugehen zu lassen, verlaute nunmehr an maßgebender Stelle, daß zwar das ganze Notprogramm von der Regierung als ein einziges und unteilbares Ganzes betrachtet wird, von dem Gedanken eines Mantelgesetzes aber Abstand genommen worden ist. Ueber das Programm herrscht in der Reichsregierung völlige Einstimmigkeit. Welche Punkte auf dem Verordnungswege geregelt werden können, steht noch nicht fest; das Kabinett wird hierzu voraussichtlich morgen oder übermorgen Stellung nehmen, nachdem heute die Ressortbesprechungen stattgefunden haben. Jedenfalls soll das Notprogramm als solches auf dem gesetzgeberischen Wege erledigt werden. Die einzelnen Gesetze werden erst dann in Kraft treten, wenn sie in ihrer Gesamtheit angenommen worden sind.

Ob Mantelgesetz oder nicht. Uns kann das gleichgültig sein. Weniger aber die Mitteilung, daß ein Teil des Notprogramms auf dem „Verordnungswege“ durchgeführt werden soll. Dagegen wird sich die sozialdemokratische Fraktion mit allen Kräften wehren müssen. Wenn sich schon die Parteien des früheren Bürgerblocks nicht einig werden, dann darf ihnen keine Möglichkeit geboten werden, auf dem Verordnungswege durchzusetzen, was schließlich parlamentarisch durchzuführen unmöglich ist.

## Die „Mißfarben“ Schwarz-Rot-Gold

### Ein nicht alltägliches Urteil des Disziplinargerichtshofes

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Disziplinarhof für die nichtrichtlichen Beamten hat zu § 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1882 über die Treuepflicht der Beamten in bezug auf die Achtung der verfassungsmäßigen Reichsfarben folgende außerordentlich interessante Entscheidung von grundsätzlicher Wichtigkeit getroffen:

In einem kleinen Orte war eine Reihe von Teilnehmern der am 11. August abgehaltenen Verfassungsfeier nach deren Abschluß noch zu einer Nachfeier im Ratskeller eingelehrt, die gut besucht war. Dort hatte an einem Tisch mit anderen Bürgern der jetzige Angeklagte, der Lehrer im Orte war, Platz genommen. Als die Ehefrau eines Bürgers, die sich zu Ehren des Tages mit einer schwarzrotgoldenen Schleife an der Bluse geschmückt hatte, von ihrem Tische, an dem sie sich mit mehreren Mitgliedern des Reichsbanners niedergelassen hatte, aufstand und an dem Tische des Angeklagten vorbeiging, griff er nach der an ihrer Bluse befindlichen Schleife und rief dabei in lautem, scharfem Tone: „Nehmen Sie die Mißfarben von der Bluse“. Es entstand darauf im Gastzimmer eine große Erregung, die dann auch namentlich mit Rücksicht auf seine Stellung als Lehrer in der Presse ihren Ausdruck fand. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 8 Ziffer 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 strafrechtlich an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von 20 Tagen zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Die auf gleichfalls 200 Mark Geldbuße lautende Entscheidung des Disziplinargerichtshofes erster Instanz wurde vom Disziplinarhof in Dienstentlassung abgeändert. Der Angeklagte hat sich einer überaus gütlichen Beshimpfung der verfassungsmäßigen Reichsfarben schuldig gemacht. Erheblich erschwerend fällt dabei noch in das Gewicht, daß er diese Schmähung in der Öffentlichkeit inmitten von Bürgern des Ortes, gerade am Tage der Verfassungsfeier, der vorzugsweise unter dem Zeichen des Bekenntnisses zu den Farben Schwarz-Rot-Gold als dem verfassungsmäßigen festgelegten Einheits- und Hoheitszeichen der gegenwärtigen Reichsform stand, und noch dazu als Lehrer begangen hat, der die Jugend in der Achtung vor den verfassungsmäßigen Einrichtungen erziehen und befestigen soll. Durch sein Verhalten hat er die aus seinem Beamtenverhältnis entspringende Treuepflicht gegen Staat und Reich auf das schwerste verletzt und zugleich sich außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf als Beamter, zumal als Jugendlehrer, erfordert, in höchstem Maße unwürdig gezeigt.

Wie wäre es mit einer Kandidatur für die deutschnationale Volkspartei für diesen schwarzweißroten „Erzieher“ der Jugend in der Republik?

## Neue Skandalaffäre völkischer Studenten

III Heidelberg, 22. Februar.

Der Leiter des Heidelberger Instituts für Zeitungsfragen an der dortigen Universität, Professor von Eckardt, ist vor einigen Tagen das Opfer einer unerhörten Provokation durch Angehörige der Studentenvereine „Frantonia“ und „Bineta“, Mitglieder des Waffenringes, geworden. Er war mit einigen Studenten in einem bekannten hiesigen Lokal eingelehrt, als plötzlich das zu seinem Tische gehörige Licht ausgeblendet wurde und gleichzeitig der Geschäftsführer ihn im Auftrag einer großen Zahl von Studenten der oben genannten Vereine aufforderte, das Lokal zu verlassen. Dem Verlangen, der mit Gewalt drohenden Studenten mußte der Professor sich fügen, richtete aber unmittelbar nach dem Vorfall eine entsprechende Beschwerde an den Rektor der Universität.

Der Heidelberger Waffenring hat nunmehr eine Erklärung abgegeben, wonach er „das Vorgehen der Kommissionen mißbilligt und sein Bedauern über den Vorfall ausspricht“.

Womit die Angelegenheit hoffentlich nicht erledigt ist.

## In der Riviera



Strefemann erholt sich

(Charivari.)



# Das proletarische Heer

## Zehn Jahre Rote Armee

Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Regimes fiel auch die zaristische Armee auseinander. Die Bolschewisten hatten den Soldaten Frieden und sofortige Rückkehr in die Städte und aufs Land versprochen. Aber nachdem sie die Macht ergriffen hatten, mußten sie, wenn sie den gewalttätigen Angriffen der Konterrevolutionäre nicht weichen wollten, auf eine militärische Macht stützen. Aus der auseinanderlaufenden Armee wurden brauchbare Teile zusammengestellt, die mit bewaffneten Arbeitern und Bauern in Volkseinheiten die Roten Garden bildeten. Die Roten Garden haben in den umstürzenden Tagen des Jahres 1917 entscheidende Angriffe und Kämpfe geschlagen. Aber sie waren nur ein Notbehelf. Mit jedem Tage der bolschewistischen Herrschaft wurden die Versuche gegenrevolutionärer Generale immer heftiger, die bolschewistische Diktatur zu stürzen und die ganze Revolution wieder rückgängig zu machen. Die militärische Machtentfaltung ihrer Gegner mußten die Bolschewisten mit überlegenen Kräfte zusammengefaßten militärischen Kräften abzuwehren versuchen. Das war in jenen ersten Wochen und Monaten schwer. Nicht zuletzt aus dem Grunde, weil ja die ehemaligen zaristischen Generale von England und Frankreich mit Waffen und Geldmitteln reichlich unterstützt wurden. Aber die Bolschewisten bewältigten diese Aufgabe. Sie schufen eine Armee, die in zahlreichen Kämpfen die Feinde niederschlug, so daß das riesige russische Territorium schließlich von allen weißgardistischen Nestern geläubert wurde. Den kapitalistischen Eliten, die die werdende proletarische Macht zerstören wollten, blieb nichts anderes übrig, als diese Versuche aufzugeben.

Das Dekret, das offiziell die Errichtung einer roten Armee anordnete, wurde am 23. Februar 1918 erlassen. Ein Mann, der bei den gegenwärtigen Feindschaften, die in Sowjetrußland und den kommunistischen Parteien aus Anlaß des Jubiläums abgehalten werden, nicht genannt wird, hat bei dem Aufbau der Roten Armee seinen genialen konstruktiven Geist betätigt. Trotzli ist jahrelang der Vorsteher des revolutionären Kriegsrates und damit der Führer der Roten Armee gewesen. In den ersten Jahren nach dem Umsturz trug er die kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften allmählich sein Bild und feierte ihn als den Begründer der siegreichen Roten Armee. Jetzt befindet er sich in der Verbannung. Wahrscheinlich bewachen seine Wege einige Rotarmisten.

Die Rote Armee ist ganz zweifellos etwas beispielloses in der Welt. Die Bolschewisten, die überzeugt sind, für die Weltrevolution und für den Sieg des Sozialismus zu arbeiten, haben in der Roten Armee einen militärischen Machtapparat geschaffen, der dem Proletariat ermöglichen soll, gewalttätigen Widerstand mit Gewalt zu brechen. Das die Armee dieser Apparats ist, hat sie in ihrer Vergangenheit bewiesen. Gegen vier bis fünf Fronten zu gleicher Zeit, vorn den Feind und im Rücken den Feind, mußten die Arbeiter und Bauern kämpfen und haben ihn doch geschlagen. Zuerst haben die Militaristen der kapitalistischen Staaten die Rote Armee unterschätzt; haben geglaubt, mit ihren Heeren einen Spaziergang nach Petrograd oder Moskau unternehmen zu können. Heute bewerten sie die Rote Armee als einen ersten militärischen Gegner, und in ihren Fachzeitschriften wird die hohe Kampfkraft des sowjetrussischen Heeres ausdrücklich anerkannt. Wahrscheinlich hätte Sowjetrußland ohne Rote Armee schon längst militärische Interventionen irgendeiner kapitalistischen Macht gesehen. So aber müssen die Finger von Rußland lassen und selbst die britischen Imperialisten, die den Russen gern eine Niederlage beibringen würden, wagen einen Krieg nicht, ohne sich vorher mit der halben Welt zu einem antirussischen Bündnis zusammenzuschließen.

Die Rote Armee zählt heute eine Friedensstärke von 568 000 Mann. Nach ihrem Aufbau und ihrer Ausbildung kann sie am besten als ein Rahmenheer angesehen werden, das im Kriegsfall in der Lage ist, weitere Millionen Soldaten aufzunehmen und ihren Formationen einzugliedern. Die Enthüllungen, die vor länger als Jahresfrist über die Beziehungen der sowjetrussischen Regierung zur deutschen chemischen Industrie und zur deutschen Flugzeugbauindustrie gemacht wurden, beweisen, daß die Bolschewisten bemüht sind, mit der Ausrüstung der Roten Armee nicht hinter den Heeren der kapitalistischen Staaten zurückzustehen. Auch ihre industrielle Betätigung nimmt sehr weitgehend Rücksicht darauf, daß durch die allgemeine industrielle Entwicklung besonders die technischen Grundlagen für die erfolgreiche Betätigung der Armee im Kriegsfall geschaffen werden. Das alles hat die Militärpolitik in Rußland gemein mit dem Militarismus in kapitalistischen Ländern.

Was den Wert der Roten Armee für das kommunistische Rußland und für das Proletariat der Welt ausmacht, das ist, daß die Soldaten neben ihrer militärischen Ausbildung eine systematische Aufklärung erhalten. Nicht nur der Kampf gegen das Anarchapotentium und die allgemeine Unwissenheit ist damit gemeint, sondern vor allen Dingen die geistige Schulung und Erziehung zum proletarischen Kämpfer, was in diesem Falle heißt zum Bolschewisten. Die arbeitenden Bauern in den Armeen der kapitalistischen Länder müssen sich in Kriegen hinschlachten lassen für fremde Klasseninteressen, denen sie feindselig gegenüberstehen. Der russische Arbeiter und Bauer, auch wenn er als Nichtkommunist zur Armee kommt, soll in der Armee zum Kommunismus geführt werden und aus Überzeugung und mit vollem Bewußtsein, der Sache seiner Klasse zu dienen, sich schlagen. Es besteht zwar die allgemeine Wehrpflicht in Rußland, aber bei ihrer reiflichen Durchführung müßte die Rote Armee ständig einige Millionen Soldaten zählen. Die Bolschewisten beschränken sich deshalb darauf, die geistig und körperlich tüchtigsten Männer auszuwählen. Eine fein organisierte politische Propagandarbeit führt ihnen die Führung in der Armee. Die geistig-politische und jetzt auch die technisch-strategische.

Die Rote Armee ist ein Erfolg der Bolschewisten. Es wäre falsch, wollte man über sie weigeln und über die Tatsache, daß die Bolschewisten sich nicht zuletzt deswegen behaupten konnten, weil sie die bewaffneten Arbeiter und Bauern der Roten Armee als reale Macht hinter sich hatten, damit hinweggehen, daß man sie einfach zu einem Stück Militarismus erklärt. Die Arbeiterklasse kann zum Militarismus nicht anders Stellung nehmen, als vom Standpunkt des Klassenkampfes aus. Da kann es nicht anders sein, daß sie jeden Militarismus und jede Wehrpolitik der zur Verteidigung kapitalistischer Klasseninteressen, also auch eines kapitalistischen Klassenstaates, dient, rückwärtslos bekämpft. Mit dem Militarismus einer kapitalistischen Macht kann die Arbeiterklasse nichts verbinden. Er wird immer ihr Feind sein. Darum ist es ihre Aufgabe, durch ihre Politik die Auflösung und die Beseitigung des Militarismus herbeizuführen. Ihre Stellungnahme im Parlament zu Heeresfragen muß immer dieses Ziel im Auge haben. Aber die Veretlichkeit und Entschlossenheit zur Vernichtung des Militarismus im kapitalistischen Staat bedeutet nicht, daß die Arbeiterklasse selber auf Mittel verzichtet, die sie im Kampfe um die Macht wirklich anwenden müssen. Es dürfte im Proletariat heute nur noch einen ganz kleinen Teil geben, der der Auffassung ist, daß die kapitalistische Klasse freiwillig auf ihre Herrschaft über das Proletariat verzichtet. Einen ganz kleinen Teil, der von der Unverletzlichkeit der

# Reichsgerichtsjustiz

## Opfer des Spionagesumpfes

F. K. Ludwig war das älteste Kind von zehn Geschwistern. Unter schwierigsten Verhältnissen lernte er Techniker. Später war er bei Krupp. Im Herbst 1916 mußte er zum Kommando nach Mex. Am 1. August 1914 überschnitt er mit dem Z. N. 145 die französische Grenze, um siegreich Frankreich zu schlagen. Im Januar 1915 wurde er verwundet; Lähmung der rechten Schulter, für immer 25 Prozent erwerbsbeschränkt. Bis Ende 1916 in ärztlicher Behandlung, Magenkrämpfe, starke nervöse und geistige Störungen. (Eine Großmutter von ihm war an Gichtkrankheit gestorben.) Nach dem Kriege erwerbslos, Eigentumsvergehen für die Familie — Ludwig hatte wertlose Kriegsanleihe entwendet — die Richter waren weisfremde Paragraphenmenschen, die 1 1/2 Jahre Gefängnis auswarfen. Im Gefängnis schwere Magenoperation.

Nach der Entlassung blieb er erst recht arbeitslos. Da erbarnten sich die Franzosen seiner und beschäftigten ihn in einem Offizierskasino. Als das ausgelöst wurde, war Ludwig wieder erwerbslos. Er wandte sich an französische Bekannte und kam so mit einem französischen Kriminalkommissar in Verbindung, der ihn in den französischen Nachrichtendienst einspannte. Später hat Ludwig seinem erwerbslosen jüngeren Bruder Paul geraten, sich durch Spionagebetrug Geld zu verdienen. Paul hatte als Inzestatenhammer einer Essener Zeitung Norderns und Vorkum belacht und wollte dort erworbene maritime Kenntnisse zu einem Spionagebetrug an den Franzosen verwenden. Er trat in Koblenz mit einem französischen Agenten in Beziehung. Ludwig wurde am 27. Januar 1927 von den Franzosen den Deutschen ausgeliefert. Dieser Tage stand er mit seinem Bruder vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts. Der körperlich starke und geistig defekte Ludwig wurde von dem Senat zu der barbarischen Strafe von sechs Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenreueverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; gegen Paul wurde wegen Spionagebetrugs auf 7 Monate 15 Tage Gefängnis erkannt.

## 2 Jahre Festung für Flugstreiftverteiler

F. K. Unter des neuen Präsidenten Lorenz Vorsitz verhandelte der vierte Strafsenat des Reichsgerichts dieser Tage gegen fünf kommunistische Arbeiter wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung und Zerlegung der Volkzeitung. Die Angeklagten hatten lediglich Nummer 1 des Jahrganges 1926 der kommunistischen Gewerkschaftsflugstreife „Die Schulpolitik“ an einige Polizeibeamte verteilt. Wegen dieses Tatbestandes wurde vor dem Reichsgericht zwei Tage lang verhandelt. Man konnte den Bekuldigten glauben, daß sie diese Verteilung als rein

demokratischen Prinzipien durch die Bourgeoisie so überzeugt ist, daß er annimmt, die Mehrheit des Volkes in parlamentarischen Wahlen durch die Sozialdemokratie errungen, genüge, um den Kapitalismus abtreten zu lassen. In seiner übermächtigen Mehrheit rechnet das Proletariat mit dem gewalttätigen Widerstand der Bourgeoisie, in dem Augenblick, in dem durch die Anwendung der Demokratie ihre Herrschaft ernstlich bedroht wird. Damit rechnen, verlangt aber, daß das Proletariat sich auch darauf einstellt, den gewalttätigen Widerstand gewaltsam zu brechen. Ohne militärische Kraft wird das nicht gehen. So ist der Versuch, eine Wehrorganisation des sozialistischen Proletariats aufzubauen, zu begrüßen. Eine proletarische Wehr, die nicht zur Demonstration für irgendwelche illusionäre Parolen da ist, sondern die sich bewußt und von dieser Aufgabe ganz erfüllt ist, nichts anderem zu dienen, als dem proletarischen Kampf gegen die Diktatur der kapitalistischen Klasse für die Macht der Arbeiter und die Verwirklichung des Sozialismus.

## Feiern in Rußland

Am 23. Februar begeht die Rote Armee den zehnten Jahrestag ihres Bestehens. In der ganzen Sowjetunion finden in den Truppenteilen, Bataillonen usw. feierliche Versammlungen statt. Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees traf eine besondere Bestimmung, die eine Reihe von Vergünstigungen und Vorzügen für Partisanen und Rotgardisten in Bezug auf Steuern, Pensionen usw. festlegt. Die Bestimmung sieht ferner die Bereitstellung besonderer Beträge während zweier Jahre in Gesamthöhe von 10 Millionen Rubel zu Kultur- und Ausflugszwecken der Roten Armee sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor. Zugleich beschloß das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees einer Reihe von Personen, darunter Kalinin, Kossif, Petrowski, Unschicht, Mikojan und anderen den Roten-Banner-Orden zu verleihen.

## Frankreichs Zoll- und Handelspolitik

Die Kammer hat am Mittwoch die Beratung über die Handelsverträge und die Zollnovelle begonnen. Der Berichterstatter der Auswärtigen Kommission, der den deutsch-französischen Handelsvertrag zur unveränderten Annahme empfohlen hat, bezeichnet diesen Vertrag als eines der hervorragendsten Ergebnisse der Verständigungspolitik zwischen den beiden Völkern und des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. Der Berichterstatter wies dann noch insbesondere auf die Klausel hin, wonach alle Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Abmachungen nach dem deutsch-französischen Schiedsvertrag vom Oktober 1925 entschieden werden sollen. Diese in einem Handelsabereinkommen neue Bestimmung sei ein direkter Hinweis auf Locarno, der nur mit der größten Befriedigung aufgenommen werden könne. Im Verlauf der Debatte wurde insbesondere die Zollnovelle heftig umkämpft. Im Namen der radikalen Fraktion protestierte der Abg. Baffine gegen die überstürzte Behandlung einer für das Wirtschaftsleben des Landes so entscheidenden Frage. Die Kammer sei am Ende ihrer Kraft angelangt und werde bald auseinandergehen. Trotzdem verlange die Regierung, daß sie im Handumdrehen eine Zollreform annehme, die das neue Parlament gründlich und ohne Ueberlegung ausarbeiten könnte. Der Vorsitzende der Handelskommission sprach im gleichen Sinne, wobei er auf die außerordentliche Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Produkte hinwies. Der Juckeroll solle z. B. von 6 Franken auf 100 Franken hinaufgesetzt werden, was einem Koeffizienten von 17 entspreche. Im übrigen forderte er die Trennung der Ratifikationsdebatte von der Erörterung der Zollnovelle. Im Namen der sozialistischen Fraktion sprach der Abg. Caprel für die Ratifikation der Handelsverträge, obwohl die darin vorgesehenen Tarifierhöhungen viel zu hoch seien und unermesslich zu einer weiteren Vertiefung der Lebenshaltung führen müßten.

## Furcht vor der Unterfuchung

Die gegenwärtig in Genf anwesenden Vertreter der kleinen Entente sind zu einer Beratung zusammengetreten, um zu dem Beschluß der ungarischen Regierung Stellung zu

nehmen, der die Vernichtung des in Szeged Gotthard befindlichen Maschinengewehrtransportes sowie den Verkauf der vernichteten Maschinengewehre vorsetzt. In den Beratungen ist zum Ausdruck gekommen, daß die Berner internationale Eisenbahnkonvention, auf die sich die ungarische Regierung stützt, sich ausschließlich nur auf Poststoffe bezieht, nicht dagegen auf größere Transporte. Ferner ist darauf hingewiesen worden, daß der Zwischenfall in Szeged Gotthard auf der Tagesordnung der bevorstehenden Ratstagung des Völkerbundes stehen und infolgedessen der Schritt der ungarischen Regierung nur als ein Versuch aufgefaßt werden müßte, eine Unterfuchung des Zwischenfalles durch den Völkerbundrat unmöglich zu machen.

## Hochverratsprozess gegen den Dichter Veher

Allen Literaturprozessen vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts soll nun mit dem Hochverratsprozess gegen den Dichter Johannes Robert Veher die Krone aufgesetzt werden. Die Hauptverhandlung beginnt am Donnerstag, dem 15. März, neun Uhr, im Hauptkammergericht des Reichsgerichts. Den Vorsitz führt der neue Präsident des Nebenbenats, Lorenz; die Anklage wird Reichsanwalt Eichler vertreten. Rechtsanwalt Dr. Apfel steht dem Schriftsteller als Verteidiger zur Seite. Veher ist wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung, Beschimpfung der republikanischen Staatsform und von Mitgliedern der Regierung und wegen Gotteslästerung angeklagt. Der Oberreichsanwalt sieht die der sehr umfangreichen Anklage zugrunde liegenden Tatbestände lediglich in der literarischen Tätigkeit erfüllt.

Besonders stehen unter Anklage die Veher'schen Schriften „Vorwärts, du rote Front!“, „Der Leichnam auf dem Thron“, „Der einzige gerechte Krieg“, „Arbeiter, Bauern, Soldaten!“ und „An Hindenburg!“. So soll der hochverräterische Vorfall in den Worten erblickt werden: „Habe, Prolet, deine Lunge mit hin, in dem roten Aufruhr-Wind!“ Die Gotteslästerung wird in der Bezeichnung des „metaphysischen Himmels“ als „morsches Gerümpel“ erblickt. Das vorwurfsmäßige Vergleichen haben der Deutsche evangelische Kirchenausschuß, das Konsistorium Brandenburgs, das Pfarramt Hönigern und andere Stellen genommen. Schon diese Sitzproben zeigen einen unerhörten Tendenzprozeß, der sich gegen die Freiheit der Kunst überhaupt richtet und ganz im Geiste der Kulturreaktion steht, wie sie von Zentrum und Deutschnationalen mit allen Kräften betrieben wird. Hier hätte der vierte Strafsenat Gelegenheit zur Umkehr, zur Abkehr von Niederrichter Spruchpraxis. Wer wagt zu hoffen? F. K.

Die Sozialdemokratische Partei beruft für kommenden Sonntagabend eine entscheidende Konferenz über die Mieterreformvorlage Seipels etc. Die Vorlage wird nach wie vor von Seiten der Sozialdemokraten als unannehmbar und unzulässig bezeichnet. Auch die Hausbesitzer sind mit der Mietergelehrnolle in keiner Weise einverstanden. Die Bundesanwaltschaft verlangt für den Fall des Inkrafttretens der neuen Vorlage eine Erhöhung ihrer Bezüge.

## Anschlag auf die Mieter in Oesterreich

Die Lage bei Kanton hat sich in den letzten Tagen so zugespitzt, daß ein neuer Bürgerkrieg zu erwarten ist. General Eischlshand und Tschan Mingshu haben die der Stadt Kanton gegenüberliegende Honan-Insel besetzt, deren Zitadelle Kanton strategisch völlig beherrscht. Die Honan-Insel galt von jeher als traditioneller Aufmarschpunkt gegen Kanton. General Tschan Mingshu, früherer Kommandeur Swataus, hat Swatau vor den Roten Truppen geräumt.

## Kämpfe in Süchina

Die Lage bei Kanton hat sich in den letzten Tagen so zugespitzt, daß ein neuer Bürgerkrieg zu erwarten ist. General Eischlshand und Tschan Mingshu haben die der Stadt Kanton gegenüberliegende Honan-Insel besetzt, deren Zitadelle Kanton strategisch völlig beherrscht. Die Honan-Insel galt von jeher als traditioneller Aufmarschpunkt gegen Kanton. General Tschan Mingshu, früherer Kommandeur Swataus, hat Swatau vor den Roten Truppen geräumt.

## Waffenhinrichtungen in Sankt

Wie aus Sankt Petersburg gemeldet wird, sind dort weitere 26 Mitglieder der kommunistischen Partei hingerichtet worden.

## Notizen

Wie ein russischer Funkpruch aus Hano-Bator meldet, ist als Nachfolger des verstorbenen mongolischen Ministerpräsidenten Jereu-Dordseck sein bisheriger Stellvertreter und Innenminister Amor gewählt worden.

Wie aus Sankt Petersburg berichtet wird, kam es gestern zwischen einem britischen Panzerwagen und einer etwa 50 bis 100 Mann starken Abteilung Mahabiten zu einem schweren Kampf. In dessen Verlauf die Mahabiten restlos vernichtet wurden.

Die Regierung von Mexiko hat den verhafteten Bischof von Tamaulipas entsprechend dem bisher geübten Ausweisungsverfahren gegen merikanische Kirchenfürsten, die in ihrer Mehrzahl bereits im Ausland leben, des Landes verwiesen. Der Bischof hat die Ausweisung unter politischer Bedeckung bereits am Mittwoch angetreten.

Bei der Nationalbank sind 5 Millionen Dollar in Gold aus Sowjetrußland eingetroffen. Es ist dies die erste russische Goldverschiffung nach Amerika seit Beziehen der Sowjetunion.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herze in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Hugo Seipold in Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckereiverband, Leipzig.  
Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.







Eine politische Entdeckung Jules Vernes „sehr französisch“ und „um keine Antwort verlegen“

In diesen Tagen wird der große französische Schriftsteller Jules Verne 100 Jahre alt. In der ganzen Welt geht man daran, das Andenken dieses großen Mannes pompös zu feiern. Er ist ein Reiseschriftsteller gewesen, was hat er je mit der Politik zu tun gehabt, er war auch ein Prophet technischer Erfindungen, noch mehr? Ja, er war ein Entdecker, aber auf ganz anderem Gebiet.

In Nantes, wo Jules Verne lebte, kannte er da einen kleinen Jungen. Sehr klug war der Purfche, in der Schule einer der besten Schüler, war er auch sonst sehr geschick. Er gefiel dem Schriftsteller, unterhielt sich viel, ging mit ihm spazieren, manchmal auch ins Theater. Die Klugheit des Jungen muß wohl den berühmten Schriftsteller innerlich stark beschäftigt haben, denn in dem Roman „Zwei Jahre Ferien“ hat er ihm ein Denkmal gesetzt. Dort werden die Eigenschaften des Knaben folgendermaßen angegeben:

„Er ist nicht sehr fleißig, aber ungewöhnlich intelligent. Wenn er will, dann hilft sein glänzendes Gedächtnis und sein glückliches Auffassungsvermögen ihm dazu, der erste zu sein. Er ist mütig, geschickt und unternehmend, niemals um eine Antwort verlegen, und im Grunde genommen ein guter Junge, obwohl er keinen großen Wert darauf legt, Haltung zu bewahren, und deshalb von seinen englischen Kameraden abhört. Er ist, wenn man ihn mit zwei Worten charakterisieren will, „sehr französisch“ und er fällt auf, weil er sich ohne Absicht von anderen unterscheidet.“

Diesem „sehr französischen“ Knaben wurde in dem Buche natürlich auch ein Name gegeben. Er lautet ebenso, wie er wirklich heißt, nur mit einer einzigen Veränderung des Endbuchstabens: Briant.

Heute ist der kleine Junge, den Jules Vernes so liebevoll beschrieben hat, ein alter Mann mit Joppe herabhängendem, angegrautem Schnurrbart und weißer, duschiger Mähne. Er ist noch immer um keine Antwort verlegen, und im Grunde genommen ein guter Junge, obwohl er auch jetzt noch keinen großen Wert darauf legt, Haltung zu bewahren... der französische Außenminister Aristide Briand.

Eine Bronzefabrik in die Luft geflogen

Im Schwabach bei Nürnberg, 22. Februar.

In den heutigen Mittagsstunden ereignete sich in der Bronzefabrik von Weiland in Jgersdorf ein schweres Explosionsunglück, dessen Entstehungsurache noch nicht geklärt werden konnte. Kurz vor 11 Uhr flog mit einer mächtigen Detonation das Fabrikgebäude zur Herstellung von Aluminiumbronze in die Luft, nachdem eine Stichflamme, die teilweise bis über 30 Kilometer weit sichtbar war, das Unglück angezündet hatte. Das erst ungefähr ein Jahr in Betrieb befindliche neue Werk wurde bis auf die Grundmauern vernichtet. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Gerüsteinbruch

Im Wattencheid, 22. Februar.

Auf der Höhe „Hannover I und II“ kürzte in einem Querschnitt ein Gerüst ein. Ein auf ihm befindlicher Bergmann und ein Schloßhauer wurden dabei mit in die Tiefe gerissen, wobei der Schloßhauer einen Bruch des Rückgrats erlitt. Er starb bereits auf dem Wege zum Krankenhaus. Auch der Bergmann hat so schwere Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Mädchenmord bei Hanau

Im Berlin, 22. Februar.

Die 7 Jahre alte Anneliese Spratter aus Rüdningen bei Hanau hatte gestern von ihrer Mutter den Auftrag erhalten, auf dem Bürgermeisterrat von Rüdningen Geld einzuzahlen. Dieser Auftrag wurde auch von dem Mädchen erledigt, jedoch kehrte es nicht ins Elternhaus zurück. Landjäger und Einwohner nahmen die Nachforschungen auf, die bis heute vormittag fortgesetzt wurden. Wöllisch sah man einen Radfahrer, der beim Herannahen der Leute die Flucht ergriff. Als er seinen Ausweg mehr fand, schoß er sich eine Kugel in den Kopf, die ihn schwer verletzte. Die Leiche des erwürgten Mädchens wurde bald darauf vercharrt in einem Düngereisen vorgefunden. Der Mörder wurde in ein hiesiges Krankenhaus übergeführt. Es handelt sich um einen 32 Jahre alten Metzgergesellen Heinrich Redermann aus Moosbach (Baden).

Flug von London nach Australien

Im London, 22. Februar.

Der englische Flieger Hinkler ist am Mittwoch früh, 16 Tage nach seinem Aufstieg in Croydon, dem Flugfeld von London, in Port Darwin in Australien gelandet. Hinkler hat mit seinem Flug zahlreiche neue Rekorde aufgestellt, darunter einen Rekord für schnellsten Flug von England nach Australien, einen Rekord für den längsten Alleinflug im Aeroplane und einen Rekord für den längsten Flug in einem leichten Flugzeug. Hinklers Aeroplane ist mit einem Motor von nur 30 PS ausgestattet. Die Benzinlatten für den gesamten Flug sollen lediglich 50 Pfund Sterling betragen haben.

Grobe Gesichtsfloßigkeiten

Im Berlin, 22. Februar.

Die Persönlichkeit der Hauptzeugin im Kranz-Prozess, Hilde Scheller, ist im großen Publikum nicht nur zum Gegenstand zahlloser Wortwitze geworden, sondern ein Unternehmer hat auch die Gelegenheit benutzt, auf den Straßen Berlins eine Schrift mit dem Titel „Hilde Schellers Rechtfertigung“ zum Verkauf auszuwerfen. Gegen die Verbreitung dieser Broschüre ist heute von Rechtsanwalt Dr. Brandt beim Landgericht I eine einstweilige Verfügung erwirkt worden, durch die die Herstellung und der Vertrieb dieser Broschüre gegen eine in jedem Einzelfall der Zuwiderhandlung zu erlassene Strafe untersagt wird. Gleichzeitig hat heute Rechtsanwalt Dr. Brandt eine zweite einstweilige Verfügung gegen die Direktion des Großen Schauspielhauses und den Schauspieler Wilhelm Bendow beim Landgericht eingereicht. In der Operette „Madame Pompadour“ macht Bendow u. a. die Auserkennung: „Madame Pompadour hat sich so frei benommen; da ist Hilde Scheller direkt ein Dreß dagegen.“ Es wird beantragt, der Direktion des Großen Schauspielhauses und dem Schauspieler Wilhelm Bendow durch einstweilige Verfügung des Gerichts aufzugeben, dieser Auserkennung die regelmäßige von einem Teil des Publikums mit großem Gelächter ausgenommen wird, in Zukunft zu unterlassen.

Eisenbahnunglück in Belgien

Im Berlin, 23. Februar.

Wie Berliner Morgenblätter melden, ließ im Lütticher Bahnhof ein Borortzug mit einer tangierenden Lokomotive zusammenstoßen, wobei 14 Personen verletzt wurden. Fünf Personen mußten in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus übergeführt werden.

Die Entscheidung der Metallarbeiter

Die Beendigung des Streiks

SPD Halle a. d. Saale, 22. Februar.

Die Entscheidung der mitteldeutschen Metallarbeiter-Funktionärkonferenz über die Beendigung des Streiks ist am Mittwochmorgen gegen 4 kommunistische Stimmen gefällt worden. Bemerkenswert war, daß der kommunistische Ortsangestellte des DWA Halle in der Diskussion sich der vom Hauptvorstand und der Streikleitung vertretenen Ansicht über die Beendigung des Kampfes angeschlossen hat. Bei der Abstimmung handelte er jedoch wie ein echter Parteikommunist und stimmte gegen seine eigene Meinung.

Am Mittwochabend traten die Betriebsräte der Hallischen Metallindustrie zusammen, um über die nächsten Schritte Beschluß zu fassen. Am Donnerstag werden in den einzelnen Orten der mitteldeutschen Metallindustrie zwischen den Organisationen und den Metallindustriellen Verhandlungen stattfinden, um die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag vorzubereiten. Die Zentralstreikleitung hat inzwischen „an die Metallarbeiter Mitteldeutschlands“ folgende Rundgebung gerichtet:

„Wenn wir wieder in die Betriebe hineingehen, so nicht deswegen, weil wir besiegt sind, sondern weil durch die Verbindlichkeitsklärung der Fortführung des Kampfes Einhalt geboten wird. Wir gehen in die Betriebe, weil wir, über den Tag hinausschauend, wissen, daß bei einer Fortführung des Kampfes trotz des verbindlich erklärten Schiedspruches das von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten angestrebte und errungene, wenn auch sehr verbesserungsbedürftige, Tarifvertragsrecht in Gefahr läme und daher nur den Interessen des gesamten Unternehmertums gedient würde. Nicht nur der kämpfenden Kollegenschaft, sondern der Arbeiterschaft Deutschlands wird zwangsläufig hiermit der Weg gewiesen.“

Nur wenige Wochen oder Monate trennen uns von der Wahl zum Reichstag. Wieder hat die Arbeiterschaft die Möglichkeit, dafür Sorge zu tragen, daß für Arbeitsrecht, Tarifrecht und Schlichtungsordnung sowie auf allen anderen Gebieten grundlegende Veränderungen herbeigeführt werden, damit der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft mehr wie bisher Raum gegeben wird. Zieht die gesamte Arbeiterschaft gerade aus dem Ausgang des Kampfes die notwendige Lehre, dann können wir, wenn wir auch einen vollen materiellen Erfolg nicht buchen konnten, mit dem Ergebnis immerhin zufrieden sein. Wenn die Kollegenschaft den Kampf so auswertet, dann wird auch der Gegner erkennen, daß er, nachdem Ihr Euch so glänzend geschlagen habt, Euch zu achten hat und daß die Organisation der Arbeiter unüberwindlich ist. Vertraut wie bisher auf Eure Organisationskraft! Stärkt sie weiter, schließt die Reihen und dann vorwärts zu neuen Kämpfen und neuen Erfolgen.“

Erregung beim Reichsbahnpersonal

Von der Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wird uns geschrieben:

Die personalpolitisch unhaltbaren Vorgänge, die zu dem Dresdner Streik gegen Ende des vergangenen Jahres führten, sind noch in aller Erinnerung. Kaum sind die damals durch Schuld der Reichsbahnverwaltung entstandenen Störungen des sächsischen Wirtschaftslebens überwunden, wurde das Reichsbahnpersonal in eine neue Unruhe getrieben, die von Woche zu Woche bedenklich an Umfang zunimmt. Die Erörterungen anlässlich der Schaffung der neuen Reichsbahnverwaltung haben gezeigt, daß die berechtigten Wünsche der Mehrzahl der Beamten unerfüllt blieben. Die Reichsbahnverwaltung hat ihre eigene Beamtenbesoldung noch unsozialer gehalten und viele an Dienstleistung und Verantwortung schwer belastete Beamtengruppen völlig zu Unrecht eingestuft. Die Erregung unter den beteiligten Beamtengruppen wächst zusehends und macht sich in erbitterten Zuschriften an die gewerkschaftliche Organisation Luft.

Bei den Reichsbahnarbeitern liegen die Dinge ebenso. Die Dienstverhältnisse unermesslich lang, die Entlohnung völlig unzureichend. Am 31. März 1928 läuft der Reichslohntarif ab. Alle Bemühungen des Einheitsverbandes, durch zwischenarbeitsliche Regelung eine Erhöhung der ganz unzulänglichen Löhne zu erreichen, scheiterten am Widerstande der Reichsbahnverwaltung. Die Angelegenheiten deuten darauf hin, daß die Verwaltung auch nicht geneigt ist, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen das erforderliche Maß von Verständnis aufzubringen. Tritt dies ein, so scheint das Ausbrechen eines ernsthaften Kampfes der Eisenbahnarbeiter kaum vermeidbar, der angesichts der erbitterten Stimmung unter der Mehrzahl der Beamten sicher deren Unterstützung finden dürfte. Welche Folgen sich daraus für das Wirtschaftsleben ergeben würden, bedarf keines besonderen Hinweises.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird bei den bevorstehenden Verhandlungen alles daran setzen, zufriedenstellende, angemessene Löhne zu erreichen, um einen Konflikt mit so schweren Folgen zu vermeiden. Die Eisenbahner haben es in der Hand, die Position des Einheitsverbandes bei den kommenden Verhandlungen zu unterstützen. Am 25. und 26. Februar finden die Betriebsrätemahlen bei der Reichsbahn statt. Stellen sich die Eisenbahner bei dieser bedeutsamen Wahl einmütig und geschlossen hinter den Einheitsverband, so wird es die Verwaltung kaum darauf ankommen lassen, die Verhandler des Einheitsverbandes bei den bevorstehenden Lohnkämpfen zu kräftigen.

Ein Wahlsieg des Einheitsverbandes bürgt den Eisenbahnern für eine gerechte Vertretung ihrer Interessen, und der Öffentlichkeit hilft er, den Wirtschaftskrisen, wenn irgend möglich, zu erholten.

Lohnbewegung bei der Reichspost

SPD Die erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die dem Deutschen Verkehrsverband angegliedert ist, beschloß dieser Tage, die Bestimmungen für den Lohn und die Arbeitszeit des Tarifvertrages mit Wirkung vom 31. März zu kündigen. Dem Beschluß ging ein umfassender Bericht über die Entwicklung und die Tätigkeit der Organisation im letzten Halbjahr voraus, den der Reichsleiter, Reichstagsabgeordneter Bender (Soz.) erstattete. Bender besprach dabei eingehend das Beamtenbesoldungsgesetz und seine Auswirkung auf die wirtschaftliche und soziale Lage der unteren und mittleren Besoldungsgruppen und nahm dann die Verhältnisse der Lohnempfänger der

Reichspost gründlich unter die Lupe. Mit schärfstem Nachdruck forderte er erhebliche

Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Ausführungen Benders fanden ihren Niederschlag in drei einstimmig angenommenen Entschlüssen zum Lohn- und Arbeitszeitproblem, zur Besoldung und zur Frage des Berufsbeamtentums.

In der Lohnfrage ist infolge der Haltung der Bürgerblockparteien und ihrer Reichsregierung im letzten Jahre ein zwischenparteiliches Abkommen unmöglich gemacht worden. Die Forderungen der ADP gehen jetzt dahin, ab 1. April 1928 die Tariflöhne so zu erhöhen,

daß mindestens die Reallöhne des Jahres 1914 erreicht werden.

Ferner wird eine ausreichende Erhöhung aller tariflichen Nebenbezüge gefordert. Der Höchstendtag bzw. die 48-Stundenwoche muß ohne materielle Benachteiligung der Arbeiter durchgeführt und tariflich anerkannt werden.

Das neue Besoldungsgesetz und die Besoldungsordnung tragen beide den ausgesprochenen Klassencharakter der Vorkriegszeit. Auch nach der Verabschiedung dieses „Reformwerkes“ wird

die Not der unteren und mittleren Beamtenklasse nicht beseitigt.

Von einer gerechten Bewertung der Leistungen der Beamten der Deutschen Reichspost ist in dem Gesetz und in der Besoldungsordnung nichts zu erkennen; die Behandlung der außerplanmäßigen Beamten fordert zu schärfstem Protest heraus.

Die Feindschaft der Regierungsparteien des Reichstages gegen das Berufsbeamtentum ist aus der Einfügung der Paragraphen 40 bis 43 in das neue Besoldungsgesetz klar ersichtlich. Diese Bestimmungen, wonach ab 1. April 1928 — vorläufig auf fünf Jahre — jede dritte freierwerbende planmäßige Beamtenstelle nicht wieder besetzt werden darf, bedeutet den

Anfang eines systematischen Abbaus

des Berufsbeamtentums. Die Verringerung von Beamtenstellen bei der Reichspost liegt aber ebenso wenig im Interesse der Post- und Telegraphenbeamten wie im Interesse der Lohnempfänger, für welche die Aussicht, in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden, noch mehr als bisher vermindert wird.

Werden die Arbeitnehmer bei der Deutschen Reichspost den Ernst der Situation erkennen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen? Die erweiterte Reichsleitung der ADP ist sich darüber im klaren, daß ihre Forderungen zur Lohn- und Arbeitszeifrage nur dann mit Erfolg vertreten werden können, wenn die Kampffront der Lohnempfänger der Post lückenlos und die Führung des Kampfes vom Vertrauen aller Lohnempfänger getragen wird. Die Lohnempfänger der Post haben deshalb die Pflicht, jetzt die Zeit zu nützen und durch raschen und zahlreichen Beitritt zur Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft die Kampffront zu stärken und zu schließen.

An den Postbeamten ist es, aus dem Verlangen der neutralen Beamtenverbände die Konsequenzen zu ziehen; denn nur eine starke gewerkschaftlich organisierte Beamtenklasse im Bunde mit der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft ist in der Lage, die Grundfrage für ein wirklich gerechtes Besoldungswort zu schaffen. In der Berufsbeamtentumsfrage hat das gesamte Personal der Post das größte Interesse daran, daß die berückichtigten Paragraphen 40 bis 43 des Besoldungsgesetzes wieder verschwinden. Sie werden verschwinden,

wenn alle Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der kommenden Reichstagswahl wissen, was sie zu tun haben.

Schiedspruch und übertariflicher Lohn

In der neuen Nummer des Reichsarbeitsblattes wird ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 30. November 1927 bekannt gegeben, das die Frage entscheidet, ob eine durch Schiedspruch zustande gekommene Lohnerhöhung in ihrem vollen Ausmaße auch übertariflichen Löhnen zuzuschlagen ist. Es war in einer bestimmten Industrie durch einen Schiedspruch der Lohn von 61 auf 66 Pfg., also um 5 Pfg., erhöht worden. Die beklagte Firma hatte vorher bereits einen Lohn von 64,8 Pfg. zur Verrechnung gebracht und diesen dann nach dem Schiedspruch nicht um 5, sondern nur um 2,5 Pfg. erhöht. Das Reichsarbeitsgericht hat entschieden, daß Schiedsprüche nicht zwangsläufig auch eine entsprechende Steigerung übertariflicher Lohnsätze nach sich ziehen. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, in Schiedsprüchen besonders zum Ausdruck zu bringen, ob und daß die betreffenden Lohnerhöhungen auch übertariflichen Löhnen in voller Höhe ausgeschlagen werden müssen.

Am die Höhe der Arbeitslosenunterstützung

SPD Am Dienstag trat der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt zum erstenmal zusammen. Er traf verschiedene grundsätzliche Entscheidungen. Eine der wichtigsten dieser Entscheidungen beschäftigte sich mit der Frage, ob die Unterstützung in allen Fällen nur nach dem Einkommen berechnet werden darf oder nicht. Es ist schon öfter vorgekommen, daß z. B. ein Angestellter nur mit 200 Mark Einkommen bei der Krankenkasse angemeldet war, obwohl er — infolge vielleicht kurz nach der Anmeldung eingetretener Gehaltssteigerung — tatsächlich 300 Mark Einkommen hatte. Es wurden infolgedessen in solchen Fällen zu niedrige Beiträge gezahlt, und manche Arbeitsämter vertretend die Auffassung, daß sich die Unterstützungshöhe nach der Beitragzahlung richten müsse. Demgegenüber hat jetzt der Spruchsenat festgestellt, daß die Höhe der Unterstützung sich nicht nach der Höhe der Beiträge, sondern unter allen Umständen nach der Höhe des tatsächlichen Einkommens zu richten hat. Die Beibehaltung der Beiträge, also auch der zu wenig gezahlten Beiträge, ist Sache der Krankenkasse.

Stahlhäuser

Wie das BT erfahren hat, steht die Gründung einer Stahlhäuser Bau-Gesellschaft der Vereinigten Stahlwerke unmittelbar bevor. Die Gesellschaft wird als G. m. b. H. errichtet werden und ihren Sitz in Duisburg haben. Die Verhandlungen mit mehreren Baufirmen, die an der Stahlhausproduktion beteiligt werden sollen und sich der Stahlhausbau G. m. b. H. anschließen werden schon kurz vor dem Abschluß. Es handelt sich hierbei vor allem um die Firmen Bamaq-Moguin, Berlinische Baugesellschaft und Gebrüder Achenbach (Weidenau). Die Produktionskapazität der Gesellschaft beträgt zu nächst etwa 1500 Stahlhäuser jährlich und reicht zur Befriedigung der schon jetzt außerordentlich lebhaften Nachfrage vorläufig noch keineswegs aus. Die Frage der hypothekarischen Beleihung der Stahlhäuser ist noch nicht endgültig geklärt. Es werden darüber zur Zeit Verhandlungen mit der Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftlichkeit im Wohnungsbau geführt, die sich mit der Aufstellung von Richtlinien und Belegungsgrundlagen beschäftigen.





### Was sagt Leipzig dazu?

Uns wird geschrieben: „Wie bekannt wird, tragen sich viele Kreise in Dölsch-Marktseeberg und Gaußsch mit Verschmelzungsabsichten. Die sozialdemokratischen Fraktionen beider Orte haben in ihren Gemeinden dahingehende Anträge gestellt. Es soll zunächst ein Ausschuss zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziele einer eventuellen Vereinigung der beiden Gemeinden eingesetzt werden.“

Für den Rat der Stadt Leipzig dürfte es jetzt an der Zeit sein, recht heftig zu werden. Ober will er etwa latentlos zusehen, wie sich unmittelbar vor den Toren der Stadt ein größeres Gemeinwesen bildet, das dann natürlich leistungsfähiger wird wie die beiden Einzelgemeinden, das aber auch einer späteren Eingemeindung nach Leipzig größeren Widerstand entgegenzusetzen würde? Der Wille zur Schaffung größerer Gemeinwesen ist in den Vorortsgemeinden zweifellos vorhanden. Das ist recht erfreulich und zeugt von viel kommunalpolitischer Einsicht, beweist auch, daß man in der Lage ist, allmählich den alten Lokalpatriotismus zu überwinden. Dann sollte man aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern versuchen, gleich etwas Ganzes zu schaffen.

Der Rat der Stadt Leipzig würde gut tun, in dieser Zeit, in der sich einschneidende Veränderungen anbahnen, seine Fühler nach Süden auszustrecken, ehe es zu spät ist.“

Somit die Zulassung eines Parteigenossen. Zu bedenken ist natürlich dabei, daß bei einer eventuellen Einverleibung beider Gemeinden nach Leipzig die Leistungsfähigkeit der Amtshauptmannschaft Leipzig wesentlich herabgesetzt würde; ein Zustand, unter dem die Bewohner des übrigen amtshauptmannschaftlichen Gebietes stark leiden müßten. Uns erscheint es empfehlenswerter, die Frage eventueller Einverleibungen erst dann mit zu entscheiden, wenn die nach der Verwaltungsreform vorgesehene Bezirksgrenzenänderung durchgeführt wird.

**Schülerfest.** Wie alljährlich, so wird auch in diesem Jahre für die schülerelastischen Kinder eine Jugendwoche veranstaltet. Die Feier findet am 25. März 1928, 10.30 Uhr, im Lindenpark statt. Alle Eltern, die nicht gewillt sind, ihre Kinder zur Konfirmation zu schicken, werden hierdurch aufgefordert, sich an der Jugendwoche zu beteiligen. Anmeldungen nehmen entgegen: Alle Elternräte und Ortsvereinsvorstände, sowie die Ortsgruppenvorstände sozialistischer Freidenker.

Heute schon möchten wir darauf hinweisen, daß am 11. März, 14.30 Uhr, im Schulsaal zu Gaußsch eine Vorfeier für die Jugendwoche stattfindet. Ausgestattet ist dieselbe mit musikalischen, gesanglichen und rezitatorenischen Beiträgen. Die Kinder und Eltern werden erlucht sich bestimmt an dieser Feier zu beteiligen.

**Raunhof.** Stadtvorordneten-Sitzung. Eine Anzahl Baufragen wurden unter den üblichen Bedingungen befürwortet. Vom Ergebnis der Untersuchung des Leitungswassers, welche einwandfreies Wasser ergab, nahm man Kenntnis. Die Stadtkassenrechnungen, die durch einen Revisor geprüft worden sind, wurden vom Kollegium richtig gesprochen. Im vergangenen Jahre faßt das Stadtvorordnetenkollegium einstimmig den Beschluß, eine Anleihe von 100 000 Mark für Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen aufzunehmen. Der Herr Bürgermeister wurde damals beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, jetzt erst ist es

ihm gelungen, genannte Summe von 100 000 Mark zu gewissen Bedingungen von der Creditanstalt Sächsischer Gemeinden in Dresden zu erhalten. Da nun die städtischen Wohnungen eine reine Einzahlung von 11 000 Mark pro Jahr erbringen, wäre die Frage der Verzinsung der 100 000 Mark nicht so schwer zu regeln. Die bürgerlichen Vertreter dagegen hatten allerlei Einwände, sie regten sogar an, das Geld an Private zu verleihen, um so die Zinsen aufzubringen und den Privatehausbau zu fördern. Dem wurde selbstverständlich vom sozialdemokratischen Seite entgegengetreten, besonders vom Genossen König, der betonte, wenn man auf Private bauen wolle, würde die Wohnungsnot überhaupt nicht behoben. Der Bürgerliche Ebersbach erklärte sogar, daß man die Aufnahme des Darlehens ablehnen sollte, Raunhof, glaubte er, habe gerade genug getan für den Wohnungsbau. Genosse Gräbner erbrachte den Beweis für die falschen Behauptungen von Ebersbach und betonte, daß 26 Prozent Wohnungssuchende am Orte vorhanden sind. Nach längerer Aussprache wurde schließlich die Aufnahme der Anleihe von 100 000 Mark einstimmig beschloffen.

**Papier.** Gemeindevorordneten-Sitzung. In der Sitzung am 14. d. M. wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Der Ausbau des Dachgeschosses des Gemeindevorstandes, Schulstraße 25, der von der Baubehörde vorgeschlagen war, wurde wegen der Höhe der Kosten und weil durch die Wegnahme des Nebengelasses eine späte Wertminderung der in dem Grundstück vorhandenen Wohnungen eintreten würde, abgelehnt. Einstimmig wurde dann der Neubau eines Wohnfamilienwohnhauses beschlossen. Die Wohnungen erhalten zwei Zimmer und Küche. Die Größe und Einrichtung ist die gleiche wie in dem im vergangenen Jahre erbauten Hause. Die Baukosten werden voraussichtlich 80 000 Mark betragen. Diese sollen durch Aufnahme einer Hausinsicherungshypothek von 30 000 Mark, der Rest durch Aufnahme eines Tilgungsdarlehens gedeckt werden. Weiterhin erklärte sich die Vertretung mit der Weiterbeschäftigung eines jungen Gehilfen der Verwaltung ab 1. April d. J. einverstanden. Das Gesuch eines Einwohnern um Übernahme der Bürgerschaft für eine ihm von der Angestelltenversicherung zu wählende Hypothek wurde aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Der Gemeindevorsteher teilte dann mit, daß an Stelle des seit dem 7. d. M. vermissten Vollziehungsbeamten Th. unbedingte bis zur endgültigen Befehung der Stelle durch einen Verordnungsbeamten eine Hilfskraft eingestellt werden muß, da sonst die Fortführung einer ordnungsmäßigen Verwaltung nicht gewährleistet wäre. Er wünschte, daß es zweckmäßig wäre, von der Neubefehung so lange Abstand zu nehmen, bis über die Eingemeindung nach Schleußlich endgültig entschieden sei. Die Hilfskraft wäre demnach bis zu diesem Zeitpunkt einzustellen. Die Gemeindevorstellung erklärte sich hiermit einverstanden. Die RPD wollte zunächst die Ausschreibung der Hilfskraftstelle durchgeführt wissen und erst in einer späteren Sitzung über die Entscheidung beschließen. Schließlich stimmte sie dann gleichfalls für die Zahlung von 45 Mark wöchentlich. Bewerber um die Stelle können sich bei der Gemeindevorwaltung melden.

**Politik.** Die Kommunisten kochten ihr Süppchen. Zahlreiche Arbeiter waren am Montagabend dem Aufrufe des Ortsausschusses des ADGB zu einer Massendemonstration auf dem Marktplatz gegen die Metallarbeiterausperrung gefolgt. Sie mußten jedoch wieder einmal erleben, daß die RPD sich die günstige Gelegenheit dabei nicht entgehen ließ, ihr Parteifläppchen zu kochen. Der kommunistische Redner — der als Referent angekündigte Gewerkschaftssekretär Sachs war nicht erschienen — kritisierte in seinen Ausführungen nicht nur die Taktik der Gewerkschaften als zu schlapp, sondern brachte hierauf eine Resolution ein, in der der Generalstreik gefordert wurde. Der Anzug der Demonstranten durch die Stadt — wir zählten etwa 300 Personen, viele Arbeiter nahmen nicht daran teil — geschah demgemäß auch unter dem Vorantritt des Roten Frontkämpferbundes.

### Gerichtssaal

Die erste Schwurgerichtssitzung 1928.

Zur ersten Tagung 1928 des Leipziger Schwurgerichts, richtiger erweitertem gemeinsamen Schöffengericht, fanden in den vergangenen vier Wochen zwei Dutzend Strafsachen zur Verhandlung an. Wie üblich geworden, handelte es sich in den meisten Prozessen um Meineide. Die Meineidsfeuchte, immer wieder gefördert durch den Unvorsicht der Richter und die Unvorsichtigkeit vor allem proletarischer Zeugen und Zeuginnen, grassiert also nach wie vor. Man hat ja im Kranz-Prozess erleben müssen, daß der Vorsitzende ein sechzehnjähriges Mädchen ohne zwingenden Grund vor der Aussage verweigerte, um sie dann über die intimsten Dinge auszufragen. Solche Tuglichkeit in deutschen Gerichtssälen hundertfach geübte Praxis dient weder der Wahrheitsfindung noch zur Eindämmung der Meineidsflut. Die jetzt vor dem Schwurgericht zur Verhandlung gelangten Meineidsfälle beendeten zu einem großen Teil falsche Aussagen über sexuelle Dinge! Doch da das Gericht an mehreren Tagen mit verständigenden Schöffen besetzt war, die ihrer Erkenntnis auch Nachdruck zu verschaffen wußten, so wurden manche Angeklagte vor dem ihnen von der Staatsanwaltschaft zugedachten Schicksal bewahrt. In sechs von fünfzehn Meineidsfällen erfolgte Freisprechung; drei Fälle wurden zur besseren Klärung des Sachverhalts vorläufiger verurteilt; in vier Fällen erfolgte Verurteilung wegen Falschheides zu 3, 6 und 9 Monaten Gefängnis, in zwei Fällen wegen Meineids zu 1 Jahr und 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus. Drei Anklagen wegen versuchten Totschlags endeten mit der Verurteilung zu 6 Monaten Gefängnis, 7 Wochen Gefängnis und 6 Wochen Haft. Alle übrigen Sachen, nämlich Neben, behandelten die sogenannte Abrechnung. Neun Menschen fanden wegen dieser wirtschaftlichen Notmaßnahme vor dem Schwurgericht. In einem Falle wurde verurteilt, in allen übrigen Fällen mußte nach den harten Buchstaben des Gesetzes verurteilt werden. Allerdings hätten die Urteile noch bedeutend milder ausfallen können. Es wurden Strafen ausgeworfen von 10 Monaten, 9 Monaten, 6 Monaten, 1 Monat, 3 Wochen und 2 Wochen Gefängnis. Die Zusammenziehung des Gerichts war an einigen Tagen vorbildlich. Neben dem Freiherrn Major a. D. v. Carlowitz saß der kommunistische Stadtvorordnete Herrmann; neben dem Direktor der Darmstädter und Nationalbank, Hartmann, saßen Sozialdemokraten; dann waren noch ein Bürgermeister, ein Markthelfer, ein Prokurist und ein Handlungsgeselle vertreten. Nur die Frauen konnten, vor allem in Fällen, wo Frauen angeklagt waren, stärker herangezogen werden. Und dann sollte es doch wirklich nicht mehr vorkommen dürfen, daß beim Ausschluß der Öffentlichkeit auch die Pressevertreter den Saal verlassen müssen. Seit langer Zeit trat dieser Fall wieder einmal in der Eisenstraße ein, und gerade vor dem Schwurgericht, für dessen Tätigkeit unabweislich ein besonderes öffentliches Interesse besteht! P. K.

### Berufungskalender

Donnerstag, 23. Februar 1928

Freireligiöse Gemeinde (öffentliche Versammlung) Goltzsch, Plagwitz, 20 Uhr.

Freitag, 24. Februar 1928

Freireligiöse Gemeinde (öffentliche Versammlung), Rathausaal, Schönefeld, 20 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

# Konsumverein Leipzig-Plagw. u. Umg.

e. G. m. b. H.

## Warnung!

Es sind uns Mitteilungen und Unterlagen zugegangen, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, daß von bestimmter Seite versucht wird, unser Personal zu gefeh- und statutenwidriger Abgabe von Waren an Nichtmitglieder zu verleiten, um dadurch der Genossenschaft Schaden zuzufügen. Unser Personal hat von jeher strengste Anweisung, Waren an Nichtmitglieder nicht zu verabsorgen

■ ■ ■ Wer, ohne Mitglied zu sein, Waren aus unseren Verteilungsstellen entnimmt, macht sich strafbar und unter Umständen auch Schadenersatzpflichtig. ■ ■ ■

Unser Personal ist verpflichtet, unseren wiederholten schriftlichen und mündlichen Anweisungen entsprechend beim Erscheinen unbekannter Personen in der Verteilungsstelle zu verfahren. Angestellte, die fahelässig an Nichtmitglieder Waren abgeben, haben nach wie vor mit ihrer sofortigen Entlassung zu rechnen.

Wer dem Vorstand Nichtmitglieder, die Waren aus dem Konsumverein entnommen haben, so namhaft macht, daß das Strafverfahren gegen diese Erfolg hat, erhält eine

## Belohnung von RM 100.-

Die Mitgliedschaft kann jedermann in jeder Verteilungsstelle erwerben.  
Leipzig W 31, den 23. Februar 1928.  
Der Vorstand.



**Tasse** mit Untertasse, Porzellan, Golddekor und Kantendekor **25**,-

**Frühstücks-Service** Porzellan, Steilig **1.95**

**Frühstücks-Service** Porzellan, ger. Form, Streublumendek. **2.75**

**Tea-Service** Porzellan, Japandekor **2.95**

**Kaffee-Service** Porzellan, 9teilig **3.95**

**Salatsätze** Porzellan, 7teilig **2.25**

**Fleisch-Hackmasch.** „Alexanderwerk“ **4.40**

**Reibmaschine** grob u. fein mahlend **1.95**

**Servierbrett** Buche mit Linoleum-Einl. **1.95**

**Messerkasten** Buche, Steilig **58**,-

**Handtuch-Halter** weiß lack., mit 4 Porzellaneshild u. 4 Hak. **1.95**

**Email. Brotkasten** allererste Qualität **6.95**

**Waschservice** Steilig, Golddekor **4.95**

# Jetzt vor der Meße werden Sie viele neue Hauswaren

Gegenstände benötigen. Dieses Angebot wird Ihnen für wenig Geld die Neuanschaffung ermöglichen.

## Steingut

- Speiseteller tief und flach, weiß **12**,-
- Abendbroteller weiß **9**,-
- Speiseteller gerippt, weiß **14**,-
- Salatgeschüsseln weiß, rund, groß **35**,-
- Salatgeschüsseln bunt, rund, groß **45**,-
- Gewürzbehälter mit Dekor, Satz = 6 Stück **95**,-
- Waschkübel bunt, groß **1.75**
- Waschbecken bunt **90**,-
- Nachhüfte creme **58**,-
- Küchenschüsseln groß, weiß **95**,-

## Emaille

- Waschbecken Service-Form **2.95**
- Waschkübel Service-Form **2.95**
- Nachhüfte 75 **1.50**
- Küchenschüsseln 50 **65**,-
- Seifenschalen weiß **48**,-
- Schmortöpfe 20 16 14 cm **75**,-
- Maschinentöpfe 20 15 14 12 10 cm **85**,-
- Tolltopf-Zimer mit Einsatz, weiß **2.45**

## Stahlwaren

- Küchenmesser rostfrei **25**,-
- Alpaka-Kaffeelöffel **25**,-
- Alpaka-Eßlöffel und Gabel **50**,-
- Tischbestecke durchgehendes Holz **65**,-
- Tischmesser Solinger Ware, schw. Ebenholz **40**,-
- Eierfeller **38**,-
- Mandelmöhlen **1.25**
- Salatbestecke Paar **50**,-
- Eierlöffel weiß, Bain **12**,-
- Kaffeelöffel Aluminium **7**,-

## Holzwaren

- Servierbrotter Buche, geschr. Boden **1.95**
- Spiegel weiß lackiert, groß **2.75**
- Handtuchhalter Eiche, 4 Haken und Porzellaneshilder **90**,-
- Fleischbrotter Buche **90**,-
- Patent-Hosenspanner **25**,-
- Kleiderbügel 6, mattiert **9**,-
- Kleiderhakenhalter m. Spieg. 1.25, willack m. Kons. **1.25**
- Gewürzschrank 7 Schubfächer **1.95**
- Fußbank Buche, mattiert **1.25**
- Wäscheklammern 1 Schock **25**,-

## Porzellan

- Tasse mit Untertasse Gold und Linle **25**,-
- Tasse mit Untertasse Kantendekor **25**,-
- Tasse mit Untertasse massiv, weiß **40**,-
- Speiseteller Fest, weiß, tief und flach **45**,-
- Speiseteller Fest, Ghd. u. L., tief und flach **65**,-
- Speiseteller massiv, weiß, tief und flach **48**,-
- Abendbroteller Fest, weiß, 9 cm **30**,-
- Abendbroteller Fest, Gold u. L., 19 cm **45**,-
- Abendbroteller massiv, weiß **29**,-
- Feinporzellan massiv, weiß **1.15** bis **95**,-
- Frühstückservice Steilig, Dekor **1.95**
- Kaffeeservice 9teilig, Blumendekor **3.95**
- Teeservice 9teilig, Japandekor **2.95**
- Küchensätze 7teilig, 1 gr. 4 kl. Teller, Obstdekor **2.25**
- Kaffeekannen konisch, weiß **1.25** bis **48**,-

## Wasch-Garnituren

Serie I	Serie II	Serie III
cremo	grün-rot	blau-rot
Feiben	Ranke	rot, Dekor
<b>2.75</b>	<b>3.45</b>	<b>3.95</b>
Serie IV	Serie V	Serie VI
blau	modern	Gold-Dekor
Wühl-Kante	Dekor	Dekor
<b>4.25</b>	<b>4.75</b>	<b>4.95</b>

## Küchen-Garnituren

Serie I	Serie II	Serie III
blass	Rosen-Schritt	Dell-Dekor
<b>7.90</b>	<b>11.75</b>	<b>12.75</b>
Serie IV	Serie V	
Porz. Rosenkt.	Porz. Golddekor	
<b>14.75</b>	<b>15.75</b>	

## Kaffee-Service

Serie I	Serie II
<b>8.75</b>	<b>7.25</b>
Serie III	Serie IV
<b>6.95</b>	<b>4.50</b>
Serie V	
<b>3.95</b>	

## Blech- u. Lackierwaren

- Kartoffelpressen **85**,-
- Univorsalsieb mit 3 auswechselbaren Böden **58**,-
- Springform Wellblech, 22 cm **58**,-
- Königskuchenform 39 cm **58**,-
- Kaffeelöffel Aluminium mit 1 Karton Filterpapier **90**,-
- Waschständer starkes Eisen, lackiert **1.45**
- Brotkasten groß, II, lackiert **2.95**
- Waschtische weiß lackiert **7.00** bis **5.90**
- Gaskocher 2 Loch, mit Sparbrenner **10.75**
- Gaskocher 1 Loch **1.75**

## Glas

- Wassergläser gepreßt **14**,-
- Kompoiteller gepreßt **7**,-
- Kompoitschüsseln gepreßt **9**,-
- Harzer Pokale **70** bis **60**,-
- Blumenvasen groß, X-Form **40** bis **30**,-
- Blumenvasen geschliffen **1.25** bis **65**,-
- Rotweingläser **30**,-
- Süßweingläser **28**,-
- Teebacher mit Kante 18 **12**,-
- Biersoldel 1/2, 1/3, 1/4 **45** bis **48**,-

## Galanterie

- Torleppentafel mit Fayence-Einl., Mess. vorn, Rand **1.95**
- Kaffeekannen-Untersetzer mit 3 Füllchen, Fayence-Einl., Mess. vorn, Rand **75**,-
- Messingblecher mit Kerze **65**,-
- Blumenvasen m. Rosendecor, groß, beach, handgem. **95**,-
- Biogasanfänger mit feiner Einlage **28**,-
- Ascher farbig, mit vernick. Rand und Ablage **95**,-
- Teelocher Messing, mit Glassteine **60**,-
- Brotkorb oval, vernickelt **95**,-
- Teelocher Messing vernickelt, mit auswechselbarem Sieb **95**,-
- Salz- u. Pfefferstreuer Porzellanfiguren **30**,-

## Korbwaren

- Zeitungsmappen Raffia **58**,-
- Bürostaschen Raffia **1.00**
- Brotkörbe Japanartig **1.45**
- Möbelkörbe Rohr **75**,-
- Waldenhooker **2.95**
- Waschkörbe oval, groß **3.75** bis **2.95**
- Tische Platte 60 cm, Rohr gewickelt **7.90**
- Waldensessel Weide mit Zopfband **4.25**
- Waldensessel Weide, 1/2, 1/3, 1/4 **6.75**
- Poddisrohressel gute Ausführung **12.75**

## Bürstenwaren

- Scheuerbürsten **25** bis **23**,-
- Schrubber **40** bis **32**,-
- Kokosbesen **95** bis **58**,-
- Kokos-Handligger **30**,-
- Rotthaarbesen **1.95** bis **95**,-
- Rotthaarhandligger **58**,-
- Klosettbürsten **65** bis **63**,-
- Fensterluder **1.25** bis **65**,-
- Scheuertücher **45** bis **28**,-
- Bohnertücher **45** bis **25**,-

**Sturzflasche** mit Glas **43**,-

**Mampe-L. Körgläser** doppelt geeicht **32**,-

**Sektkeich** **58**,-

**Likörflas** mit Mattband **35**,-

**Weinrömer** Kristall, auf grünem Stiel **28**,-

**Bierbecher** mit Goldrand **15**,-

**Weinrömer** Krist., m. Weinlaub Stiel **48**,-

**Fatzschüsseln** 6teilig, weiß **90**,-

**Waschkrug** creme, groß **1.45**

**Waschbecken** creme **95**,-

**Waschgarnitur** 3teilig, creme **2.75**

**Email. Waschbecken** mit Seitennopf und Ring **85**,-

**Eimer** emailiert, allererste Qualität **95**,-

**Zeitungshalter** mit 7 Ablagen **95**,-

**Emaille-Wanne** rund, 34 cm, weiß **1.25** bis **95**,-

**Müll-Eimer** weiß emailiert **2.9**

# KAUFHAUS BRUNN



## Bücherchau

A. W. Für die jungsozialistische Bewegung ist zur geistig politischen Orientierung in der Gegenwart und vor allem in einer neuen Zukunft nichts wichtiger als reifliche Arbeit über die gegenläufigen Richtungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihre tiefsten Wurzeln. Die junge Generation muß die verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie selber kennen lernen und studieren, sonst sind neue Enttäuschungen und Zusammenbrüche unausweichlich. Es ist der Marxismus, in dessen Zeichen sich die Auseinandersetzungen im Lager der sozialistischen Arbeiterbewegung abspielen, auch wenn sich gewisse „revisionistische“ Richtungen bemühen, den Gedankenbau des Marxismus zu „verbessern“, zu „korrigieren“, ein wenig durch „neue Erkenntnisse“ zu „bereichern“, wobei gewöhnlich nur alte Klaustrumpfwissenschaften herauskommen, die von den deutschen Professoren im Namen des teutschen Idealismus gelehrt werden...

Siegfried Ward unternimmt in seiner Schrift\* den schwierigen Versuch, in knappen Zügen das Wesen der reformistischen und radikalen Strömungen vor dem Kriege, während des Krieges, in der Revolution und nach dem Kriege zu skizzieren. Es genügt heute offensichtlich nicht mehr, die reformistische Richtung innerhalb der sozialistischen Bewegung lediglich als eine theoretische Auffassung zu begreifen, die auf der Basis der imperialistischen Prosperität des Kapitalismus durch „positive“ Verwaltungsarbeit für die Arbeiterklasse Vorteile im Rahmen des Bestehenden erreichen und langsam, unmerklich in den Sozialismus hineinwachsen will. Die imperialistische Hochblüte im kaiserlichen Deutschland vor dem Kriege und während des Krieges macht es gewiß erklärlich, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die evolutionäre, von dem Revisionisten Eduard Bernstein schon um die Jahrhundertwende „theoretisch begründete“ Auffassung akzeptierte; aber die Lehren der Revolution und der Nachkriegspolitik in der Sowjetrepublik beweisen uns, daß zwar nicht die Arbeiterklasse als Klasse langsam in den Sozialismus hineinwächst, daß sich aber gewisse Spalten der ausbleibenden Arbeiterklasse in die herrschende bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft unter dem Banner der Demokratie hineinevolutioniert haben. Das traurige Beispiel hierfür sind die 23 Renegaten der tschechischen USP, die ja bekanntlich im

\* Siegfried Ward: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie.

Reichsmajstab um die „Seele“ der deutschen Arbeiter „ringen“ will. Es hat sich gezeigt, daß diese in den bürgerlich-kapitalistischen Staat hineingewachsenen Spalten in einer Zeit großer Erschütterungen der Bourgeoisie offen gegen die radikal-marxistischen Strömungen in der deutschen Arbeiterklasse kämpfen (Koska!), während sie in den sogenannten normalen friedlichen Zeiten des Kapitalismus die Mehrheit der Arbeiterklasse auf ihrer Seite haben. Es handelt sich also bei der Frage: Reformismus oder Radikalismus? nicht mehr um gegenläufige Auffassungen, sondern um gegenläufige Interessen zwischen gewissen gehobenen Spalten der Arbeiterbureaucratie und der Arbeiterklasse selbst. Aus diesem Grunde bedeutet die „oppositionelle“ Stellung der Sozialdemokratie noch lange keine Einigung der Arbeiterklasse im Sinne des marxistischen Radikalismus, der „positive“ Reformarbeit im bürgerlichen Staat keineswegs vorzuzieht, sie aber nur als taktische Maßnahme im Rahmen einer revolutionären Klassenstrategie betrachtet, die sich die Zerstörung der bürgerlich-feudalen Klassenmacht und die Aufrichtung der proletarischen Klassenmacht zur Aufgabe stellt.

Trotzdem die Linie zwischen Reformismus und Radikalismus mitten durch die Sozialdemokratie verläuft, scheint uns Ward aus den angeführten Gründen die Möglichkeit einer marxistischen Einigung des deutschen Proletariats zu überschätzen, eben weil er die tieferen Ursachen der Richtungsgegensätze weniger würdigt und mehr die theoretisch-philosophische Seite erörtert.

Der kritischen Betrachtung der USP-Politik durch Ward kann man durchaus zustimmen. Erst in einer gründlichen Würdigung der USP-Politik im Kriege, in der Revolution und in der Republik kann die marxistische Auffassung reifen, die für die Wiedererhebung der deutschen Arbeiterklasse fundamentalste Voraussetzung ist.

Die Bemerkung von Ward, daß die deutschen und russischen „Imperialisten“ im Zeitalter des Imperialismus die Epoche des Nationalstaats für abgelassen ansehen, mag für die deutschen Sozialisten zutreffen, keineswegs aber für Lenin und den Bolschewismus, der vielmehr sagt, daß es auf der Basis imperialistischer Herrschaft keine nationale Verteidigung für die Arbeiterklasse mehr geben kann. Damit ist schon gesagt, daß die nationale Verteidigung als Mittel der Erhebung gegen die Imperialisten und als Mittel zur Verteidigung eines proletarischen Staats nicht überholt ist.

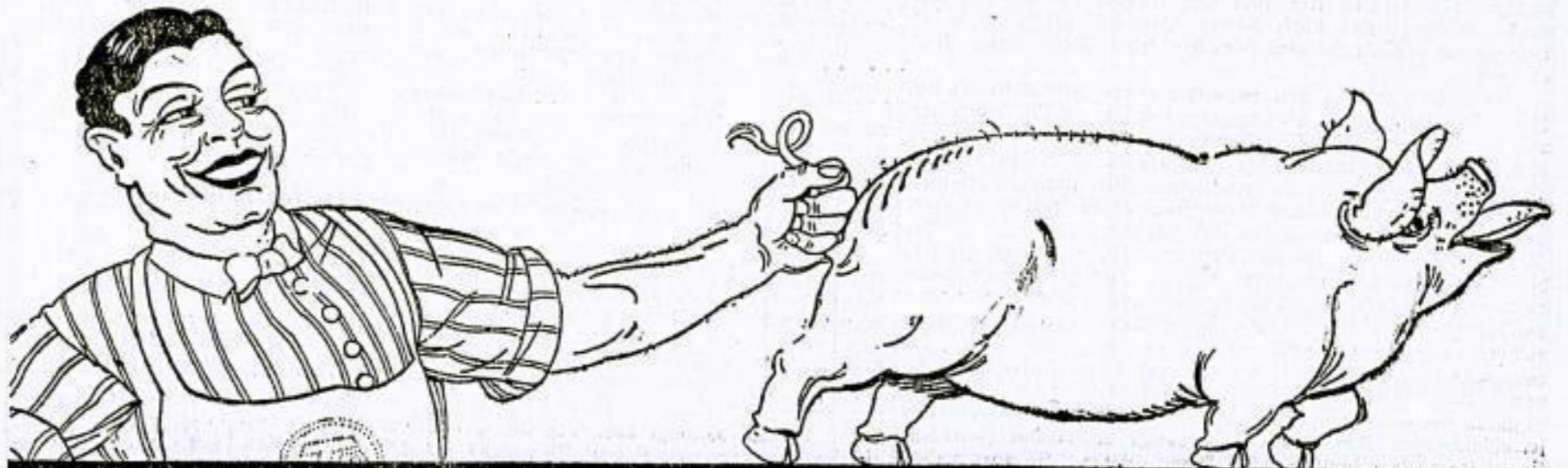
Eben weil Ward die tieferen Ursachen des Gegensatzes zwischen Reformismus und marxistischem Radikalismus nicht näher untersucht, scheint er uns das Linzer Programm der österreichischen Partei zu überschätzen, wenn er es dann als „einheitliches sozialdemokratisches Programm der sozialen Revolution“ bezeichnet.

Das Problem der Demokratie und der Diktatur erschöpft sich keineswegs in der Frage der eventuellen diktatorischen Gewaltanwendung, wenn die Bourgeoisie gegen eine durch parlamentarisch-demokratische Mehrheitsabstimmung zustandgekommene Regierung der Sozialdemokratie zu falschen Lösungen ihre Zuflucht nehmen will. Das ist nur ein taktischer Spezialfall. Das Problem ist vielmehr, ob die Arbeiterklasse auf dem sozialen demokratischen Wege der Abstimmung zum Parlament nicht nur vorübergehend die Regierung, sondern dauernd die Macht erobern kann, die nur auf den eigenen Organen der proletarischen Klasse aufgebaut werden kann. Dies ist das Grundproblem der Diktatur, wie es Marx und Engels formuliert haben. Diese Diktatur ist eben die Demokratie, nicht in Form von Wahlen bei Vorbehalt aller bürgerlichen Machtpositionen, sondern in Form der proletarischen Selbstbestimmung bei Aufrichtung der proletarischen Klassendiktatur gegen die Bourgeoisie, der man ja zunächst nur ein Mittel ihrer Macht, die Staatmaschine, entziehen und zerstört hat. Darum kann man das Linzer Programm der SPD wohl als ein Symptom für die marxistische Selbstbestimmung in der Sozialdemokratie, keineswegs aber schon als definitive Formulierung des revolutionären Programms der marxistischen Sozialdemokraten betrachten.

Wards Zuhörte zu Seite 44, daß der „Aufbau des Kapitalismus“ in Sowjetrußland sich „als wirtschaftliche Tatfache vollziehe“, trotz der immer noch herrschenden „zentralen Ideologie des Arbeiterstaates“, möchten wir in dieser unbedingten Fassung als etwas voreilig betrachten.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Gefüllte Kalbsbrust mit Kartoffelsalat 1.10, Gedämpfte Rinderrippe mit Klößen 1.20, Hammelfleisch mit Bohnen und Kartoffelstückchen 1.00. Morgen: Gabelkauer Fleisch mit Kartoffelsalat 90, Ungarischer Gulasch 1.25, Geschmorter Hammelkeule mit Klößen 1.30.



**Billige  
Fleisch  
und  
Lebens  
mittel  
Preise!**

### Gemüse-Konserven

1/4-Kilo-Dose	
Karotten, geschnitten	38
Spinat	48
Junge Schnittbohnen	55
Gemüse-Erbsen	60
Rote Beete (Rote Rüben)	65
Erbsen mit geschnitt. Karotten	65
Junge Erbsen	75
Junge Wachsbohnen	1.00, 80
Braunkohl	60
Junge Erbsen, mittelfein	95
Pfifferlinge	1.20, 95
Sellerie in Scheiben, weiß	95
Rosenkohl	1.10
Gemischtes Gemüse, mittelfein	1.25
Prinzelbohnen	1.90, 1.50

1/2-Kilo-Dose	
Stangenspargel, dünn	2.00
Stangenspargel, 50/60	2.60
Stangenspargel, stark	3.40
Stangenspargel, sehr stark	1.85, 3.80
Stangensparg., extra stark	1.95, 3.90
Riesenstangenspargel	2.95, 4.00
Brechspargel ohne Köpfe	95, 1.80
Brechspargel, mittel	2.00
Brechspargel, stark	1.55, 3.00
Brechspargel, extra stark	1.70, 3.25
Riesen-Brechspargel	3.50

Rückenfett z. Ausbraten	1 Pfund 70
-------------------------	------------

Fettes u. Schmier	1 Pfund 80
-------------------	------------

Pökelrücken	1 Pfund 1.20
-------------	--------------

Suppenhühner	1 Pfund 1.30, 1.40, 1.60
--------------	--------------------------

Brathühner	1 Pfund 1.40, 1.60
------------	--------------------

### Rindfleisch Kalbfleisch

Querrippe	1 Pfd. 1.00	Pfefferfleisch	1 Pfd. 1.00
Gehacktes	1 Pfd. 1.20	Brust	1 Pfd. 1.20
Schmorfleisch m. Knoch.	1 Pfd. 1.30	Keule	1 Pfd. 1.35
Bratenfleisch	1 Pfd. 1.40	Niere	1 Pfd. 1.40

### Hammelfleisch

Ragout	1 Pfd. 1.10	Rücken	1 Pfd. 1.20
Bauch	1 Pfd. 1.10	Keule	1 Pfd. 1.40

### Schweinefleisch

Rücken	1 Pfd. 1.10	Kamm	1 Pfd. 1.10
Gehacktes	1 Pfd. 1.10	Koteletten	1 Pfd. 1.20

Keule	1 Pfd. 95	Bauch	1 Pfd. 85
-------	-----------	-------	-----------

### Gefrierfleisch

Bratenfleisch ohn. Knoch.	1 Pfd. 1.10	Hammelbauch	1 Pfd. 85
Rouladen	1 Pfd. 1.20	Hammelfleisch	1 Pfd. 95
Gulasch	1 Pfd. 90	Hammelkeule	1 Pfd. 1.00

### Besonderes:

Bruchmakkaroni	1 Pfd. 42	Rindertalg, ausgelass.	1 Pfd. 42
Eierschnitznudeln	1 Pfd. 45	Emmental, oh. Rind. Kart.	95, 50
Kaiserauszugmehl 5-Pfd.-Bl.	1.18	Mischobot, getr.	1 Pfd. 95, 60
Margarine	1 Pfd. 45	Pflaumen, getr.	3 Pfd. 95
Kokos-Speisefett	1 Pfd. 55	Ringäpfel	1 Pfd. 95
Amerik. Schmalz	1 Pfd. 75	Lohmann-Kakao	1 Pfd. 1.00
Deutscher Schmalz, ausgelassen	1 Pfd. 88	Vollmilch-u. Schmelzschokolade	lassen 50, 200 Gramm 50
Limburger Käse	1 Pfd. 55	Pralinen 400-Gramm-Karton	1.00
Camembert, vollfett	1 Pfd. 88	Eier	10 Stück 95
Heringe in Gelee oder Bismarkheringe oder Rollmops oder Kronensardinen oder Bralheringe	1/2 Ltr.-D. 78		

### Obst-Konserven etc.

1/4-Kilo-Dose	
Apfelmus	70
Pflaumen mit Stein	70
Birnen, ganze Frucht	95
Heidelbeeren	95
Stachelbeeren	1.20
Preißelbeeren	1.20
Mirabellen	1.25
Kirschen, rot oder schwarz	1.30
Ananas, 8 Scheiben	1.35
Erdbeeren	1.45
Sauerkirschen	1.50
Aprikosen, halbe Frucht	1.65
Pfirsiche zur Bowlé	1.75
Kalk. Birnen, Aprikosen	1.95
Schattenmorellen	1.95

2-Pfd.-Eimer	
Apfel-Johannisbeer-Marmelade	85
Apfel-Himbeer-Marmelade	95
Apfel-Erdbeer-Marmelade	95
Apfel-Äpfelkosen-Marmelade	95
Pflaumen-Konfitüre	1.10
Rheinisches Apfelkraut	1.10
Pfirsich- od. Äpfelkosen-Konfitüre	1.25
Johannisbeer-Konfitüre	1.25
Apfelgelee	1.20
Erdbeer- od. Himbeer-Konfitüre	1.45

Kunsthonig	3 Pfd. 1.00
------------	-------------

Vierfrucht-Marmelade	5-Pfund-Eimer 1.95
----------------------	--------------------

Rheinisch. Apfelkraut	5-Pfund-Eimer 2.60
-----------------------	--------------------

Kassler Rippenspeer	1 Pfund 1.35
---------------------	--------------

Echte Braunschweig. Schladwurst	1 Pfund 2.40
---------------------------------	--------------

# ALTHOFF





Bluepoint-Austern

Vielleicht sind sie wirklich schmackhaft, aber ich habe sie, obwohl ich noch keine gegessen habe und wahrscheinlich auch nie essen werde.

Damals, als unser Wochenlohn von 40 auf 43 M. erhöht wurde, sagte ich mir, daß wir unsere Lebenshaltung nun endlich verbessern könnten.

Jedes Kind täglich einen Bäckling, das ist nach dem Urteil der Ärzte gesund! So steht in den Krämerläden. Eßt mehr Früchte, und euer Blut bleibt rein!

Da kam es zum ersten Krach. Meine Frau behauptete, daß alle die Vorschläge recht gut seien, aber sie bräuchten uns an den Bettelstab, wenn wir sie länger besorgen wollten.

Bin ich nicht ein heller Sachse, der mit gespitzten Ohren durch die Straßen geht? Und darum entdeckte ich auf dem Neumarkt in einer Lebensmittelhandlung das Plakat, das mich in helle Aufregung versetzte:

Eßt Bluepoint-Austern! Drei Vorzüge:

Kahrrast — schmackhaft — billig!

Hier war das, was uns fehlte, was uns erlauben würde, mit geringen Mitteln aufzublühen wie die Pausbackengel. Billig! Billig! kaufte ich nach Hause und brachte den Meinen die Kunde.

Drei Tage lang hat sie mich nicht angequält. Und ehe sie wieder mit mir redete, hab' ich's von den Kindern erfahren. Zuerst hat sie sich nach dem Austernpreis erkundigt.

Nun, meine Frau redet jetzt wieder mit mir, aber — in Wirtschaftslagen erkennt sie mich nicht mehr als Autorität an.

Hannes.

Schweigepflicht in der Sozialversicherung

Die Träger der Sozialversicherung (Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw.) erfahren mancherlei aus dem privaten Leben ihrer Mitglieder, was diese lieber verschwiegen hätten.

Anders liegen die Dinge für die Versicherten, die bei Betriebskrankenkassen versichert sind. Wie wohl allgemein bekannt sein dürfte, ist bei den Betriebskrankenkassen der Inhaber des Betriebes kraft Gesetzes ohne weiteres auch Vorsitzender der Betriebskrankenkasse, ohne daß eine Wahl stattfindet.

Das Baumnglück auf dem Messiegelände

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die gestern so schnell bei der Hand waren, den Arbeitern die Schuld an dem Baumnglück auf dem Messiegelände aufzubürden, müssen sich jetzt aus ihrem Verleumdungsbetrieb lassen, daß ihre Behauptung falsch war.

„Wie immer, wenn ein Unglück geschehen ist, sucht man auch hier nach dem schuldigen Teil. Eine Anzahl der bei dem Neubau beschäftigten Arbeiter behauptet, es sei ein Konstruktionsfehler im Dach der Halle vorhanden, und die Bauaufsichtigen haben festgestellt, daß diese Vorwürfe der Arbeiterschaft jeder Berechtigung entbehren.“

Laßen wir den „Konstruktionsfehler“ beiseite. Nicht um die Berechtigung eines solchen Vorwurfs handelt es sich, sondern darum, ob die Bauleitung oder die Arbeiter die Schuld trifft.

Wie ist es denn zu dem Unfall gekommen? In einer Stelle war mehr Material aufgelagert, als gefahrlos getragen werden konnte. Dadurch bog sich an einer anderen, vom überlasteten Punkt entfernten Stelle zwei Dachträger auseinander.

für die Versicherten der Kasse den großen Nachteil, daß der Inhaber durch sein gleichzeitiges Amt als Kassenvorstand genaues Einblick in die privaten Verhältnisse seiner Arbeiter und Familienmitglieder erhält.

Ein Saisonarbeiter in einer Zuckerrübenfabrik mit eigener Betriebskrankenkasse meldete sich nach Auscheiden aus der Arbeit bei der Ortskrankenkasse als freiwilliges Mitglied an.

Dieses Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeiter bei den Betriebskrankenkassen keine Vorteile zu erwarten haben, sondern nur Nachteile.

Gift und Galle in der Schule

Zu dem vor einigen Tagen unter vorstehender Überschrift von uns gebrachten Artikel wird uns vom städtischen Schulbeirat geschrieben: Die zur Zeit in den Volksschulen gastierenden Hartenfeiner Puppenspiele haben, wie alle Unternehmungen ähnlicher Art, vorher der Begutachtung des städtischen Schulbeirates unterlegen.

Der Beirat, der grundsätzlich die pädagogische Bedeutung des Puppenspiels anerkennt und seine Pflege in den Schulen jederzeit unterstützt hat und es auch weiterhin tun wird, trug daher keine Bedenken, die Durchführung dieser Spiele zur Genehmigung vorzuschlagen.

Große Jugendversammlung

heute im Saale des Zentraltheaters. Beginn 20 Uhr Landtagsabgeordneter Genosse Dobbert-Meißen spricht über:

Der Jugendschutz vor dem Sächsischen Landtag

Beaufsichtigung der Arbeiten war. Die Aufsicht über die etwa 40 Mann starke Arbeitskolonne war viel zu schwach. Ein einziger Mann hätte sie auszuführen. Er konnte unmöglich überall zugleich sein.

Stellungnahme und Forderungen der Belegschaft

Die gesamte Belegschaft der Baufirmen nahm am Mittwoch Stellung zum Baumnglück.

Der Organisationsvertreter der Zimmerer, Genosse Kroneberg, leitete die Versammlung und erörterte die Ursachen des Unglücks. Er stellte fest, daß die Bauarbeiterkassenvorschriften in keiner Weise eingehalten und durchgeführt wurden.

- 1. Strikte Durchführung des Bauarbeiterkassen; die Betonplatten aufzunehmenden Träger müssen ausgepreizt werden.
2. Die verlegten Platten sind sofort anzugreifen und das frühzeitige Betreten durch Bohrerbelag zu verhindern.
3. Alle an gefährlichen Stellen beschäftigten Arbeiter müssen mit Rettungsgürtel versehen werden.
4. Alles Arbeiten unter der noch in Montage befindlichen Dachkonstruktion ist zu verbieten, die gefährlichsten Stellen sind wirksam abzusperrten.
5. In der Nähe der Baustelle ist eine ständige Sanitätswache einzurichten.
6. Es sind weitere Bauaborte aufzustellen.
7. Fordert die Belegschaft Anerkennung der Betriebsräte und Bezahlung der durch die Belegschaftsversammlung verlorengegangene Arbeitszeit.

Die Genossen Kroneberg und Ludwig forderten die Belegschaften auf, sofort ihre Vertreter zu bestimmen, damit diese mit der Bauleitung über die Forderungen verhandeln können.

Die Bauleitung hat, mit Ausnahme der Bezahlung der Arbeitszeit, sich zur sofortigen Durchführung der Forderung bereit erklärt. Die Bezahlung der Arbeitszeit soll der Direktion der Messe- und Ausstellungs-A.G. zur Berücksichtigung vorgelegt werden.

Die höhere Moralmoral

Vor kurzem hatten wir Gelegenheit, einer sogenannten Bibelstunde einer christlichen Gemeinschaft beizuwohnen. Bei Auslegung einer Bibelstelle wurden „die Seuchen am deutschen Volke“ aufgezählt. Der Redner, ein Ingenieur von Beruf, wies darauf hin, daß sowohl gegen den Mord im Weltkrieg gesprochen werde und doch würde dieser moralisch höher und wäre „verschwindend klein gegen den Massenmord“ am leimendsten Leben!

Die höhere Moralmoral des schwächenden Christen ist eine würdige Ergänzung zu den die Morawaffen während des Krieges legenden Pfaffen. Daß die Vernichtung von leimendsten Leben auf das große Schuldkonto der kapitalistischen Gesellschaft zu legen ist, die Hunderttausenden Vätern und Müttern nicht soviel gibt, daß sie ihre Kinder vor dem Hunger schützen können, ködten den bibelbesessenen Christen nicht.

Streitverfahren in der Sozialversicherung

Wird einem Versicherten durch einen Versicherungsträger (Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, Landesversicherungsanstalt) ein Antrag auf Leistungen abgelehnt, so kann der Versicherte gegen den Versicherungsträger ein Streitverfahren anhängig machen. Zuständig ist in Sachen der Krankenversicherung in erster Instanz das Versicherungsamt des Wohnortes des Versicherten.

Bei einem Streit in Sachen der Unfall- und Invalidenversicherung ist das Oberversicherungsamt die erste Instanz. Gegen die Urteile kann dann auch in diesen Fällen das Reichsversicherungsamt angezogen werden.

Die Säuglingssterblichkeit nimmt ab

Ersteuliche Wirkungen des Stillgeldes.

Der Reichsminister hat soden dem Reichstage eine Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926 vorgelegt. Aus der Denkschrift ergibt sich, daß die Säuglingssterblichkeit ganz beträchtlich abgenommen hat. Sie ist im Jahre 1926 für das ganze Reich auf das Minimum von 10,1 Sterbefällen auf 100 Lebendgeborene herabgemindert worden.



# Wo ruft die Pflicht?

## Funktionäre.

**Tollmaredoi.** Sonnabend, den 25. Februar, 19,30 Uhr, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre im Restaurant Kronprinz. Alle haben zu erscheinen.

**Tennweg.** Morgen Freitag, 20 Uhr, in der Bibliothek. Alle müssen erscheinen.

## Frauen.

**Gohlis.** Dienstag, den 28. Februar, 20 Uhr, im Aidau-Kaschank, Fetterer Frauenabend mit Genossin Erna Müller.

**Wfknig.** Montag, 27. Februar, 20 Uhr, in der 54. Volksschule, nicht im Kinderheim, Fortführung der Arbeitsgemeinschaft mit Gen. Kammer: Das Arbeiterkind und die bürgerliche Gesellschaft.

## Jungsozialisten.

**Zentrum.** Freitag, den 24. Februar, 19,30 Uhr, im Töpferheim, Fortführung der Arbeitsgemeinschaft. Herrn. Vey referiert über: „Das Gleichgewicht der Klassenkräfte.“

## Gemeinschaft Kinderfreunde.

**Kreis Leipzig.** Morgen Freitag keine Helferzusammenkunft. **Entscheid.** Wer an der Osterfahrt (2 Tage) teilnehmen will, meldet sich rechtzeitig beim Gruppenführer. Kosten ungefähr 3,50 Mark.

**Arbeitsdienst Mähern.** Alle Maurer aus dem Helfer- und Mitgliederkreis fahren am Sonntag nach Mähern zum Bau. Handwerkszeug mitbringen. Treffzeit 6,50 Uhr an der Blumenhalle, südliche Seite. Sonntagmorgen Mähern lösen. Rückkunft 18,32 Uhr Hauptbahnhof. Vorherige Meldung an Gen. Batermann, Leipziger Lindenau, Friedr. Ebert-Str. 61 11, erwünscht. — Die Helferschaft des Westens muß etwa 12 bis 15 tüchtige Helfer für Hilfsarbeiten gleichzeitig nach Mähern schicken.

## Mitglieder-Vorstellungen

**Dresdner-Gaug's.** Morgen Freitag, 20 Uhr, im Mittelpunkt, Mitgliederversammlung. Vortrag der Genossin Hermes: „Reiseerlebnisse in England“. Gemeindevorstandsbericht.

## Expregutverkehr zur Frühjahrsmesse 1928

In der Zeit vom Dienstag, dem 28. Februar, bis mit Montag, dem 5. März, werden zur schnellen Auslieferung die für Leipzig (Hbf.) Ort bestimmten Expregüter — ausgenommen lebende Tiere, lebende Fische und frische Blumen — nicht an den Gepädsausgaben der Ost- und Westseite des Leipziger Hauptbahnhofs, sondern an besonderen Expregüterstellen ausgeliefert.

Auf der Ostseite: Expregüter aus Richtung Dresden, Chemnitz, Eger, Hof an den Expregüterstellen I und II Leipzig (Hbf.) Ostseite, Güterstraße. Fernsprecher 70 921 und 72 761, Unternehmern 371, 308 und 420.

Auf der Westseite: Expregüter aus Richtung Zeitz, Aumburg, Halle, Bitterfeld, Eisenburg an der Expregüterstelle, Versandschuppen der Güterabfertigung Leipzig, Magdeburger-Türingener Bahnhof. Fernsprecher 70 921 und 72 761, Unternehmern 438 und 533.

Abgehende Expregüter sind wie sonst bei der Gepädsabfertigung des Hauptbahnhofs aufzuliefern.

Wegexpregüter, die für das Gelände der Technischen Messe bestimmt sind und bei denen als Bestimmungsstation auf der Expregüterkarte angegeben ist: „Leipzig-Stötteritz, Technische Messe“, werden ausgegeben in der Expregüterabfertigungsstelle der Reichsbahn-Gesellschaft auf der Technischen Messe, Halle 1. Abgehende Expregüter können hier auch ausgeliefert werden.

Diese Expregüterabfertigungsstelle ist geöffnet vom 27. Februar bis mit 17. März täglich von 7 bis 19 Uhr.

## Mit einer Schußwunde aufgefunden

Am Mittwoch, gegen 7,15 Uhr, wurde auf dem Aoliet in einer Gastwirtschaft in der Petersstraße ein unbekannter Mann, mit einer Schußwunde an der rechten Schläfe, aufgefunden. Vermutlich liegt ein Selbstmordversuch vor. Der Unbekannte hatte keinelei Ausweispapiere bei sich. Er ist etwa 30 Jahre alt, trug hellbraunen Hut mit dunkelbraunem Kipsband, innen mit der Firma „A. Giebel, Hameln i. W., Bahnhofstraße 38“ bezeichnet. Er wurde im brennungslosen Zustande nach dem Krankenhause St. Georg gebracht. Zur Zeit ist er noch nicht vernunftfähig. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wer Angaben zur Feststellung seiner Person machen kann, wird gebeten, sich schnellstens beim Kriminalamt zu melden.

**Ladenbrand.** In einem Gardinen- und Teppichgeschäft in der Taubacher Straße brach heute in der zwölften Stunde ein gefährlicher Ladenbrand aus. Die Feuerwehr hatte zur Unterdrückung des Feuers mit einer Schlauchleitung längere Zeit zu tun. Der entstandene Sachschaden ist ziemlich bedeutend.

Die Zentralmarkthalle am Kapploch ist vom Sonnabend, dem 25. Februar 1928, ab an allen Sonnabenden und an allen Werktagen vor Festtagen durchgehend von 7 bis 19 Uhr für das tausende Publikum geöffnet. An den übrigen Werktagen ist die Zentralmarkthalle von 14 bis 16 Uhr — wie bisher — für den Verkehr geschlossen.

Die Postdienststelle auf der Westseite des Hauptbahnhofs wird während der Frühjahrsmustermesse auch in der Nacht ununterbrochen offengehalten, erstmalig vom 3. zum 4., letztmalig vom 9. zum 10. März.

**Straßenverkehr durch das Ausstellungsgebiet.** Der durch das Ausstellungsgebiet führende Teil der Straße des 18. Oktobers wird von Donnerstag, den 23. Februar, bis Mittwoch, den 21. März 1928, mit Rücksicht auf die Technische Messe und den allgemeinen Fahrzeug- und Fußgängerverkehr gesperrt.

**WZ.** Zu der Vorstellung heute 20 Uhr im Alten Theater (Zwölftausend) sind noch Karten am Eingang zu haben.

**Mutter und Kind im bürgerlichen Recht** heißt das Thema, über das, im Rahmen der Winterkurse des Sozialpädagogischen Frauenvereins, die Wohlfahrtspflegerin Walpurga Scharfe sprechen wird. Die Vorträge finden statt am 23. Februar und 1. März 1928, 20 bis 21,30 Uhr, im Sozialpädagogischen Frauenkammer, Königsstraße 20. Karten zum Preise von 1 Mark für beide Vorträge sind in der Kanzlei des Seminars erhältlich.

**Elternabende.** In der Volksschule. Für die Kinder der Jugendwohne findet Montag, den 27. Februar, 19,30 Uhr, im Schulsaal ein Unterhaltungsabend statt. Die Elternschaft ist herzlich eingeladen. — 15. Volksschule. Am 27. Februar, 19,30 Uhr, Vortrag. Herr Lehrer Säuberlich spricht über „Die Mittelalter Alpen“, mit Lichtbildern.

# Spiele, Sport, Körperpflege

## Kainin zum Tode verurteilt

S. J. Nicht durch die Justiz der lettischen Bürgerkriegsregierung, sondern — in Abwesenheit — in einer kommunistischen Gerichtssitzung, deren Protokoll und Urteil unter den beschlagnahmten Akten des kürzlich ausgehobenen Hauptquartiers der kommunistischen Agenten gefunden wurde.

Wer ist Bruno Kainin? Bruno Kainin ist der Vorsitzende des lettischen Arbeiter-Sport- und Schachbundes und Untersekretär der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale für die nordischen Staaten. Er ist der Schrecken der lettischen Reaktionsäre und Faschisten. Ihm und seinem Bunde ist es zu danken, daß die Faschisten Lettlands vor der Durchführung ihrer von langer Hand vorbereiteten Umsturzpläne zurückzureden. Der vereinte lettische Bürgerkrieg beschwor vor Monaten im Parlament eine Interpellationsdebatte gegen Kainin und den Schachbund herauf, mit dem Ziel, die Interpellation zu stützen. Der Schachbund wurde als kommunistisches Schreckgespenst hingestellt, was er nicht ist. Der Regierungskurs auf diese Art mißlingt. Erst später wegen anderen Angelegenheiten trat die Interpellation zurück. Was hätte nicht näher gelegen, als die Verurteilung Kainins auf seine

## Sonder-Vorstellung für unsere Leser

Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr im **Varieté Battenberg** mit der Tagesgespräch bildenden entzückenden Liliputaner-Revue

## Ein Abend im Maxim

und das andere vollständige Varieté-Programm

**Bedeutend ermäßigte Preise für diese Ausnahme-Vorstellung. Eintrittspreise: 50 Pfennig, 1 Mark und 1.50 Mark**

**Eintrittskarten zu obigen Extrapreisen sind täglich von 11 bis 1 Uhr und von 6 Uhr abends an der Varietékasse gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung zu haben.**

Jetzt in der Regierung stehenden Feinde zurückzuführen. Zur Illustration noch folgendes. Mit Bruno Kainin hatte man die Sozialdemokraten Ceelen und Wenders — in Abwesenheit — zum Tode verurteilt. Ceelen hat als Außenminister eine Bekandigungspolitik gegenüber Rußland angestrebt und den lettisch-russischen Handelsvertrag durchgeföhrt, dessen Abschluß die lettischen Faschisten als Signal zum bewaffneten Umsturz benutzten. Wenders hat sogar eine Broschüre geschrieben, in der er den Anschlag Lettlands an die Sowjetunion nicht für unmöglich hält.

**Wichtigste Nachricht** erschien aus J. unglücklich, daß wir beim Genossen Kainin selbst anfragen. Er antwortete mit „Ja!“ An der Tatsache der Auffindung dieser Dokumente ist nicht zu zweifeln. Am Formel sind Zweifel an der Echtheit berechtigt, denn auch der Einwandbrief war gefälscht. Es ist geradezu ungeheuerlich, zu glauben, daß selbst noch so fanatische Kommunisten, die zum Tode verurteilt könnten, mit denen sie angeblich die Einheit wahren wollen. Wenn wir auch gegen die innere Wahrscheinlichkeit der Einheitsfrontforderungen jener Seite lieber allzu zahlreiche gewichtige Beweise haben, so ist uns dennoch eine solche sittliche Verkommenheit vorläufig undenkbar.

## Arbeiterkinder und Sport

Wiederholt mußte schon das lächerliche Gerücht zurückgewiesen werden, daß die Arbeiterkinder nicht in dem Maße wie die Kinder bürgerlichen Eltern Sport zu treiben brauchen, da sie ja von Haus aus genug arbeiten müssen und schon aus diesem Grunde nicht noch einer besonderen Stärkung ihres Körpers bedürftig. Wie wenig richtighaltig eine derart triviale Auffassung ist, beweist u. a. auch eine in diesen Tagen in Bet. n. vorgenommene Untersuchung an Schulkindern, wobei die Kinder, nach den sozialen Verhältnissen ihrer Eltern getrennt, untersucht wurden. Diese sicher einzigartige Methode hat die für die Arbeiterportbewegung durchaus nicht überraschende Tatsache ergeben, daß die Kinder der armen Eltern sowohl der Größe wie dem Gewicht nach von viel schlechterer Körperbeschaffung sind als die Kinder der besser gestellten Eltern. Nach dem Ergebnis der Untersuchung hatten:

Kinder reicher Eltern	durchschnittlich	Größe	Gewicht
Kinder aus gutem Mittelstande	durchschn.	138,9 cm	32 kg
Kinder aus schlechtem Mittelstande	durchschn.	136,1 cm	30,5 kg
Kinder armer Eltern	durchschnittlich	133 cm	28,7 kg

Diese Zahlen sprachen für sich, sie beweisen vor allem, daß gerade die Kinder der armen Eltern rechtzeitig Sport treiben müssen, um die körperlichen Nachteile den Kindern der besser bemittelten Schichten gegenüber auszugleichen.

## Bezirksrat

**Arbeiter-Turn- und Sportbund.** 4. Kreis, 1. Bezirk. Der 1. Bezirk Leipzig und Umgebung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hielt seinen diesjährigen Bezirksrat am 19. Februar 1928 im Gohlis „Heiterer Wald“, Wettzellberg, ab. Eine gewisse Bewirtungswürde umlagerte die Tagung. Die Mitglieder der Delegierten erwartete eine Klärung der Dinge, die da launten hatten. Die Bedenken bezüglich des gewählten Lokales wurden bald zerstreut, denn alle Achtung vor unserer Mitteldeutschen Bezirksorganisation. Diese hatten es verstanden, der Tagung ein hübschlich würdiges Geplätz zu geben. Als Gäste waren anwesend der Bundesvorsitzende, Genosse Geller, und der Kreisvertreter, Genosse Velsche, Dresden. Vertreten mußten eigentlich sein: 182 Vereine mit 377 Delegierten. Es waren aber nur anwesend 119 Vereine mit 250 Delegierten. Davon waren 130 Turner, 10 Turnerinnen, 52 Fußballspieler, 8 Wasserpolospieler, eine Wasserpolospielerin. Weiter waren vertreten von der geschäftlichen und technischen Leitung 19 Genossen. Als Verhandlungsleiter wurden bestimmt der Genosse Veltz, Lindenau, und Hebbel, Witzka. Eine von der Fußballpartei eingereichte Entschließung, die sich gegen den Beschluß der Turnpartei wandte, kam

zunächst nicht zur Beratung. Die Redezeit wurde auf 10 Minuten festgelegt. Da gegen protokolliert der Genosse Kallisch im Antrage der Geschäftlichen Entschließung, und verlangte für die Genossen Kallisch und Ott eine Redezeit von je 10 Minuten. Dies wurde jedoch abgelehnt. Darauf verließen 28 Fußballbelegierte, ein Bezirksratsmitglied und 2 technische Ansohlmittelglieder der Geschäftlichen Spielvereinigung die Tagung.

Darauf erfolgte die hiebgebührende Begrüßungsansprache. Der Bezirksratvorsitzende Baumgartel gab zu dem gedruckten vorliegenden Bericht einige Ergänzungen. Er führte aus, daß der Bezirk eigentlich aus 182 Vereinen besteht und eine Mitgliederzahl von 27 187 aufweist, gegen 26 465 im Vorjahr. Es stehen 126 Vereinen Plätze zur Verfügung, sowie 23 Wäber, 81 Turnhallen. Besonders zahlreich waren die landlichen Vereine, die sich im vergangenen Jahre einen Teil Plätze und Hallen geföhrt haben. Es seien nur erwähnt Greifsch, Borna, Pausendorf, Stahmel und Mühligen. An Unfallunterstützung wurde gezahlt für 545 Unfälle 11 118 Mk. Davon entfallen auf die Turnpartei 508 Mk., Fußballspieler 5500 Mk., Wasserpolospieler 160 Mk. Es ist unbedingte Pflicht der geschäftlichen und technischen Leitungen, alles daranzusetzen, um die Unfälle auf ein Minimum einzuschränken. Nicht befriedigend ist der Verlauf des Bundeskongresses. Hier müssen die Vereinsteilnahmen beständig gesteigert werden. Er kritisierte weiter nochmals in tadelnden Tönen die Kräfte des Bezirkes der Geschäftlichen Spielvereinigung gegen Bezirksrat, und hofft, daß auf Grund der erzielten Einigung in Bezug auf die Zusammenfassung des Bezirksrates ein besseres Zusammenarbeiten mit der Fußballpartei möglich ist.

Der Besonderebericht gab Genosse Ulrich. Der augenblickliche Besonderebericht befaßt sich mit 3000,00 Mk. Friedrich vom zentralistischen Ausschuss verweist auf den vorliegenden gedruckten Bericht. Besondere Beachtung mußte der Wasserpolospielvereinigung geschenkt werden. Er war in der Lage, einen Anruf, sowie mehrere Schriftstücke, die zur Gründung solcher Wasserpolospielvereine ausfordern, dem Bezirksrat zu unterbreiten, die ihn durch günstigen Wind zugeföhrt sind. Ebenso mußte der Entscheidung einer Bezirksratssitzung in Kummerfeld gewidmet werden. Er unterbreitete den Delegierten neue Mittel und Wege zum Ausbau derselben. Bezirksratsmitglieder Beckel verweist auf den gedruckten Bericht, der alles enthält. In der anschließenden Diskussion sprachen verschiedene Delegierte zu dem Streit Wasserpolospielvereinigung, und erklärten es als persönliche Stänkerlei, wies aber nach, daß die Fußballpartei Reis zu ihrem Recht gekommen ist, daß es aber endlich auch einmal Zeit wird, alles aus dem bisherigen Lager herauszunehmen abzurufen. Genosse Georgi behauptete, daß die ganze Sportentwicklung hauptsächlich von oben geföhrt wurde. Aufgabe des nächsten Bundeskongresses müsse es sein, in den Sportkongressen selbst umfassenden Grundfragen zu schaffen. Ein Antrag, der besagt, die Besonderen Mitglieder und Ott auf Grund ihres Verhaltens auszuscheiden, wurde mit 102 gegen 65 Stimmen angenommen.

Der Punkt Kreisrat und Kreisrat wurde vom Genossen Velsche behandelt. Erörtert findet am 15. April dieses Jahres in Dresden statt. Weiter schloß er die bereits getroffenen Vorarbeiten zum Kreisrat. Schließlich eingegangen sind die Vorschläge zu beschließen. Dadurch wird die gewöhnliche Arbeit der Bezirksratssitzung erleichtert. Diefelbe rechnet mindestens mit einer Teilnehmerzahl von 40 000. Er appellierte deshalb an die Delegierten, alles zu tun, was der Kreisrat zu einer Kreisdelegiertenkonferenz auszuscheiden, und hier müsse auch der größte Bezirk des Bundes, der Leipziger Bezirk, seine Pflicht und Schandigkeit tun.

Zum Punkt Bundesrat sprach der Genosse Geller. Er war der Auffassung, daß eine solche Anrede in der Organisations, wie sie jetzt besteht, nicht tragbar sei für den Bund, und daß die Sportanfrage auf dem kommenden Bundeskongress unbedingt geregelt werden müsse. Repräsentation kann nur der Bund sein, nicht aber eine Sparte. Auf eine Anfrage des Genossen Geller, ob der Genosse Kainin in Lettland durch Bolschewisten zum Tode verurteilt ist, hat er eine telegraphische Bestätigung erhalten. Ein Zusammenarbeiten mit der S. J. muß solange abgelehnt werden, solange unsere führenden Genossen von ihr betäubt und nicht als Wähler betrachtet werden. Auswärtiger Bericht erstattet noch an anderer Stelle. Eine von der Stadtgruppe eingereichte Entschließung, die das Verhalten der Genossen Kallisch und Ott auf das schärfste verurteilt, wurde ebenfalls angenommen. Die übrigen Anträge wurden teils angenommen, teils dem Bezirksrat überlassen. Die Neuwahlen zeigten folgendes Ergebnis: Bezirksratsvorsitzender: Baumgartel; Kassierer: Bruno Schmidt von der Fußballpartei; technischer Leiter: Friedrich; Vertreterin für weibliche Körperpflege: Genosse Veltz. Die Bestätigung des Tagesordnens wird noch vorgenommen. Anwesend wie bisher: Genosse Geller, Gohlis, Veltz, Knauerberg, und Richter, Wfkn-Stützpunkt. Nachdem die Delegierten heftig das Lied „Immer vorwärts“ gesungen hatten, war die Tagung beendet.

## Weiterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportschule

**Dobln.** 6 Grad Kälte, 15 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Ski und Kodel auf Waldwegen möglich.

**Mittemberg.** 7 Grad Kälte, 16 Zentimeter Schneehöhe, geföhrt, Ski und Kodel gut.

**Obermiesenthal.** 10 Grad minus, 19 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Ski und Kodel gut.

**Tischberg.** 8 Grad Kälte, 90 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee, Ski und Kodel sehr gut.

**Annaberg-Bühlberg.** 9 Grad Kälte, 5 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, keine Sportmöglichkeit.

**Johanngeorgenstadt mit Auersberg.** 11 Grad Kälte, 20 Zentimeter Schneehöhe, gleichmäßig, Ski und Kodel sehr gut.

**Schnee.** 6 Grad Kälte, 1 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, nur Kodel möglich.

Erläutet sind in den schlesischen Gebirgen leichte Schneefälle niedergegangen. Die Sportverhältnisse sind zur Zeit außerordentlich günstig. Fast überall liegt Pulverschnee.

## Polizeinachtichten

**Ein schleichwütiger Kaufmann.** Am 19. Februar, gegen 21 Uhr, hat in der Eichstädtstraße in Leipzig-Stötteritz zwischen einem Kaufmann und einem Arbeiter eine Schlägerei stattgefunden. In deren Verlauf sind von dem Kaufmann aus einem Revolver zwei Schüsse abgefeuert worden, ohne jedoch den Arbeiter zu treffen. Der zweite Schuß hat einen zufällig aus dem Grundstück Eichstädtstraße 18 herausstehenden Bäckereimeister am linken Unterschenkel getroffen und leicht verletzt. Der Kaufmann ist leicht angekränkt gewesen und soll in diesem Zustand die Frau des Arbeiters befristet haben, woraus sich die Schlägerei entwickelt hat.

**Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Pferdegeschirr.** Gestern erfolgte in der 15. Stunde an der Ecke der Belvederestraße und Kirchstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Pferdegeschirr. Dabei wurde die Stirnwand des Straßenbahnwagens eingedrückt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

**Ein schwerer Motorradunfall** ereignete sich am Mittwochmorgen in der ersten Stunde auf der Kreuzung der Elisenbahn- und Taubacher Straße. Ein mit zwei Personen, dem Führer Helmuth Lerche und dem Beifahrer Fritz Graubner, besetztes Motorrad stieß beim Überholen mit einem zweiten Kraftfahrzeug zusammen. Lerche wurde mit großer Wucht gegen einen Gasfahndelcher, Graubner zu Boden geschleudert. Beide Gestürzte wurden schwer verletzt aufgehoben und dem Krankenhaus St. Georg zugeföhrt. Der Führer des gerammten Motorrades kam mit geringen Verletzungen davon. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

# Leukoplast spart Geld:

Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kenurfahrer usw.) Achten Sie auf den Namen **Leukoplast**, da Nachahmungen im Handel sind. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.

Zum Festhalten von Verbänden

Gummischlauch

- Leukoplast ist immer gut, wenn man sich verwenden tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwenden: Pappe, Porzellan und Glas, Alles, Alles kittet das. Ansteckdosen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirmo, Pappendamen, Gummischluche, Badokappen, Regenmäntel, Aktenmappen, Noten, Bilder, Thermometer, Goethes Faust und Struwwelpeter, Alles klebt das LEUKOPLAST. Sorg', daß Du's im Hause hast!







**Rundfunkprogramm**  
Leipzig.

Freitag, den 24. Februar. Unterhaltung und Belehrung.  
10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und -vorausage (Deutsch und Esperanto), Schneeberichte und Wasserstandsangelegenheiten. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Woz. A. G., Berlin. 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Hörerbericht. 15-15,30 Uhr: Proben aus den Neverscheinungen auf dem Westfalenmarkt. 16,30-18 Uhr: Konzert. (Von 17-18 Uhr: Übertragung auf den Deutschlandsender.) Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Theodor Blumer. 18,05-18,30 Uhr: Leseproben aus den Neverscheinungen auf dem Bühnenmarkt. 18,30 bis 18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friebe und Viktor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 19-19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Aus dem Gebiete der Sozialpolitik.“ 2. Vortrag. A. Krüger-Dresden: „Jugendsozial in der Fabrik.“ 19,30-20 Uhr: Vortragsreihe: „Das Wesen der deutschen Musik.“ 4. Vortrag. Dr. Heuß: „Geistliche und weltliche Musik.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneeberichte und Zeitangabe. Ländliche Operngeschichte. 7. Abend: Die komische Oper in Frankreich. 20,15 Uhr: Johann von Paris. Komische Oper in zwei Aufzügen von François Adrien Boieldieu. Dichtung von Saint-Just. Dirigent: Hilmar Weber. Spielleitung: Hans Peter Schmiedel. Personen: Die Prinzessin von Navarra, Hedwig Oldam-Borchers. Der Ober-Zensurhall der Prinzessin, Alfred Kase. Johann von Paris, Hans Uhlmann. Oliver,

Vage, Grete Wels. Bedrigo, Gastwirt, Reinhold Gerhardt, Loretta, seine Tochter, Rene Elshier. Ein Aufwärter, Kavaliere, Wagen und Diener Johannes. Der Kellermeister und seine Gehilfen. Hausdiener, Aufwärter, Mägde Bauern und Bäuerinnen, Bauernmädchen. Die Handlung spielt in einem Dorfgasthause in den Pyrenäen. Zeit: die erste Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts. Orchester: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Chor: Die Leipziger Oratorien-Vereinigung. Einführender Vortrag von Dr. Wilhelm Hühig. (Textbücher durch die Woz.) 22,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Tanzlehrkursus: Moderner Paßier - Block Polka. 22,45-24 Uhr: Tanzmusik. Feunet-Freundenberg-Orchester.

**Eingelaufene Schriften**

Gefällige Worte. Gesammelt, erläutert und quellenmäßig nachgewiesen von Georg Bachmann. Herausgegeben von Alfred Streibler. Deutsche Buchgemeinschaft m. b. H., Berlin.  
Jacques Fortasse. Das neue Deutschland. Dreißigste Jahrgang. Zürich und Leipzig.  
Erich Welter. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1927. Franziskaner Societäts-Verlag G. m. b. H. Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.  
Dr. Werner Leibbrand. Von gesunden und kranken Nerven. Gesundheitsbibliothek. Heft 7. Verlag G. W. B. & Co. m. b. H., München.  
Hans Heinz Gassen. Von Leben, Weizen, Hälften und Abenteuern. Sieden-Städte-Verlag und Buchverlag m. b. H., Berlin-Schlesien.  
Willy Willemsing. Im Anfang war der Welt. Schichten und Empfindungen zu einer Reform der Kunst. Ewald-Verlag, Leipzig.  
Hans Oswald. Kaufmanns Abenteuer. Mit 41 Abbildungen auf Kunstdruckstein. Sieden-Städte-Verlag und Buchverlag m. b. H., Berlin-Schlesien.

Geist Freerang. Maximilian Pieper. Drama in drei Akten. Verlag Völkische Tribune, Leipzig M. H.  
Kurt Blücher. Stimmen der Jüngsten. Gedichtsammlung. Verlag Der Aufbau, Berlin M. H.  
Kurt Blücher. Vagabunden der III. Klasse. Roman. Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.  
Dr. Ing. Heinrich Schäfer. Die Baugeschichte der Stellung Röntgen. Pionier-Verlag G. m. b. H., Berlin-Steglitz.  
Karl Hoff. Die Architektur der deutschen Renaissance. Propyläen-Verlag, Berlin.  
Jakob Gundhardt. Die Kultur der Renaissance in Italien. Mit einem Geleitwort von Wilhelm von Heide. Verlag von Th. Neumann Neudamm, Berlin M. H.  
Wagner, Werke. Eingeleitet und herausgegeben von Dr. Adam Rüdloff. Volkshörsaal-Verlags- und Vertriebs-G. m. b. H., Berlin.  
J. Dorfmann. Im Lande der Nostalgie. Verlag für Literatur und Politik, Wien, Berlin.  
Joseph Romantowski. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Erinnerungen an die Türkei aus der Zeit des Weltkrieges. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien.  
Augustinus Kern. Die Zauberkraft der Euphonia. Roman. Verlag Knorr & Hirth G. m. b. H., München.  
Wolfgang Gerschel. Die Weltreise 1910-1918. Band I und II, reich illustriert, mit Karten und Plänen. Amalthea-Verlag, Zürich, Wien, Leipzig.  
Gottfried Vogelsang. Erziehung zur Ehe. Verlag von Witzig, Wien und Leipzig.  
H. A. Kihn. Jährlings politische Zukunft. (Internationale Zeit- und Streitfragen. Band 10.) Verlag Carl Baum Nachf., Hamburg, Berlin, Köln & Leipzig.  
Paula Kühn. Gelbesperliamus. Der internationale Kampf um Petrolum. Neuer Deutscher Verlag, Berlin M. H.  
Tan Ping-Schan. Entwicklungsgewebe der chinesischen Revolution. Mit einem Vorwort von H. A. Willemsing und einem Nachwort von Konstantin. Verlag Carl Baum Nachf., Hamburg, Berlin.  
Karl, Dr. C. Klein. Jahrbuch der Erziehungsämter und Jugendfunde. Dritter Band. Weisen Teufel Verlagsgesellschaft, Zweigverteilung Berlin G. H. 19.  
Johannes. 18 Tage, die die Welt erschütterten. Verlag für Politik und Literatur, Berlin G. H. 48.  
W. Schirrmann. Mensch und Gesellschaft. Ein soziologischer Atlas. Vierter Band. Grandsche Verlagshandlung, Stuttgart.

**Palmen Garten**  
mit dem weltberühmten Palmenhaus  
Heute abend 8 Uhr:  
**Vornehmer Gesellschafts-Ball**  
Konzertmeister Waldo Otterdort  
Eintritt: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf.  
Jahres Abonnement haben freien Zutritt!  
Jahrgeld wird nicht erhoben.

Willst Du  
feinen Braten kaufen,  
mußt zu Wildbirk laufen.  
Empfehle noch immer  
**Dresdner Gänse, starke Hasen**  
Stück Mark 5.50  
**Strichbratfleisch, Wildkanin**  
Mark 2.50  
**Brat- und Suppenhühner**  
Breite Straße, Ecke Dresdner Straße

Heute Donnerstag:  
**Uraufführung**  
**Kleinstadt-Sünder**  
Ein fröhliches Volksstück  
nach dem erfolgreichen  
Bühnenschwank  
**„Meiseken“**  
von Hans A. Kihn  
Hauptrollen: Asta Nielsen, Maria Paudler, Hermann Picha  
**UT. Hainstr. 19**  
4.30 6.30 8.30  
Nur für Erwachsene

Aus dem



**Zur Schulentlassung**

<b>Kleider</b> aus reinwooll. Popeline schw. und weiß ..... 13 <sup>00</sup> 18.00 16.00	<b>Blaue Anzüge</b> aus sehr guten Meltonstoffen u. Gehobol ein- und zweireihig, in bester Aus- führung und Haltbarkeit... 29 <sup>00</sup> 52.- 46.- 40.- 38.- 34.- 31.-
<b>Kleider</b> aus Crepe de Chine, Solenne, weiß, reich gefächelt, 40.00 26.00	<b>Farbige Anzüge</b> in modernster Ausfertigung und guten tragfähigen Qualitäten ..... 22 <sup>50</sup> 56.- 54.- 52.- 48.- 46.- 40.- 36.- 32.- 26.-
<b>Kleider</b> aus schwarzem Samt, flotte Formen ..... 27 <sup>50</sup>	<b>Blaue Manchester- Anzüge</b> in Sportform, mit Interzele Hose, in sehr feiner, amer. Ausführung ..... 34 <sup>00</sup> 39.-
<b>Mäntel</b> aus gemustert. Herren- stoffen, Impé. .... 15 <sup>50</sup> 16.50 16.00	
<b>Mäntel</b> aus modernem Stoffe ..... 16 <sup>00</sup> 26.50 22.00	
<b>Mäntel</b> aus reinwoollen. Stoffe, elegante Verarbeitung . . . 21 <sup>00</sup> 32.00 27.50	

Schuhwaren, Wäsche, Hüte usw.  
in bekannter Qualität zu billigsten Preisen.

**Konsumverein**  
Leipzig-Plagwitz und Umgegend  
e. G. m. b. H.  
Plagwitz-Bindenau, Josephstraße 44-46  
Reudnitz, Dresdner Straße 55  
Abgabe nur an Mitglieder

**Kaufe in der Selbsthilfe**

**6% Auf alle Lebensmittel Rückvergütung**

**Sonderangebot:**  
Solange Vorrat reicht:

Schweineschmalz amerikanisch ..... Pfd. 78	Pilawen mit Stein ... 3-Pfd.-Dose 75
Margarine lose ..... Pfd. von 60 an	Junge Schnitzbohnen 2-Pfd.-Dose 70
Himbeer- und Aprikosenmarmelade mit Apfel 2-Pfd.-Elmer 1.00	Gem. Gemüse (Allerlei) 2-Pfd.-Dose 85
Vierfruchtmarmelade 1. Wasser- 50	Stangen-Limburg, Käse 1st. Pfd. 60
Elermakkaroni lose ..... Pfd. 50	Anker-Cichorie 15
	Zucker gemahlen ..... Pfd. 29

und alle übrigen Lebensmittel zu billigsten Tagespreisen,  
in den bekannten Verkaufsstellen

Neueröffnete Verkaufsstelle  
**Lindenau, Gundorfer Straße 21**

**Fort mit Korkstiefel!**

Beinverkürzungen jeder Art werden durch unser Spezial-System vollkommen und unauflöslich ausgeglichen (Gang elastisch, bequem und leicht Jeder Ladenstiefel - auch der eleganteste Halbschuh - verwendbar. Spezialanfertigung orthoädischer Stütz-Apparate für Lähmungen, Bein- und Fußmüdigkeiten; Senkfußlagen nach Maß, vielseitig bewährt und ärztlich anerkannt

Unser Spezialist, Herr Strelkowski, ist vom 25. bis 28. 2. vorm. 8 Uhr bis abends 7 Uhr, in Leipzig im Hotel Monopol  
Auf Wunsch Besuch; Unterrichtung kostenlos und unverbindlich

**EXTENSION** Frankfurt-M.-Eschersheim  
Gegründet 1903





Die Klage der Unabhängigen

Die Landesleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens, vertreten durch ihren Vorsitzenden Johann Hirschmeier, hat unterm 7. Februar beim Staatsgerichtshof durch ihren Prozeßbenachmächtigten Klage erhoben und beantragt, zu erkennen:

- 1. § 14 Abs. 8 des Landeswahlgesetzes für den Freistaat Sachsen, in der Fassung vom 6. Oktober 1926 und § 20 Abs. 2 der Landeswahlordnung vom 6. Oktober 1926 verstoßen gegen Artikel 17 der Reichsverfassung;
2. § 26 Abs. 4 der Gemeindevahlordnung vom 15. Oktober 1926 verstößt gegen Artikel 17 der Reichsverfassung.

Zur Begründung wird u. a. gesagt: Die Antragstellerin besteht als politische Partei seit dem Jahre 1927. Sie besitzt eine Reichsorganisation mit dem Sitze in Berlin und für Sachsen eine Landesorganisation mit dem Sitze in Leipzig. Vorsitzender der Landesorganisation Sachsen ist Johann Hirschmeier in Leipzig, Fischelstraße 51; Vorsitzender der Reichsorganisation ist Rechtsanwalt Theodor Liebnecht in Berlin N 4, Chausseestraße 121. In Sachsen finden sich Vertreter in den Gemeindeförperschaften in Postleitzahl bei Schandau und Tirschau. Bis 31. Dezember 1926 war Johann Hirschmeier als Vertreter der Partei Mitglied des Leipziger Stadterordnetenkollegiums.

1. Zu Antrag 1: Durch das Gesetz zur Aenderung des Landeswahlgesetzes vom 6. Oktober 1926 sind in § 14 des Landeswahlgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 4. Oktober 1926 neue Absätze 7 und 8 hinzugefügt worden. Der hier interessierende Absatz 8 lautet:

„Wahlvorschlüge einer Partei, die im letzten Landtag nicht vertreten gewesen ist, sind nur zuzulassen, wenn diese Partei spätestens am Neunzehnten Tage vor dem Wahltag beim Landeswahlleiter den Betrag von dreitausend Reichsmark eingezahlt hat. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn der Partei bei der Verteilung der Abgeordnetenplätze (§ 27, 50 und 51) mindestens ein Sitz zugewiesen worden ist; andernfalls verfällt er zugunsten der Staatskasse.“

Diese Bestimmung verstößt gegen Artikel 17 der Reichsverfassung.

Zur Begründung genügt es darauf zu verweisen, daß in den Urteilen StGH 6/1927, StGH 8/1927 und StGH 12/1927 der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zum Ausdruck gebracht hat, daß die Forderung einer Geldzahlung bei Einrichtung von Wahlvorschlügen gegen Artikel 17 der Reichsverfassung verstößt, daß es dem Grundgedanken des Verfassungsrechts der Deutschen Republik widerspricht, die Ausübung des Wahlrechts, des höchsten staatsbürgerlichen Rechts, irgendwie von einer vermögensrechtlichen Leistung abhängig zu machen.

Der Staatsgerichtshof führt namentlich in dem Urteil StGH 12/1927 fort, daß jeder Versuch in dieser Richtung zurückgewiesen werden müsse.

2. Zu Antrag 2: Auf Grund des § 22 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung vom 15. Juli 1925 hat das Sächsische Ministerium des Innern unter dem 15. Oktober 1926 im Sächsischen Gesetzblatt vom 18. Oktober 1926 S. 397 ff. bekanntgegeben, die Wahlordnung vom 15. Oktober 1926 erlassen. In dieser Gemeindeordnung ist in § 26 Abs. 4 ff. bestimmt:

„Wahlvorschlüge, die nur Personen auführen, die der letzten Gemeindevorordneten-Körperschaft nicht angehört haben, oder Wahlvorschlüge einer Partei, die in der letzten Gemeindevorordneten-Körperschaft nicht vertreten gewesen ist, sind nur zuzulassen, wenn spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag beim Gemeindevahlleiter ein Vorbehalt eingezahlt wird, dessen Höhe für jeden Unterzeichner des Wahlvorschlages 3 RM beträgt. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn dem Wahlvorschluge bei der Verteilung der Gemeindevorordnetenplätze mindestens ein Sitz zugewiesen worden ist; andernfalls verfällt er zugunsten der Gemeindekasse. Diese Vorschrift gilt nicht, wenn nur einer der eingerichteten Wahlvorschlüge den Vorschriften in Absatz 1—3 und in § 27 entspricht.“

Auch für diese Bestimmungen gelten hinsichtlich ihrer Richtigkeit die Ausführungen, die unter 1. dieser Klageschrift hinsichtlich des § 14 des Landeswahlgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 4. Oktober 1926 gemacht worden sind.

3. Durch die angefochtenen gesetzlichen Bestimmungen ist die Antragstellerin sowohl bei den sächsischen Landtagswahlen vom 31. Oktober 1926, als auch bei den sächsischen Gemeindevahlen vom 13. No-

vember 1926 beschwert worden. Die Einreichung der Wahlvorschlüge für die Landtagswahlen konnte, obwohl die vorgeschriebenen 500 Unterschriften beigebracht waren, nicht erfolgen, weil der Betrag von 3000 RM nicht aufgebracht werden konnte.

Aus den gleichen Gründen sind Wahlvorschlüge für die Gemeindevahlen an verschiedenen Orten, u. a. in Freiberg i. Sa., zurückgewiesen worden. Die Antragstellerin ist daher durch die unzulässigen gesetzlichen Bestimmungen beschwert.

Zu dieser Klageschrift haben die Unabhängigen folgende Ergänzung eingereicht:

Es wird dahin erkannt: 1. Die am 31. Oktober 1926 stattgegebene Wahl des Sächsischen Landtags ist ungültig.

2. Das Gesamtministerium des Landes Sachsen ist verpflichtet, die Neuwahl des Sächsischen Landtags gemäß den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 6. Oktober 1926 herbeizuführen.

Wenn gemäß dem Antrage unter 1. die Bestimmung in § 14 Abs. 8 des Landeswahlgesetzes für den Freistaat Sachsen und § 20 der Landeswahlordnung für ungültig erklärt wird, so ergibt sich meines Erachtens nach aus dieser Tatsache die Folge, daß eine Neuwahl des Landtages stattfinden muß.

Zwar hat in der Streitfrage gegen das Land Mecklenburg-Strelitz — StGH 6/1927 — der Staatsgerichtshof einen das gleiche Ziel verfolgenden Antrag abgelehnt mit der Begründung, die Folge aus der festgestellten Ungültigkeit zu ziehen sei zunächst nicht Sache des Staatsgerichtshofs, sondern der dazu berufenen Landesstellen. Die Begründung des Staatsgerichtshofs, die offenbar auf der Anschauung ruht, daß der Staatsgerichtshof oft nur bei Verfassungstreitigkeiten angerufen werden könne, eine Streitigkeit aber solange nicht vorliegt, als die Landesinstanzen gesprochen haben, erscheint mir formalistisch und vor allen Dingen vom Standpunkte der Prozeßökonomie unangebracht.

Neuer Krach unter den Koalitionsbrüdern

Der Kampf um den Finanzausgleich.

Es vergeht keine Woche, in der nicht von einem häuslichen Streit der an der Feldt-Koalition beteiligten Parteien berichtet werden muß. Einmal sind es die Aufwörter, die Sturm laufen gegen irgendwelche Verordnungen der Regierung. Ist dieser Streit so einigermaßen geschlichtet, dann fallen wieder die Deutschnationalen oder die Wirtschaftsparteiler aus der Rolle und verlangen

Heute im Felsenkeller: H. Amon: Mein Weg vom Franziskanerpater bis zum Sprecher der Freirelig. Gemeinde. Mittwoch, 29. Februar, im Volkshaus.

Neues Theater. Augustabend, den 23. Februar 1928. Oper in 4 Akten, nach dem gleichnamigen Roman von E. Dumas und L. Halévy. Musik von Georges Bizet. Aufführung: Helma Hofmann. Personen: Escamillo, Escorialer (Joh. Lindner);...

Altes Theater. Richard-Wagner-Abend, den 23. Februar 1928. Opernabende. Schlußspiel in drei Akten von Bruno Brand. In Szene gesetzt von Fritz Schindler. Personen: Albert (Herr Schindler);...

Weißwand. Heute bis Sonntag, ab 5 Uhr: Ein ganz erstklassiges Programm. Zwei unterm Himmelszelt. nach dem weltberühmten Roman der Berliner illustrierten Zeitung von Ludwig Wolff. In den Hauptrollen: Margarete Schlegel, Ernst Deutsch, Margit Barnay, Hugo Flink usw. Ein glänzendes Filmwerk Ein Gaunerstreich auf der Fellon-Farm. Ein Drama aus dem wilden Westen. In der Hauptrolle Tom Tyler. Ank. Vorstellungen 5,00, 7,15 u. 8,30.

Leigwaren. aus eigenen Fabriken der deutschen Konsumvereinsmitglieder sind Erzeugnisse von höchster Güte garantiert rein und preiswert. Vorrätig sind: Schnittnudeln, Spaghetti, Eierfadennudeln, Fadennudeln, Makkaroni, Suppeneinlagen, Eierschleischen. Nur Konsumvereinsmitglieder erhalten diese in ihrem Konsumverein. Abgabe nur an Mitglieder.

Schauspielhaus. Gastspiel: Die Fledermaus. Donnerstag, den 23. Februar 1928, 8 Uhr. Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält? Komödie in drei Akten von N. S. Maugham. Deutsche Bühnenbearbeitung von Fritz Hoff. In Szene gesetzt von Wilhelm Weichold. Personen: Constance (Esther Langefeld);...

Neues Operntheater. Heute Donnerstag, den 23. Febr. 8 Uhr. Letzte Aufführung des Welterschlagers „Frühling in Heidelberg“. Freitag, den 24. Februar, 8 Uhr: Uraufführung ausverk. durch den Schuß. Lesozirkel Yvette und ihre Freunde.

Yvette und ihre Freunde. Operette in 3 Akten von Michael Krauss unter persönlicher Leitung des Komponisten u. Anwesenheit des Librettisten Rudolf Oesterreicher. Vorverkauf ab 10 bis 1/2 Uhr und von 5 Uhr ab an der Theaterkasse. Preise der Plätze 1 Mk. bis 6,50 Mk.

Seidel-Sänger Singspiele. Thomaskirchhof 10. Telefon 2011. Täglich abends 8 Uhr. Seidel-Sänger Martin Mühlau als Musikalischer Gastwirt. Das heisst S.S.S. - Trio Das Kind mit den zwei Müttern. Eine derartige Vielsittigkeit nur bei den Seidel-Sängern!

Theater Battenberg. Anfang 8 Uhr. Parson 276 29. Nach gewonnenem Prozeß Die Sensation von Leipzig. „Prinz Domela“. Morgen Von Herz zu Herz.

Grüne Schöne. Morach Ball. Stadl-Ligen. Freitag und Ball Sonntag Ball.



# Maschinenland Sachsen

## Werkzeugmaschinen

### Vorschau auf die Messe

Die Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinen-Schau-G. m. b. H. in Charlottenburg veranstaltet auf dem Ausstellungsgelände in Halle IX in der Zeit vom 4. bis 14. März die diesjährige

Maschinenindustrie mit wesentlich günstigeren Ergebnissen herauskommen werden, als sie für 1926 verzeichneten. Die jetzt gelegentlich der Metallarbeiterkämpfe so ausgiebig klagenden Maschinenfabriken haben im vergangenen Jahre größtenteils ihre Rationalisierung zu Ende gebracht. Je höher das Maß war, in dem diese vorgenommen werden mußte, um so geringer sind die auszuweisen, die offenen Gewinne der Unternehmungen zu erwarten. Deshalb wird derjenige, der über die wirtschaftliche Lage der Maschinenindustrie ins Klare kommen will, gedrängt sein, die herauszukommenden Bilanzen besonders genau anzusehen. Eins ist jedenfalls schon mit absoluter Sicherheit festzustellen:

Die Maschinenindustrie hat in den vergangenen Jahren auf Kosten ihrer Arbeiter ihre Konkurrenzfähigkeit gewaltig gesteigert, sie hat alle Voraussetzungen dafür geschaffen, zukünftig für ihre kapitalistischen Interessenten die höchsten Profite zu erzielen.

Wir lassen nunmehr eine Liste der an der Messexposition der genannten Maschinenverbände beteiligten Firmen aus Leipzig und seiner nächsten Umgebung und eine weitere Liste der übrigen sächsischen Aussteller folgen.

### Die Leipziger Aussteller

Bitterling, Richard, Wahren, Holzbearbeitungsmaschinen. Deutsche Holzbearbeitungsmaschinenfabrik Jacobi u. Elshorn, Zöcher, Anton, Holzbearbeitungsmaschinen. Fikentscher, S., Tischlermaschinen. Franz u. Mohmann, Spezialbohrer. Huns, Carl, Böhmisch-Ehrenberg, Schleifmaschinen. Kitzner u. Co., A.-G., Sägewerks- und Holzbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 6 105 000 Mk. Zuleßt 6 Prozent Dividende. Köllman-Werke, G. m. b. H., Fräsmaschinen. Lorenz u. Kitzner, Böhmisch-Ehrenberg, Holzbearbeitungsmaschinen. Maschinenfabrik Kiebling, Aktiengesellschaft, Säge- und Holzbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 1 Million Mark. Zuleßt (1925) 5 Prozent Dividende. Meißelbach Nachf., Aug., Schneidfluppen. Müller u. Montag, G. m. b. H., Fräsmaschinen. Müller-Werkzeugmaschinenfabrik, A.-G., Wahren, Drehbänke. Aktienkapital 3 480 000 Mk. Zuleßt (1925) 7 Prozent Dividende. Selp-Werke vorm. Stoll u. Elshorn A.-G., Tischlermaschinen. Aktienkapital 420 000 Mk. Zuleßt ohne Dividende. Trommer, Paul, Martranzschütz, Holzbearbeitungsmaschinen. Vereinigte Maschinenfabrik technischer Holz u. b. H. Roten-Werke, A.-G., Drehbänke, Fräsen, Schaping- und Schleifmaschinen. Aktienkapital 4 971 000 Mk. Zuleßt ohne Dividende.

### Die übrigen sächsischen Aussteller

Bachmann u. Labwig, A.-G., Chemnitz, Holzbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 1 812 000 Mk. Letzte Dividende (1925) 12 Prozent. Biernacki u. Co., Chemnitz, Fräsmaschinen. Dolze u. Stotta, G. m. b. H., Coswig, Drehbänke. Drehscheibe-Maschinenfabrik Bernhart Fischer, Dresden. Elbe-Werke Hermann Haebig, A.-G., Dresden u. Reich, Holzbearbeitungsmaschinen und andere Maschinen. Aktienkapital 405 000 Mk. Erzgebirgische Schnittwerkzeug- u. Maschinenfabrik, G. m. b. H., Schwarzenberg. Escher, Hermann u. Alfred, A.-G., Chemnitz, Werkzeug- und Blechbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 2 140 000 Mk. Letzte Dividende (1925) 8 Prozent. Hölzer u. Co., G. m. b. H., Freital, Vorkappell, Drehbänke. Glöh, Bernhard, Chemnitz, Drehbänke. Göh, Gebr., Lauter, Plessen und Scheren. Hainberger Maschinenfabrik Ernst Graf, A.-G., Dresden. Hainberg, Holzbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 250 000 Mk. Händel u. Reichel Dresden, Sägemaschinen. Hiltner-Werke A.-G., Dresden, Bohrmaschinen. Aktienkapital 2 600 000 Mk. Zuleßt keine Dividende. Hiltmann, Bernhard, Aue i. Erzgeb., Schlitze und Stangen. Hiltmann u. Lorenz, A.-G., Aue i. Erzgeb., Pressen und Scheren. Aktienkapital 1 800 000 Mk. Zuleßt (1925/27) 8 Prozent Dividende. Hoffmann, Carl, Aue i. Sa., Sägewerksmaschinen. Kitzner, Erdmann, Aue i. Erzgeb., Blechbearbeitungsmaschinen. Kreher Söhne, C. W., Döbernhau, Holzbearbeitungsmaschinen. Lautermann u. Söhne, S. L., Morgentruhe, Rautenfranz, Plessen. Liebert u. Gürtler, Döbernhau, Drehbänke. Liebig u. Rudwig, Dresden, Scheren und Stangen. Maschinenfabrik Kappel, A.-G., Chemnitz, Sägewerks- und Holzbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 3 607 000 Mk. Maschinenfabrik u. Eisengießerei „Druidenan“, G. m. b. H., Aue i. Sa., Drehbänke. Maschinenfabrik u. Eisengießerei Gebr. Rein, G. m. b. H., Pirna, Sägewerksmaschinen. Metz-Industrie, G. m. b. H., Reichenbach und Werdau, Holz- und Leinwandwerkzeuge. Mauersberger u. Freitsh, Kassen u. Scheren. Pfauter, Hermann, Chemnitz, Fräsmaschinen. Reinecker, J. C., A.-G., Chemnitz, Gabeln, Fräsmaschinen und Drehbänke. Aktienkapital 7 200 000 Mk. Letzte Dividende (1925/26) 4 Prozent. Reischer u. Elshor, Altmittweida, Fräsmaschinen. Sachsenwert, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft, Rieder-Edelich, Elektromaschinen. Aktienkapital 11 750 000 Mk. Letzte Dividende (1926) 6 Prozent. Sächsische Fräsmaschinenfabrik, G. m. b. H., Chemnitz-Ebersdorf. Sächsische Regulator- und Maschinenfabrik Gornig u. Seewitz, Dresden, Sägemaschinen. Sächsische Schrauben- u. Mutterfabrik Gebr. Hilbner, Chemnitz, Pressen und Schneidmaschinen für Schraubenfabrikation. Seifert u. Co., Otto, Döbernhau, Sägewerks- und Holzbearbeitungsmaschinen. Sondermann u. Stier, A.-G., Chemnitz, Dreh- und Bohrmaschinen. Aktienkapital 1 1 Million Mark. Zuleßt ohne Dividende. Spara-Maschinen-Werke, Birkwisch b. Dresden, Schneidfliegen. Aktienkapital 99 000 Mk. Zuleßt ohne Dividende. Stahl-Werke A.-G., Dresden, Drehbänke. Aktienkapital 1 288 000 Mk. Zuleßt ohne Dividende. Schmidt, S. F., Chemnitz, Fräser, Gewindebohrer, Reibahlen, Federn. Schönherr, Dr. Rudolf, Schmitzwerke, Chemnitz, Fräsen. Schützler Aktiengesellschaft, Chemnitz, Drehbänke und Fräsmaschinen. Aktienkapital 1 1 Million Mark. Zuleßt ohne Dividende. Zimmer, Gebirder, Döbernhau, Pressen und Stangen. Wauerer-Werke A.-G., Schönau b. Chemnitz, Fräsmaschinen. Aktienkapital 15 734 000 Mk. Zuleßt (1925/26) 12 Prozent Dividende. Werkzeugmaschinenfabrik „Anton“ (vorm. Diehl), Chemnitz, Bohrwerke. Aktienkapital 1 4 Million Mark. Letzte Dividende (1927) 8 1/2 Prozent. Rastig, Georg, Dresden-Lößtau, Schrauben- und Muttermaschinen. Zwiflauer Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Rieder-Edelich u. A., Blech- und Metallbearbeitungsmaschinen. Aktienkapital 1 3 Million Mark. Zuleßt ohne Dividende.

um jeden Preis Erfüllung irgendeiner ihrer Forderungen. Neuerdings sind es nun die sächsischen wachsenden Demokraten, die sich eine kleine Extratour erlauben, allerdings nur bei Beratungen des Rechtsausschusses. Bei der bekannten „Grundgesetzlichkeit“ dieser Leute und dem besonderen Gesicht des sächsischen Ministerpräsidenten, seine sechs Männlein an der Spitze zu halten, ist damit zu rechnen, daß bei weiteren Beratungen über das Schuländerungsgesetz die Vertreter der demokratischen Landtagsfraktion umfallen und sich dem Willen der Koalitionsbrüder fügen.

Die Sitzung des Rechtsausschusses mußte bei den Verhandlungen über das Änderungsgesetz für 1928 sogar unterbrochen werden, weil die Koalitionsparteien auseinanderfielen und mit den Stimmen der Linken und der Demokraten ein Antrag Annahmefund, der die in der Regierungsvorlage vorgesehene Verleihung von Lehren wesentlich beschränkt. Mit den gleichen Stimmen fand ein Antrag der Linksparteien Annahme, nach dem die wesentliche Höchstzahl der Volksschullehrer auf 28 und für jene Lehrer, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, auf 30 Stunden festgelegt wurde. In letzterem Falle will die Regierungsvorlage das 45. Lebensjahr gelten lassen; die Regierung führt dafür die entstehende finanzielle Mehrbelastung ins Feld. Im gleichen Ausmaß wurde ein Antrag des Volksparteilers Köllig abgelehnt, der eine Differenzierung von Volks- und Berufsschullehrern erhebt; dem gleichen Schicksal verfiel ein Antrag des Volksparteilers Hiltmann, der die für die Volksschullehrer beschlossene Altersgrenze von 40 Jahren auch auf die an höheren Schulen tätigen Lehrer angewendet wissen will. In der Gesamtabstimmung wurde die Regierungsvorlage mit den von der Linkspartei vorgelegten Abänderungen gegen die Stimmen der Koalitionsparteien, ausschließlich der Demokraten, angenommen.

Die Deutschnationalen nehmen inzwischen Veranlassung, in einer in der Presse veröffentlichten längeren Erklärung gegen die Haltung der Demokraten zu protestieren und verlangen eine unbedingte Korrektur der im Rechtsausschuß gefassten Beschlüsse, wenn der Bestand der Koalition, oder besser die Futtertruppe, nicht gefährdet sein soll.

In derselben Sitzung des Rechtsausschusses wurde über einen sozialdemokratischen Antrag zur Neuregelung des Finanzangelegenheiten abgestimmt. Die Koalitionsparteien waren für einen Protest gegen die Finanzpolitik des Reiches und die Benachteiligung Sachsens nicht zu haben und schienen den entsprechenden Teil des sozialdemokratischen Antrags ab. Einstimmig fand dann zwar die Forderung Annahme, in der vom Reich verlangt wird, in Zukunft die Interessen der Länder in gerechterer Weise zu wahren, doch wurde diese Forderung mit dem Verlangen verknüpft, die Steuerhöhe der Gemeinden wieder herzustellen. Letzteres Verlangen konnte die Sozialdemokratie nicht zustimmen. Abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden die Teile des sozialdemokratischen Antrages, die sich auf den Landesfinanzenausgleich, auf die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Lande und den Gemeinden beziehen. Damit brachten also die Koalitionsparteien zum Ausdruck, daß sie für keine stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungszahl bei der Verteilung der Gemeindefinanzanteile zu haben sind und weiter, daß sie sich gegen jede Erhöhung des völlig unzulänglichen Ausgleichs stokes wenden. Letzteres ist besonders deshalb interessant, weil bekannt ist, daß bis weit in die Reihen bürgerlicher Kommunisten hinein der sozialdemokratische Antrag als dringende Notwendigkeit empfunden worden ist.

### Die Zittauer Morgenzeitung zu Helldts Erklärung

Zu Helldts Erklärung in der Landtagsdebatte über die Auflösung des sächsischen Parlaments schreibt die Zittauer Morgenzeitung, also das Organ einer Regierungspartei:

„Helldt verlas eine ellenlange Erklärung, die namentlich darauf herunterließ, daß das Reichsministerium des Innern die sächsischen Bestimmungen gegen die Splitterparteien einstweilen für zulässig und bedenkensfrei erklärt hat, daß aber diese gutachtliche Ansicht des Reichsinnenministeriums durch das Urteil des Staatsgerichtshofes beiseitegeschoben und aufgehoben worden ist, erwähnte der Ministerpräsident nicht.“

Wir fügen dem hinzu: die Zittauer Morgenzeitung hat ganz recht, sie hätte aber erwähnen müssen, daß ihr Parteigenosse, der Demokrat Dr. Senfert, jene Erklärung des Ministerpräsidenten im Auftrage der Demokraten und der übrigen Regierungsparteien dictierte.

### Ersparte Blamage

Die große Empfindlichkeit der Reichswehr gab schon oft zur Kritik, aber ebenso oft zu Gelächter Anlaß. Nicht nur unzulässige Privatverurteilungen, sondern auch die Verantwortung der Presse wurden wiederholt von den Wehrkreiskommandos vor den Audi-Zitrieren. Unzulässig war der Verantwortliche unseres Soldaterversorgungsamtes wieder einmal dran. Er sollte die Reichswehr in einem Artikel beleidigt haben, der anlässlich der fünfjährigen Wiederkehr der Befreiung Sadowas im vorigen Volksblatt veröffentlicht wurde. Die Reichswehr — oder vielmehr ihr Dresdener Kommando — empfand die Bezeichnung „witlen“ für das Verhalten der Besatzungstruppen im höchsten Grade als beleidigend. Genosse Victor hatte sich bereits auf die Erbringung eines umfangreichen Wahrheitsbeweises in dieser Sache gesetzt. Da findet sich eine Staatsanwaltschaft, die durch Beschluß das Verfahren einstellt. Ob sie etwa gar der Auffassung war, daß es in diesem Falle keine Vorbeeren für den Kläger zu ernten gab? Oder sollte man von anderer Stelle, um sich eine Blamage zu ersparen, den Rückzug gewünscht haben?

### Schweres Unglück beim Abbau Carrasani

21 Chemnitz, 22. Februar.

Im Zirkus Carrasani, der sein heiliges Gaspiel beendet hat und im Abbau begriffen ist, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, bei dem 2 Arbeiter aus 16 Meter Höhe in die Tiefe stürzten. Das Unglück geschah dadurch, daß sich die Verantwortliche, wodurch das Gerüst ins Schwanken geriet. 2 auf dem Gerüst befindliche Arbeiter stürzten in die Tiefe und erlitten schwere Schädelverletzungen. Ein Arbeiter war sofort tot, der andere erlitt so schwere Verletzungen, daß er nicht mit dem Leben davontommen dürfte.

Demokratische Wahlvorbereitungen. Der Parteivorstand und die Landtagsfraktion der Demokratischen Partei in Sachsen haben beschlossen, wenn der Wahltermin endgültig feststeht, den Wahlkampf mit einem Landesparteitag und einer großen programmatischen Kundgebung zu eröffnen.

Dresden. Eine süße Beute. Schulkinder beobachteten an einem Vormittag, wie zwei Männer drei Kisten mit Zuckerwaren von einem Handwagen abladen. Es stellte sich heraus, daß die Kisten gestohlen waren. Insgesamt hatten die Diebe über drei Zentner Zuckerwaren und Schokolade gestohlen.

Dresden. Erziehungsbeihilfen. Im Stadtverordnetenrat wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht und dem Finanzauschuß überwiesen, der Erziehungsbeihilfen und Schulgeld- und Vermittlungsstellen für begabte Kinder aus minderbemittelten Kreisen fordert, damit diesen Kindern die Möglichkeit geboten werden kann, höhere Lehrausbildung zu besuchen.

### Über die sächsische Maschinenindustrie

Über die sächsische Maschinenindustrie gibt natürlich das Ausstellerverzeichnis dieser Messexposition nur Auskunft in dem oben betonten engen Rahmen, in dem auch nicht im entferntesten alle sächsischen Maschinenfabriken Platz gefunden haben. Es würde nun eine sehr zeitraubende Untersuchung erfordern, festzustellen, ob dasjenige, was wir über die Struktur der sächsischen Maschinenindustrie im Rahmen der Ausstellung feststellen können und im folgenden mitteilen, typisch ist für die gesamte sächsische Maschinenindustrie. Aber wenn das auch nur bedingt zutreffen sollte, sind diese Feststellungen doch von erheblichem Interesse.

Von den 62 in dieser Messexposition zusammengefaßten sächsischen Firmen sind 31, also genau die Hälfte, Privatfirmen. Neben diesen stehen 21 Aktiengesellschaften und 10 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Da im allgemeinen die Form der öffentlichen Gesellschaft für Unternehmungen erst dann gewählt wird, wenn die Unternehmungen bereits eine ziemlich erhebliche Größe erreicht haben, so darf man aus diesen Zahlen schließen, daß — nach der wirtschaftlichen Bedeutung gemessen — die sächsische Maschinenindustrie

### bereits überwiegend die Form der Privatunternehmung vorzuziehen

hat. Damit hat sich in der sächsischen Maschinenindustrie eine Entwicklung vollzogen, die die viel berufene und angeblich unerschöpfbare Unternehmerinitiative ausschaltet und an die Spitze der Unternehmungen einen Staat von Technikern und Kaufleuten bracht, die meist nur als Angestellte, wenn auch zum Teil hochbezahlte, zu betrachten sind, jedenfalls aber als Beauftragte und nicht selbst als Kapitalisten in entscheidendem Umfang beteiligt.

Das Aktienkapital der einzelnen Gesellschaften schwankt stark zwischen nur 30 000 Mk. bei der Spara-Maschinen-A.-G. in Birkwisch bei Dresden und 15,7 Millionen Mark bei den Wanderer-Werken in Chemnitz. Der Fall Spara-A.-G. ist aber ganz vereinzelte. Die nächst größere Aktiengesellschaft hat bereits 250 000 Mk. Aktienkapital, dann folgen Aktiengesellschaften mit 405 000 und 420 000 Mk., und die fünfkleinsten Aktiengesellschaften erreicht bereits die Million.

Insgesamt verfügen die 21 Aktiengesellschaften über ein Aktienkapital von 69,4 Millionen Mark, so daß auf die einzelne Unternehmung durchschnittlich 3,3 Millionen Mark entfallen. Damit ist die Größenordnung der sächsischen Maschinenindustrie (immer wieder sei betont: im Rahmen der erwähnten Ausstellung) einigermaßen bestimmt.

Die Erträge im sächsischen Maschinenbau lassen nach den Dividendenangaben „viel zu wünschen übrig“. Diese betreffen aber im allgemeinen das Jahr 1926, das Jahr der Krise: Für 1927, das Jahr der Hochkonjunktur, sollen die Abschlässe erst noch herauskommen. Es ist aber immerhin beachtenswert, daß die Bitter-A.-G. in Leipzig für 1926 7 Prozent Dividende verteilte konnte, die Bachmann u. Labwig-A.-G. in Chemnitz 12 Prozent, die Elshor-A.-G. in Chemnitz 8 Prozent, die Hiltmann u. Lorenz-A.-G. in Aue für 1926/27 8 Prozent, die Reinecker-A.-G. in Chemnitz 4 Prozent, das Sachsenwert 6 Prozent und die Wandererwerke in Chemnitz 12 Prozent. Wesentlich beachtlicher, weil ausschlagreich für das, was im Jahre 1927 erzielt wurde, ist aber der eben veröffentlichte Abschluß der

### Werkzeugmaschinenfabrik Union (vorm. Diehl) in Chemnitz

Diese Firma ist ein Spezialunternehmen für Bohrwerke. Der Geschäftsbericht für 1927 teilt mit, daß der Umsatz in diesem Jahre gegenüber dem Jahre 1926 „beträglich vergrößert“ werden konnte. „In das neue Jahr (1928) konnte ein Auftragsbestand übernommen werden, der auf eine Reihe von Monaten volle Beschäftigung sichert.“ Es ist nun bezeichnend, daß die Verdreifachung des Umsatzes mit einer nur ganz geringfügigen Mehraufwendung für Steuern und soziale Abgaben erreicht werden konnte. Diese haben im Jahre 1926 insgesamt 77 562 Mk. betragen und sind im Jahre 1927 nur auf 80 380 Mk. gestiegen. Diese Zahlen gestatten einen ziemlich sicheren Rückschluß auf die Arbeiterzahl, mit der die Verdreifachung des Umsatzes erreicht wurde. Offenbar ist die Arbeiterzahl der Werkzeugmaschinenfabrik Union nur geringfügig vermehrt worden, das heißt, daß eine geradezu unerhörte Leistungsteigerung pro Arbeiter eingetreten ist.

Es ist nicht weniger bezeichnend, daß einem verdreifachten Umsatz nur eine Steigerung des sogenannten Fabrikationsgewinns von 229 000 auf 399 000 Mk. gegenübersteht. Die Firma, die erhebliche Verbesserungen „in technischer Beziehung“ vorgenommen hat, hat die Kosten dieser Rationalisierung offenbar in hohem Maße bereits vorab aus dem Fabrikationsgewinn gedeckt. Trotzdem vermag sie einen Reingewinn aufzuweisen, der mit 101 000 Mk. in gar keinem Verhältnis mehr steht zu den nur 2500 Mk. des Jahres 1926. Für die Firma, die im Jahre 1925 auf die Stammaktien 5 Prozent Dividende verteilte, und im Jahre 1926 dividendenlos blieb, ergibt sich die Möglichkeit, ihre Dividende für das Jahr 1927 auf 8 1/2 Prozent zu heben.

Einen solchen Abschluß wird zur Freude ihrer Aktionäre nicht jede Aktiengesellschaft des sächsischen Maschinenbaues für 1927 vorlegen können. Es ist aber anzunehmen, daß im Laufe der nächsten Wochen und Monate auch die andern Aktiengesellschaften der





# TATSACHEN

Unsere Mischungswerkstatt wurde wegen ihrer berühmten Leistungen in der letzten Zeit von folgenden Delegationen studiert:

- =Fabrikationsleiter des schwedischen Tabakmonopols
- =Delegierter Ingenieur des türkischen Tabakmonopols
- =Generaldirektor der polnischen Tabakregie
- =Delegation des Picardo-Konzerns, Buenos-Aires
- =Inspektor der österreichischen Tabakregie
- =Delegation des Veado-Konzerns, Rio de Janeiro
- =Delegierter der französischen Tabakregie
- =Delegation der italienischen Tabakregie

und viele weitere Delegationen aus Brüssel, Oslo, Kopenhagen, Amsterdam, Pernambuco usw.

Diese Tatsache beweist bereits die überragende Anerkennung der Fachleute aus allen Weltteilen für die Werkstatt der

REEMTSMA  
CIGARETTEN

# OVA

im  
**Amsterdamer Format**

**5** Pf.





**Günstige Kaufgelegenheit für Messvermieter Gastwirte Hoteliers**

# Riesenwarenkatalog



Römer mit Brillenfuß 3-Sonnen-Schiff 50  
 Bierglas, 1 l. Goldrand, 3 Stk. 50  
 Römer mit Brillenfuß 3-Sonnen-Schiff 28



Kaffeefilter Nummer 85  
 Kaffeefanne, 1 1/2 Liter, weiß emailliert 100



Nadendeckel mit Ebenholz-Schalen, gute Solina 95  
 Berliner Beistek, aus Solinger Stahl 50



Badwanne 100  
 Solistopf, 35 cm Ø 350  
 Gürtel, 24 cm, weiß emailliert m. fl. Beilern 100



Badwanne, Stielgut Metall, mit Goldrand 390

**Haushaltwaren**  
 Salzschüssel Porzellan, mit halben Obdeckeln, 1 große, 1 kleine 175  
 Waschbecken Stein, 95  
 Waschtisch weiß lackiert, m. wasserfeste, 625  
 Kompottschüssel über Keller, Glas, 50  
 Schüssel Glas, Schilberstein, 20 cm Ø 50  
 Likörservice Glas (Tablett mit Flasche und 6 Gläsern) 100  
 Kuchenteller groß, Glas, Schilberstein 100  
 Maschinentöpfe Aluminium, 1914 an, 225  
 Schüssel weiß emailliert, 35 cm Ø 100  
 Waschbecken weiß emaill., m. Kopf u. H., 82 cm 100  
 Kehrschaufel weiß emaill., 65 x 4, grün emailliert 50  
 Tablett vieredig, 36x27 cm, weiß emaill. 95  
 Alpaka-Kaffeelöffel gute Stahl, 25  
 Alpaka-Epflössel passend 50  
 Alpaka-Esmesser passend 100  
 Weingmaschine mit 2 Behältern, wasser, 3 Jahre Garantie 1450

**Papierwaren**  
 Tischtuch Krepppapier-Dama, ca. 120 cm breit 20  
 100 Kreppservietten weiß, gerand. 50  
 4 Kellner-Bonbütcher 95  
 6 Rollen Krepp-Klosettpapier 95  
 100 Speisefarten 100  
 100 Bierglas-Unterseher 100  
 1000 Gasthaus-Servietten 250

**Seifen etc.**  
 Salmiak-Terpentin-Seifenpulver mit Schüb., Marke Urs, ca. 1-1/2 Btl. 25  
 Paraffin- u. Linoleum-Wachs, weiß, Dose ca. 1 kg 95 1/2 kg 50 1/2 kg 35  
 Fensterleder gute Qualität 1.95 95  
 Reine Kernseife 5 Stk., evor. Algeel, helle ausgetrocknete Ware, ca. 1000 g 85  
 Der praktische Handboden-Reiniger Jauber-Mop m. Stiel u. Dose 1 Flasche Wolle, „Woolol“ auf 295

**Haushaltwaren**  
 Tasse mit Untertasse, Porzellan, weiß, mit kleinen Beilern 15  
 Tasse m. Untertasse, Porzellan, m. Goldrand 25  
 Abendbroteller Porzellan, weiß, 19 cm, m. klein. Beil. 20  
 Abendbroteller weiß, Porzellan, dick, 19 cm 38  
 Portions-Kaffee-Kanne Porzellan, weiß 60  
 Teller Porzellan, hell oder dunkel 50  
 Sauciere Porzellan, mit Goldrand 100  
 Bratenplatte Porzellan, mit Goldrand, 34 cm 165

Klosettbürste Rundkopf, Union 25  
 Klosettbürstengarnitur weiß Ind. 200  
 Auftrags-, Wisch- und Schrubbürste auf 50  
 Staubwedel mit Holzstiel 45  
 Waschkorb Weide, oval, 60 cm lg. 225  
 Spiegel mit breitem weitem Rahmen, 30x28 cm 100  
 Schnürbod Buche, lackiert 125  
 Wickelkasten Buche, lackiert 65



Butterkloche, Glas, neuzeit 50



Teeloch-halter, weiß, halber, ver. u. u., schwere mit Glas Ausfüh. 75  
 Teeloch-halter, weiß, mit Glas 32



Bücher-Römer mit grün. Glas 28  
 Wasserflasche mit Glas, 1/2 Liter geblüht, 50



Schüssel, Porzellan, 19, 21, 23 cm Ø zusammen 100  
 Butter u. Käse  
 Molke-Butter 1/2 Pfd. 88  
 Edamer Käse Pfd. 95  
 Schweizer Käse 1/2 Pfd. 1.35  
 Spitz gold 7 Stk. Pak. nur 50  
 Blauer 5 Stk.  
 Bismarck 5 oder 10 Stk.  
 Harzer Käse 20 Stk.



Margarine  
 Allein-Vorkauf für Leipzig  
 Deine Stütze Pfd. 50  
 Dobra Pfd. 57  
 Triumphator Pfd. 67  
 Feine Liebchen Pfd. 86  
 Kotastel Palmst. Pfd. 36  
 Tablett, Buche, lackiert, 20x40 cm 100  
 Weißbrot-Sterberbe, Porzell., dreifach, mit Blumen- oder Kantenbeleg 200



Brotkloche, oval, 2 kg, weiß emailliert 325

## Lebensmittel

### Frisch-Fleisch

Schwein	Rind	Lamm	Kalb	Gefrier-Fleisch
Fettes m. Schmel Pfd. 75	Kochfleisch Pfd. 85	Ragout Pfd. 88	Pfefferfleisch Pfd. 1.10	Kochfleisch Pfd. 50
Bauch mager Pfd. 85	Gehacktes m. Fett Pfd. 95	Kochfleisch Pfd. 96	Bratfleisch Pfd. 1.20	Gehacktes Pfd. 70
Keule Pfd. 95	Gulasch Pfd. 1.05	Rücken Pfd. 1.10	Rücken Pfd. 1.25	Gulasch Pfd. 90
Kottellets Pfd. 1.25	Schmorfil. ob. Kn. Pfd. 1.25	Keule Pfd. 1.15	Keule Pfd. 1.30	Schmorfil. ob. Kn. Pfd. 1.05

### Wild u. Geflügel

Hirsch-Kochfleisch Pfd. 48	2-Pfd.-Dose	Bayer. Pfefferlinge 95	2-Pfd.-Dose	Apfelsin 68
Zehnhüter ohne Fäden Pfd. 1.35	Jg. Schnittbohnen 65	Leipziger Allerlei mit Spargel und Morchel 95	2-Pfd.-Dose	Pflaumen 70
Gänse gebraten Pfd. 75	da. I. 78	Kohlraabi 50	2-Pfd.-Dose	ohne Stein 95
Puten Pfd. 95	Feine Stg.-Schnittbohnen 95	Splint 50	2-Pfd.-Dose	Birnen weiß, 1/2 Frucht 98
	Prinzbohnen Haricots 110	Brech-Spargel 2.18	2-Pfd.-Dose	Reineclauden 1.35
	verte, mittelfein 78	Stangen-Spargel 2.38	2-Pfd.-Dose	Mirabellen 1.35
	Erbsen m. Karotten 78	extra stark 2.96	2-Pfd.-Dose	Kirschen 1 Pfd.-Dose 88
	Erbsen m. Karotten 135	Karotten 25	2-Pfd.-Dose	Erdbeeren 1 Pfd.-Dose 85
	sehr fein 135	Junge Erbsen 78	2-Pfd.-Dose	Ananas 8 Scheiben 1.65
	Kaiser-Schoten 1.65	Erbsen sehr fein 1/2 Pfd.-D. 48	2-Pfd.-Dose	2-Pfund-Dose 1.65
	Tomaten-Purée dick eingekocht 58	Gemischtes Gemüse m. Spargel, Möhren, Karotten und getr. Erbsen, 2-Pfd.-Dose 68	2-Pfd.-Dose	Pfaff polz tr. in Erbsen sehr fein 2-Pfd.-Dose 118
	Wels-Kohl 45			
	Krauterkraut Dose 2.35			
	Pflaumen-Mus Pfund 35			

**Obst- und Gemüse-Konserven**  
 2-Pfd.-Dose  
 Jg. Schnittbohnen 65  
 da. I. 78  
 Feine Stg.-Schnittbohnen 95  
 Prinzbohnen Haricots 110  
 verte, mittelfein 78  
 Erbsen m. Karotten 78  
 Erbsen m. Karotten 135  
 sehr fein 135  
 Kaiser-Schoten 1.65  
 Tomaten-Purée dick eingekocht 58  
 Wels-Kohl 45  
 Krauterkraut Dose 2.35  
 Pflaumen-Mus Pfund 35

**Elektr. Karussell im 8. Stock Spielwaren-abteilung**

**Imbiß-Raum 4. Stock Riesenwurst mit Semmel 30 Pfennig!**



**Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut Kunststelle**

**Altes Theater.** Donnerstag, den 28. Februar, 20 Uhr, Zwölftausend. Pflichtanrechtvorstellung für grüne Karten. Einzellos 1.75, 1.40 Wk., 3. Rang 40 Pfg. — Karten noch am Eingang zu haben.

**Wochenendkursus.** Sonnabend, den 25. Februar, 20 Uhr, und Sonntag, den 26. Februar, 9 Uhr, im Kartellkaal. Klassen. Kurt Laumann, 50 Pfg.

**Alberthalle.** 5. Sinfoniekonzert Sonntag, den 26. Februar, 11 Uhr. Leitung: Prof. Heinz Lober. Vortragssolae: 1. „Liebesfrühling“ von G. Schumann, 2. Melodrama „Die Nachtigall“ von Andersen, Musik von W. Winterhagen, (Solist Dr. Siegmund Skraw). 3. Sinfonie D-Dur Nr. 2 von Brahms. Einzelkonzert 50 Pfg., im Abonnement 50 Pfg., Jugendkarte und Erwerbslose 40 Pfg., für letztere Karten nur an der Kasse erhältlich

**Naumann-Bräu**  
 Heute Donnerstag:  
**Großes Sonderkonzert**  
 des Leipziger Konzert-Orchesters  
 Persönliche Leitung: Herr Hanns Ludwig Kormann  
 Besonders ausgewähltes Programm

**VOLKSHAUS**  
 Jeden Abend ab 6 Uhr  
 Hochfeine  
**Thüringer Bratwurst**  
 vom Rost  
 aus eigener Fleischerei

**Brauhaus Riebeck**  
 Hainstr. 17/19 Nähe Markt  
 Täglich  
**Brotbierfeste**  
 Oberandior-Kapelle  
**Mayr-Wehner**  
 aus München  
 Abends 8 Uhr, Ober-yrich:  
**Watschen-Tanz**  
 ausführt von Dir. Pops  
 Mayr und Klarinetten-Musik  
 Täglich Spezialgerichte.

**Goldener Helm**  
 Morgen Freitag, abends 7 Uhr:  
 Tanz frei! **Großer Ball** Tanz frei!  
 Tausende Sternlichter spendet das Planetarium  
 Spezialität: Schweinsknochen  
 In der Diele das beliebte Anna-Trio  
**Sonnabend großer Sonder-Tanztag**  
 L.-Eutritsch, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

**Gummiklose**  
 HERTIG HANSEN  
 Zur Krankenpflege  
 Verbandwunden und Stöße  
 Binden aller Art  
 Inhalts langjährig erprobte  
 Gummiklose, Krankensch.  
 Steckbecken, Eisbeutel  
 Kranken-Fahrtühle  
 Zimmer-Klosetts

**Abonnementen** berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interenten der Leipziger Volkszeitung

**Insidenbad L. H. Gutemuths-**  
 Straße 27  
 erwerb. 1907.  
 Der Neubau in vollem Betrieb  
 8 mittlere Bäder 26  
 täglich geöffnet von früh 8 bis abds 8 Uhr  
 Sonntags 8 bis 12 Uhr  
 Vierterant sämtlicher Krankenkassen.



Gegen Unverschämtheit der Hausbesitzer

Der Rat schürt den Streit gegen die Stadtverordneten über die Zusammenführung der aus Stadträten und Stadtverordneten gebildeten gemischten Ausschüsse weiter. Er besteht in geradezu krankhafter Anmaßung darauf, daß den gemischten Ausschüssen nicht mehr Stadtverordnete als Ratsmitglieder angehören dürfen...

In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten trat das Gebaren der bürgerlichen Ratsmehrheit bei der Abstimmung über den Einigungsvorschlag für die Zusammenführung des Verwaltungsrates der Stadtbank und der Sparkasse wieder in Erscheinung. Die Stadtverordnetenmehrheit ist für 8 Stadtverordnete und 3 Stadträte im Verwaltungsrat...

Wie die Deutschnationalen im Reiche aus Angst vor der Abrechnung wegen ihrer Schandpolitik die Reichstagswahlen fürchten und nach Augenpulver für ihre betrogenen Wähler suchen, so auch die deutschnationalen Hebeln des Stadtverordnetenkollegiums. Im vergangenen Jahre war auch mit Zustimmung der Deutschnationalen eine beschleunigte Beratung des Haushaltsplanes in den Ausschüssen und mit drei Rednergarnituren von jeder Fraktion im Stadtverordnetenplenum durchgeführt worden...

Geschleichte Einigungsbehandlungen

Die Stadtverordneten hatten beschlossen, daß der Verwaltungsrat der Stadtbank und Sparkasse sich aus fünf Stadtverordneten und drei Ratsmitgliedern zusammensetzen soll, während der Rat in seiner Vorlage eine Zusammenführung aus vier Stadtverordneten und vier Ratsmitgliedern vorgesehen hatte...

Genosse Bauer stellte fest, daß Leipzig in Sachsen die einzige Großstadt ist, wo die parlamentarische Zusammenführung der gemischten Ausschüsse vom Rat gefordert wird. Man verzichtet dadurch auf die Kräfte der Stadtverordneten, die in den gemischten

Ausschüssen zum Wohle der Stadt wirken könnten. Es läge gar keine Ursache vor, daß die Parität vom Rat gefordert werde, und man könne auch nicht sagen, daß es sich bei den gemischten Ausschüssen um die laufende Verwaltung handle. Bei der Beratung des Haushaltsplanes und anderen Dingen sei es sehr wertvoll, wenn die Stadtverordneten in den gemischten Ausschüssen eine stärkere Vertretung hätten...

Bei der Abstimmung wird der Einigungsvorschlag von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt und von der Ratsmehrheit gegen die Linke angenommen. Das Einigungsverfahren ist damit gescheitert.

Kindergärten in Volksschulen

Die Stadtverordneten hatten schon vor längerer Zeit beschloffen, für alle Volksschulen Kindergärten zu errichten. Der Rat hat gegen diesen Beschluß Klage erhoben. Das Ministerium nimmt die Entscheidung über diese Frage für sich in Anspruch. Der Rat erlucht die Stadtverordneten, die Sache noch einmal nachzuprüfen. Er selbst erklärt, ein Bedürfnis nicht anzuerkennen zu können.

Hartig (KPD) begründet einen Antrag auf Errichtung von Kindergärten in einigen Vororten.

Genosse Lang weist nach, daß Hartig die Vorlage gar nicht verstanden hat. Es handelt sich ausschließlich um die Errichtung einer Streifenkita mit dem Rat. Hartig, der immer das von den Berichterstattern im Ausschuss vorgelegene Material aufgreife, um es dann im Plenum als sein eigenes vorzutragen, habe diesmal im Ausschuss nicht gut aufgepaßt. Genosse Lang nennt ihm deshalb noch eine ganze Reihe anderer Vororte, damit Hartig, wenn er sich wieder einmal mit fremden Federn schmücken will, auch hierüber Anträge stellen könne.

Die Stadtverordneten beschließen nach dem Antrage der Ausschüsse,

„da die Kindergärten als ein wesentlicher Bestandteil einer einheitlichen Erziehungsvorgang anzusehen sind und daher grundsätzlich jeder Volksschule ein Kindergarten anzuschließen ist, die Zahl der Kindergärten aber bei weitem nicht ausreicht, liegt ein Bedürfnis zur Errichtung von Kindergärten im Sinne des § 3 Abs. 3 des Ubergangsgesetzes vor.“

Haushaltsplanberatung

Die vorjährige Haushaltsplanberatung war im Plenum erst in Angriff genommen worden, nachdem die Ausschüsse die Prüfung der einzelnen Konten erledigt und auch der Finanzausschuss die Ausbalancierung des Haushaltsplanes vorgenommen hatte.

Dr. Kunath beantragt, die Haushaltsplanberatung mit einer Generaldebatte zu beginnen, dann die Ausschüsseberatungen vorzunehmen und darauf die Verabschiedung in ähnlicher Weise wie im Vorjahre vorzunehmen.

Genosse Fleißner betont, daß das vorjährige Verfahren zweifellos dem früher geübten vorzuziehen sei. Keine Fraktion, sei in der Redezeit irgendetwas beschränkt gewesen und jeder Fraktion sei die Möglichkeit gegeben worden, alle erdenklichen Anträge zu stellen. Da aber bei der negativen Haltung der Kommunisten nicht auf die Wiederannahme dieses Verfahrens zu rechnen sei, werde sich die sozialdemokratische Fraktion dem Antrage Kunath nicht widersetzen.

Schmidt (KPD) beantragt, nach der Ausschüsseberatung eine „Specialdebatte in verkürzter Form“ vorzunehmen.

Herz (Demokrat) hält gleich dem Genossen Fleißner das vorjährige Verfahren für das vorteilhaftere. Die demokratische Fraktion werde aber aus den auch von Fleißner angeführten Gründen dem Antrage Kunath zustimmen.

Darauf wird der Antrag Kunath gegen 5 Stimmen angenommen.

Mütter- und Säuglingsheime

Eine Ratsvorlage empfiehlt, das Grundstück des Heilerziehungsheims in Kleinneudorf zu mieten und das Mütter- und Säuglingsheim aus der Hofplatzstraße nach dort zu verlegen. Die Kosten würden sich auf 132 700 Mark belaufen.

Genosse Freitag tritt für die Vorlage ein. Damit das im Heilerziehungsheim bedienstete Personal nicht brotlos werde, beantragt er,

der Rat wird dringend ersucht, noch nicht anderweit untergebrachtes Personal nach Möglichkeit in städtische Dienste zu nehmen.

Der Antrag wird nach einigen Bemerkungen des Bürgermeisters Kubitz und des Baumeisters Schneider angenommen.

Krüppelheim Humanitas

Börner von der KPD hatte vor einiger Zeit beantragt, „mit unklarer Bezeichnung auf Ueberweisung zweifelsprechender Räume für das Krüppelheim Humanitas hinzuwirken“. Da inzwischen beträchtliche Raumüberweisungen vorgenommen worden sind, erklärt der Wohlfahrtsausschuss den Antrag für erledigt.

Frau Schumann (KPD) verlangt, ein Krüppelheim in städtischer Regie zu errichten. Außerdem fordert sie den Genossen Langwisch heraus, doch zu erklären, ob er jetzt noch wie seinerzeit in der kommunizistischen Fraktion für die städtische Regie sei.

Genosse Langwisch erwidert, daß nach den vorgenommenen Erweiterungen die Bedürfnisse im Krüppelheim Humanitas erträglich gemindert seien. Angesichts der großen und für den Augenblick schwer auszubringenden Aufwendungen für ein städtisches Krüppelheim sei die getroffene Lösung einer Absehung der Vorlage vorzuziehen.

Lieberath (KPD), dessen Mundwinkel schon ganz reflexiv die Ohrschlappen zucken, wenn eine Gelegenheit in Aussicht steht, Sozialdemokraten und Sozialdemokratie zu begeißen, kündigt eine Pressefelde gegen Langwisch an, dem er nachsagt, der KPD ein Mandat ansetzen zu haben. Seine weiteren Ausführungen sind Geschwätz über Gesundheitserei im Krüppelheim.

Genosse Freitag entgegnet ihm, daß die kommunizistische Stadtverordnete Schumann doch den gleichen „Diebstahl“ begangen habe, als sie seinerzeit von der KPD zur KPD übergetreten sei, ohne das Mandat der KPD niederzuliegen. Zur Vorlage sei zu bemerken, daß die Stadt bei Regiebetrieb nur ein Konkurrenzunternehmen gegen den Verein Humanitas aufstellen könne. Da dem Krüppelheim aber Kapazitäten dienen wie der Professor Schütte, sei es ein sehr gewagtes Unternehmen, ihm ein städtisches Krüppelheim entgegenzusetzen. Hinsichtlich der Lieberath'schen Thraße von der Gesundheitserei entgegnet Genosse Freitag, daß in dem Krüppelheim außerordentlich gewissenhafte Ärzte und Schwestern arbeiten, die ihrer schweren Pflicht in müttergültiger Weise nachkommen. Der Lieberath'sche Gesundheitswahn sei also unsinnig.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Hausbesitzernier und Mieterchun

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei der Landesregierung umgehört dahin vorstellig zu werden, daß 1. jede Erhebung des Anteiles an der gesetzlichen Miete, den die Gemeinden für Fürtorgszwecke usw. erhalten, sowie des Anteiles, der für Wohnungszwecke bisher vorgesehen ist, zugunsten des Hausbesitzers unterbleibe; 2. für die Stadt Leipzig die gleiche Aufhebung der §§ 4 Abs. 1 und 3 sowie 5 Abs. 1 der Verordnung über die Forderung der Zwangswirtschaft vom 26. April 1927 gemäß § 13 dieser Verordnung erfolgt wie für die Stadt Chemnitz.

Genosse Vener: Die Hausbesitzer sind in energischer Weise bestrebt, den Hausbesitzeranteil an der Mietzinssteuer zu erhöhen. Eine Erhöhung der Miete ist nicht angängig. Deshalb sucht man den Anteil für Wohnungsbau und Fürtorgszwecke zugunsten der Hausbesitzer zu reduzieren. Den großen Hausbesitzern geht es heute besser werden, verschweigt aber, daß seine Partei mitschuldig ist.

als vor dem Kriege. Vor dem Kriege waren sie im wesentlichen Hypothekendarsteller, heute ist das ganz anders. Der zweite Teil des Antrags will für Leipzig errichten, was vor einigen Tagen in Chemnitz beschlossen worden ist.

Kunath (KPD) erklärt, die Erhöhung des Hausbesitzeranteils sei durchaus gerechtfertigt. In den anderen deutschen Ländern sei er überdies beträchtlich höher als in Sachsen.

Schäfer (KPD) greift einen wiederholt von der SPD in Reich, Ländern und Gemeinden gestellten Antrag auf, das gesamte Aufkommen an Mietzinssteuern für den Wohnungsbau zu verwenden.

Wassner (Aufwerter) klagt, daß durch die Forderungsverordnung viele Existenzen besonders der Kleingewerbetreibenden vernichtet werden, verschweigt aber, daß seine Partei mitschuldig ist.

Weber (Demokrat) wünscht, daß der Rat eine Ermittlung über die Auswirkung der Forderung der Mietzinssteuer für gewerbliche Räume vornimmt, und stellt einen entsprechenden Antrag.

Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag und der Antrag Schäfer werden gegen die Stimmen der Rechten, der Antrag Weber einstimmig angenommen.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulatill.

Copyright by Paul Holsnan Verlag Wien.

Aur noch wenige Tage trennen sie voneinander, wenigstens hatte dies ihr letzter Brief versichert. „Wald würde sie da sein! Falls nicht etwa...“, dachte er. Man weiß niemals! Und Wagner hatte gelernt, daß nicht alles nach einem im voraus festgelegten Plan sich abwickelt. Jetzt räumte er dem Unvorhergesehenen seinen Teil ein. Er überließ ihm sogar einen so großen Teil, und seine Nervosität nahm dadurch noch zu.

Jeanne langweilte sich auch. Das kann man sich denken. Sie hatte sich auf Anordnung des Arztes ein paar Wochen Erholung gönnen müssen.

Eine Nachbarin fuhr nach dem Jura, wohin sie Familienangelegenheiten riefen, und hatte sich erboten, Jeanne mitzunehmen, da diese nicht allein reisen wollte. Jeanne hatte eingewilligt. Selbstverständlich hatte der aufgefangene Brief Anlaß zu peinlichen Szenen gegeben.

Sobald Jeanne außer Bett war, waren sie immer wieder zwischen den beiden Frauen ausgebrochen. Bei jeder Gelegenheit, täglich, oft mehrmals am Tage gerieten sie in Streit.

Jeanne hatte also die sich ihr bietende Gelegenheit, sich von den Hirtigen zu entfernen, gern ergriffen.

War es nicht besser, fern von ihnen die Erholungszeit zu verbringen? Zu Hause verstand man es augenscheinlich nicht besser, sie zu jesseln, als indem man ihr das Leben unerträglich machte.

Sie hatte genug von den hummen Vorwürfen ihres Vaters, die sein trauriger Blick enthielt. Vor allem aber hatten sie die beständigen Reden ihrer Mutter aus der Fassung gebracht.

„Du hast uns nicht lieb...“ jammerte diese. „Ich habe euch lieb“, gab Jeanne zurück, „aber ihn habe ich auch lieb. Ich liebe ihn...“ Er hat sich geändert, sehr geändert.“

Sie erklärte diese günstige Verwandlung nach der Kur, die seine Briefe an sie zeigten.

Die ersten Briefe von der Front waren kurz und in langen Zwischenräumen geschrieben. Die aus dem zweiten Jahre waren immer noch selten und gleichfalls kurz, einfach, fast fremd, wie zwischen Vetter und Waise. Dann die vom Ende des Krieges, nachdem sie sich wiedersehen hatten; diese waren nuancierter, freundschaftlicher. Schließlich die letzten, die nach dem Waffenstillstand geschrieben. Zunächst der Brief, in dem er zum erstenmal von einer Wiedervereinigung sprach. Die folgenden hatten einen andern

Ton, waren weniger gekünstelt, lebendiger. Die neuesten drückten seine Liebe aus. Diese Briefe waren schön, denn aus ihnen sprach das Herz, es strömte über.

Obgleich diese Abflutung natürlich nicht berechnet war, lag doch eine kluge Steigerung in ihnen. Sie bewies, daß er ein bemerkenswerter Psychologe war. Ein völlig intuitiver Psychologe, — aber was ist das? Das Ziel war erreicht worden, und darauf allein kam es an...

In der Tat beurteilte Jeanne die Aufrichtigkeit ihres Vaters nach der ausfallenden Kurve der Liebe, die er ihr aus neue zeigte. Aber vorgebildet hatte sie sich immer wieder, bei allen Auseinandersetzungen, zum Anwalt von Wagner's Sache gemacht.

Die Mutter wollte nicht hören. „Ich will nichts hören... Nichts! Wenn du wirklich Vertrauen zu ihm hättest, würdest du nicht gewartet haben, bis uns der Zufall die Wahrheit offenbarte.“

Du hättest nicht vier Jahre gewartet, ehe du uns von eurem Briefwechsel erzählt hätst. — Euer Briefwechsel ist ein Beweis dafür, daß es nicht ernsthaft war. Er hat dich gezwungen, uns nichts zu sagen. Er wußte nur zu gut, daß wir seine Briefe nicht billigen würden.“

„Und weil er wieder Einfluß auf dich gewonnen hat, gehorcht du ihm und willst wieder zu ihm gehen.“

„Nein“, widersprach sie, „nein!“

„Doch... Oder hättest du kein Vertrauen zu uns? Du wolltest ihn vor dir selbst verteidigen.“

„Wir glauben dir nicht.“

„Es wäre zu schwierig, dir das auseinanderzusetzen, Mama, zu schwierig! Ich wollte in mir selber klar sehen.“

„Und Tag für Tag dieselben Szenen, ohne daß man zu einer Verständigung gelangte.“

Jeanne konnte nicht mehr. So begleitete sie die Nachbarin nach Reigny.

In Reigny taten ihr der vollkommene Friede, die Größe und Schönheit der Landschaft, der blaue Himmel, die angenehmen Spaziergänge in der Sonne gut. Auch die Moral war in Frieden... Was sie am meisten brauchte, war vor allem der geistige Frieden, denn den des Herzens besaß sie, seitdem ihr Vater sie erwartete. Reigny liegt ganz nahe bei Vons-le-Saunier. Sie ging häufig nach Vons. Wagner hatte dort mehrere Monate gelebt, zuerst während des Krieges. Dort war er als Soldat ausgebildet worden, und dort war er auch demobilisiert worden.

Jeanne schien es, daß dort ein wenig von ihm geblieben sei...

in dieser kleinen, friedlichen Stadt. Sicherlich hatte er oft Spaziergänge durch die Alleen des schönen Paris gemacht. Sicherlich hatte ihn sein Weg häufig durch die geraden, einfachen, friedlichen kleinen Straßen geführt.

Die Stadt war überhaupt angenehm. Neugierst spießbürgerlich, mit zwei kleinen Bahnhöfen, einem alten Theater, in dem niemals gespielt wurde, freundlichen kleinen Villen, die an die reizenden Landhäuser in den Pariser Vororten erinnerten. Aber vor allem hatte sie vom ersten Tage an diese kleine Stadt geliebt, weil sie ihr in jedem Augenblick Louis zurückfiel.

Er war wohl einer der Stammkunden dieses Ladens gewesen, bei diesem Buchhändler hatte er gewiß die hübschen Karten gekauft, die er ihr an dem Tage, an dem sie sich wiedersehen, geschenkt hatte.

„Ja, diese Karte hier... auch diese dort und diese hier — alle hatte er sie ihr geschickt.“

Sie war sich ihres kindlichen Benehmens nicht bewußt. Wundersam überfielen sie auch düstere Gedanken, beschwerten ihren Geist, sie entstanden aus einer nachträglichen kleinen Eifersucht.

Ein Soldat ging mit einem jungen Mädchen spazieren. Sie sah Wagner an Stelle des jungen Mannes, und sie fühlte beinahe daß gegen dieses junge Mädchen, das sie um sein — vielleicht nur lässliches — Glück beneidete, denn was blieb meist von der Liebe der Soldaten anderes übrig, als Kummer und oft unstillbares Leid?

Sie versuchte über diese Anfälle einer lächerlichen Eifersucht zu spotten, aber sie hatte Mitleid, die kleinen Nadelstiche zu vermeiden, die sie selbst in ihre Herz stieß.

Alle diese Mädchen, die Kellnerinnen in den Restaurants und in den Kaffeehäusern, die Dienstmädchen in den Wohnhäusern, die müßigen jungen Mädchen, die Handarbeiten machten oder ihren Spielen in den Alleen des Paris spazieren führten: alle hatten vielleicht ihren Mann gekannt.

Eine mindestens hatte er lieb gehabt, vielleicht mehrere. Sie war ihnen allen süß. Aber dieser kleine Schmerz ging vorüber. Das Glück wartete ja auf sie!

Er hielt in seinen Händen dieses Glück, das ihr einmal entflüht war. Sie würde es zu hüten verstehen, jetzt, wenn es ihr von neuem gehörte!

Sie hatte ihren Vaters immer geliebt. Und die Wahrheit war, daß sie ihm vor allem eine Lehre erteilen wollte. Es war nicht ihr Fehler gewesen, wenn diese Lehre fünf Jahre gedauert hatte... wenn sie noch dauerte... Sie würde nicht mehr lange dauern. Sie hatte zu sehr gelitten. Zu sehr.

(Fortsetzung folgt.)



Erinnerungen eines alten Sozialdemokraten

Von Friedrich E. Richter

XVII. Arbeit, Brot und Familie „drüben“.

Ich erwachte sehr früh! — Wagengetöse, Klingel- und Glöckchen- und das fast ununterbrochene Brummen der Dampfperle...

Nachdem wir uns an dem herrlichen Anblick satt gesehen, liegen wir „down stairs“ — die Treppen hinab, zum Kaffeetrinken...

Als diese Angelegenheit geregelt und Ruhe eingetreten, feuerte ich auf den Barbier in Gestalt eines Gastwirts zu, mit der harmlosesten Miene, die mir zu Gebote stand...

Vorher ich das Gasthaus verließ, hatte ich eingehend den dort hängenden Stadtplan studiert. Zu meiner freudigen Genugung fand ich, daß der Weg nach dem „Union Square“ höchst einfach sei...

Des Nachts ist aber der untere Teil des Broadway beinahe ganz menschenleer. Die Restaurants und „lunch-rooms“ — Imbissräume — sind nach Beendigung der Geschäftsstunden geschlossen...

Zur Zeit der Wahlkagitation benutzen die Parteien den Raum zu gewaltigen, lärmenden Demonstrationen. Kein Präsidentschaftskandidat verläßt es, sich daselbst den Wählern vorzustellen...

So sieht die landesübliche Wahlkagitation in Amerika aus. Schanzengänge und „vielärm um nichts“. Denn die beiden großen Parteien, die „republikanische“ wie die „demokratische“ unterscheiden sich in nichts mehr...

Ich bin wieder draußlos spaziert, mit leichtem Sinne, und noch leichteren Taschen. Letzteres in des „Wortes“ verwegener Bedeutung. Ich bin, hal mich dieser und jener, niemals in meinem Leben an Geldüberfluß erkrankt oder „Kapitalbesitz“ gewesen...

Die Wochstunde hatte „der Fuchs gemessen“, ich habe nahe an drei Stunden gebraucht. Nicht allein wegen des riesigen Verkehrs, der am schnellsten Vorwärtstommen hinderlich, sondern auch wegen der neuen Eisenbrücke, die mich zeitweilig festbannten...

Während der „Sarmatian“ den Ocean durchkreuzte, war der Präsident der U. S. of A., Garfield, an den Folgen des auf ihn verübten Attentates gestorben. Die Befehung war bereits vorüber, aber die Trauerfeierlichkeiten, nicht nur an den öffentlichen Gebäuden, war noch voll im Gange...

So schob ich mich längs des Broadway langsam vor, bis ich endlich den Platz und das Haus erreichte, vor dem ich noch gestern am Abend beinahe der Verzweiflung anheimgefallen wäre...

Nun, da die Fährlichkeiten glücklich überstanden, wurde bei einem vorzüglichen Mittagmahl und einigen landesüblichen sehr kleinen Gläsern nach deutscher Art gebrauten Lagerbieres, über meine „Odyssee“ weidlich geschertzt und gelacht...

Am nächsten Morgen — ich war noch gar nicht „warm“ geworden in der neuen Umgebung — begann schon die Arbeit. Nach einer so langen, unzeitwilligen Pause — vier Monate waren seit meiner Ausweisung, sechs Monate seit der, die jetzt vorausgegangen, geschäftlichen Maßregelung, verstrichen — ist einem die Arbeit geradezu ein Bedürfnis!...

Daraus geht klar hervor, daß das Ausbringen der Reisekosten für meine zurückgebliebene Familie keine geringe Aufgabe für mich bildete. Und nach der langen Trennung war mir jeder weitere Vorzug peinlich...

Am 12. Dezember traf der Dampfer „Suevia“ von Hamburg mit einer vollen Woche Verspätung im Neuporfer Hafen ein. Die Verspätung verdankte der Umstand, daß der Dampfer nicht genügend Kohlen geladen und in Neu-Fundland anzulegen gezwungen war...

Was ich in dieser Zeit für Vorkatastrophen erlitten habe, kann ich nicht beschreiben. Hatte mir, wie üblich, bei der Schiffskompanie eine Depesche bestellt, um rechtzeitig vor Ankunft der Suevia am Dock gegenwärtig sein zu können...

Meine Frau hatte von Leipzig aus die Reise mit der Frau eines andern Genossen zusammen angetreten. Sie hatten bereits das Verbot der „Suevia“ betreten, als der Schiffszart dazwischen trat und der anderen wegen eines ihm krank erscheinenden Kindes die Reise nicht gestattete...

Für meine Familie war das insofern ein Glücksumstand, als man sie nicht mehr nach unten dirigierte, sondern ihr auf dem Verdeck eine der leer gebliebenen zweiten Kabinen anwies. Verpflegung gab es allerdings nur zwischendeckartig. Was für die Zurückgebliebenen ein großes Ungemach schien, wendete sich für sie zum Guten...

Damit kann ich meine Aufzeichnungen vorerst schließen. Denn nun beginnt ein neuer Abschnitt in meinem Leben. Und es wäre Mannigfaltiges über Amerika im allgemeinen und mein eigenes Erleben im besonderen zu berichten. Es fehlt ja heutzutage nicht an schriftstellerischen Veröffentlichungen über Land und Leute jenseits des großen Wassers...

Bilder in der Universität

An einer besonders bevorzugten Stelle, in der Aula der Leipziger Universität, hat der akademische Zeichner Reinhold Vetter seine Bilder ausgestellt. Diese repräsentativ gewollte Ausstellung ist eine peinliche Improvisation geblieben...

Da ja die Universität nicht die Aufgabe hat, Kunstausstellungen zu veranstalten, begnügt sie sich eben mit dem Arrangement einer Bilderausstellung, die mit Kunst nichts zu tun hat...

Ueber 70 Bilder zeigen Motive jener klassischen Stätten, deren hohe Renommee das Gemüt des Durchschnittsberühmten in Verwirrung und Hermetismus bringen kann. Mit egal blauen Himmel, egal blauem Meer und egal gelbrot und violett angetrichenem Gestein wird jene beliebte Portierartenarchitektur in das Motiv hineingehoben, die der normalen Griechenlands- und Italiensicht des Bildermannes vollkommen gerecht wird...

Man darf vor den Vetterischen Malereien nicht an die italienischen Landschaften Blekens und Corots, nicht an die herrlichen Bilder Steuogts aus Ägypten denken, in denen wirklich die läbliche Welt gestaltet worden ist.

Man darf vor den Vetterischen Malereien nicht an die italienischen Landschaften Blekens und Corots, nicht an die herrlichen Bilder Steuogts aus Ägypten denken, in denen wirklich die läbliche Welt gestaltet worden ist.

Run, künstlerisch hat R. Vetter die berühmten Trümmerstätten des klassischen Altertums nicht erlebt, nicht in einem einzigen Bilde ist er zu wirklicher Gestaltung vorgeedrungen; auch in seinem mit ausgestellten Selbstbildnis ist ihm das nicht geglückt.

Sollte er aber keine Naturabschriften, möglichst getreue Wiedergaben klassischer Stätten beabsichtigt haben, die mehr von einem akademisch-wissenschaftlichen Standpunkte aus gesehen und beurteilt sein wollen, so müßten wir die Darstellungsweise Veters auch bemängeln; denn für den Archäologen können diese Bilder kaum wichtig sein, die Präzision gewisser Maler der neuen Sachlichkeit könnte da mit ganz anderen Leistungen aufwarten, und schließlich würde die Farbenphotographie in dieser Beziehung doch das letzte Wort haben müssen.

So hat der ernsthaft Betrachter der Vetterischen Ausstellung das Gefühl, daß das zweifelhafte Gemälde: künstlerische Gestaltung und wissenschaftliche Darstellung, nicht geglückt ist, vielmehr sind Arbeiten entstanden, die das Qualitätsgefühl nur negativ beeinflussen können.

Wenn man in Deutschland „Gast“ ist

Als Ausländer vor dem deutschen Schnellrichter.

Die wenigsten deutschen Staatsbürger dürften sich die richtige Vorstellung davon machen, was es bedeutet, als gewöhnlicher Ausländer — ohne Finanz- oder Amtswürden — Gast des deutschen Staates zu sein. Ein paar wahllos herausgegriffene Szenen vor dem Schnellgericht mögen diese „Gastlichkeit“ illustrieren und gleichzeitig eine der Quellen aufzeigen, aus denen die Abneigung der ganzen kultivierten Welt gegen das alte Deutschland gespeist wurde...

U. St. Vertreter, in Budapest geboren, kam am 9. Oktober von Paris nach Berlin, meldete sich und begann die ihm übertragene Vertretung einer Pariser Firma hier einzurichten. Sein ungarischer Paß lief nur bis zum 4. November; er reichte ihn dem ungarischen Konsulat gegen eine Bescheinigung ein, in der der Zweck der Abgabe vermerkt war, und beantragte mit dieser Bescheinigung die Genehmigung für dauernden Aufenthalt in Deutschland.

Als der 4. November kam, war weder der Paß aus Budapest zurück noch der Daueraufenthalt in Deutschland genehmigt. Der Mann war in der fatalen Zwangslage, nicht mehr zum Bleiben in Deutschland berechtigt zu sein und auch nicht ausreisen zu können, da er seinen Paß noch nicht zurück hatte. Als er diese Situation der Polizei schilderte, wurde er gleich dabegehalten und eingesperrt.

Richter (Schroff): Wollen Sie denn nun ewig in Deutschland bleiben? Angeklagter: Ich habe nach vieler Mühe die Pariser Vertretung für Berlin bekommen und möchte eine Deutsche heiraten.

Richter: Ah was, wir brauchen diese Ausländer nicht! Das Urteil lautet auf eine Woche Gefängnis, weil „der Angeklagte über die Frist in Deutschland blieb, obwohl er die Möglichkeit hatte, auszureisen“.

Angeklagter: Ich hatte sie doch gar nicht! Mein Paß war in Budapest, mein Antrag schon bei mir.

Der Schulbeamte ist schon bei ihm und führt ihn in die Stadtvogtei zurück. Gerechtigkeit!...

Der 23jährige Handlungsgehilfe Joseph H., in Krakau geboren, deutscher Abstammung, hat ohne Paß die Grenze überschritten.

Richter: Wie kommen Sie denn überhaupt nach Deutschland? Angeklagter: Ich bin desertiert... aus der polnischen Armee.

Richter: Warum wollen Sie nicht dienen? Angeklagter: Ich habe das nicht aushalten können. Richter: So? Sie werden jetzt aber wieder zurückgeführt! Angeklagter (entsetzt): Nach Polen? Da erwartet mich doch jetzt eine große Strafe! Richter: Wir sind doch hier keine Ausnahmestelle für polnische Deserteur! Angeklagter: Ich habe wohlhabende Verwandte hier... ich lasse niemandem zur Last, ich bitte, nur nicht nach Polen zurück! Richter: Das kann uns ganz egal sein, was polnische Deserteur machen!

Urteil: eine Woche Gefängnis. Damit ist das Schicksal dieses jungen Menschen besiegelt; denn er wird nach Polen zurücktransportiert.

Im dritten Falle handelt es sich um einen Polen aus dem früheren deutschen Gebiet, der jedes Jahre im deutschen-Heere diente, während der Abkündigung in Belgien arbeitete (gegen das er einst für Deutschland kämpfte), aus Unkenntnis nicht für Deutschland optierte und sich noch für einen Deutschen hielt, obwohl er inzwischen Pole geworden war. Er fand in Berlin Arbeit. Vor Gericht wurde ihm energisch klargemacht, daß er eine vaterländische Pflicht veräußert habe, und daß er nun ein Ausländer sei, der in Deutschland nichts mehr zu suchen habe. Urteil: fünf Tage Gefängnis, Aufschub an die Grenze. Obwohl er für dieses Deutschland vier Jahre lang seine Knochen zu Matke getragen hatte und überhaupt nicht wußte, was er eigentlich in Polen sollte.

Der vierte Fall: ein junger, intelligent aussehender Mensch, Pole von Geburt, ist 1923 aus Preußen wegen seiner polnischen Staatsangehörigkeit ausgewiesen worden. Seitdem lebte er ohne Paß in Sachsen. Wohnnachbar packte ihn die Sehnsucht nach seiner Braut in Berlin, er brach den „Bann“ und fuhr von Leipzig auf zwei Tage zu ihr. Nach jahrelanger ständiger Angst, jeden Augenblick aus Deutschland ausgewiesen zu werden, sagte jetzt die Polizei dem „Schwerverbrecher“:

Richter: Die sächsische Polizei scheint ja gemüthlicher zu sein! Da haben Sie Glück gehabt. Angeklagter (weinend): Ich möchte ja nur meine Braut heiraten! Richter: Sie haben sich des Paktvergehens und des Bannbruchs schuldig gemacht. Sie haben gar keine Entschuldigung und verdienen kein Mitleid!

Urteil: Eine Woche und ein Tag Gefängnis.

Richter: Nehmen Sie das Urteil an? Angeklagter: Wenn ich nur meine Braut heiraten könnte... wenn ich diese Deutsche heirate, dann... Richter (abfällig): Dann wird Ihre Frau Ausländerin, verstanden! Nehmen Sie an?

Natürlich, sie nehmen alle an. Mit vollständig faßungslosen, hilflosen Gesichtern. Vielleicht kommt ihnen, wenn sie in der Zelle sitzen, zum Bewußtsein, daß die nationale „Ordnung“ der Erbdenbunge wenig mit Vernunft, Menschenrecht und Gerechtigkeit zu tun hat.

Rundfunk, Freitag, 24. Februar, 19—19.30 Uhr: Vortragsreihe: Aus dem Gebiete der Sozialpolitik. 2. Vortrag: Gen. A. Krüger, Dresden: Jugendhilfe in der Praxis — Sonntag, 26. Februar, 11—11.30 Uhr: Vortragsreihe: „Das freie Arbeiterbildungswesen in Mitteleuropa.“ 2. Vortrag: Frau Gertrud Hoemes: Einrichtungen im Arbeiterbildungswesen.